83. Sitzung

Mittwoch, den 02.05.2012

Erfurt, Plenarsaal

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Blechtschmidt, DIE LINKE	7841, 7843
Dr. Pidde, SPD	7841
Korschewsky, DIE LINKE	7842

a) Aktuelle Stunde auf Antrag der Fraktion der SPD zum Thema: „Gute Arbeit, gerechte Löhne, soziale Sicherheit - nicht nur am 1. Mai ein Thema für Thüringen“

7843

Unterrichtung durch die Präsidentin des Landtags
- Drucksache 5/4257 -

Lemb, SPD	7843, 7844, 7855
Leukefeld, DIE LINKE	7844, 7845
Koppe, FDP	7845
Siegesmund, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	7846, 7847, 7855
Holzapfel, CDU	7848, 7848
Machnig, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Technologie	7849, 7852
Barth, FDP	7851, 7854
Ramelow, DIE LINKE	7853

b) Aktuelle Stunde auf Antrag der Fraktion der CDU zum Thema: „Kein früherer Hafturlaub für Schwerverbrecher in Thüringen“	7856
Unterrichtung durch die Präsidentin des Landtags - Drucksache 5/4352 -	
Scherer, CDU	7856, 7857, 7857
Hauboldt, DIE LINKE	7857, 7858
Marx, SPD	7859
Untermann, FDP	7860
Meyer, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	7861
Prof. Dr. Herz, Staatssekretär	7862
c) Aktuelle Stunde auf Antrag der Fraktion der FDP zum Thema: „Ladenöffnung unter erschwerten Vorzeichen - eine Zwischenbilanz vier Monate nach Änderung des Thüringer Ladenöffnungsgesetzes“	7864
Unterrichtung durch die Präsidentin des Landtags - Drucksache 5/4353 -	
Kemmerich, FDP	7864, 7870
Gumprecht, CDU	7865
Stange, DIE LINKE	7866
Lemb, SPD	7867, 7868
Siegsmund, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	7868
Taubert, Ministerin für Soziales, Familie und Gesundheit	7869
d) Aktuelle Stunde auf Antrag der Fraktion DIE LINKE zum Thema: „Neues von der 380-kV-Leitung! Veränderung der Haltung der Landesregierung zur Notwendigkeit des Baus der Leitung?“	7871
Unterrichtung durch die Präsidentin des Landtags - Drucksache 5/4380 -	
Enders, DIE LINKE	7871, 7872, 7876
Weber, SPD	7872
Kemmerich, FDP	7873
Worm, CDU	7874
Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	7875
Ramelow, DIE LINKE	7876, 7877
Staschewski, Staatssekretär	7878

**e) Aktuelle Stunde auf Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN zum Thema: „Kos-
tenwahrheit am Treibstoff-
markt schaffen - Dieselsteuer
harmonisieren!“**

7879

Unterrichtung durch die Präsi-
dentin des Landtags
- Drucksache 5/4383 -

Aussprache

Schubert, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Kowalleck, CDU
Dr. Lukin, DIE LINKE
Untermann, FDP
Dr. Pidde, SPD
Bärwolff, DIE LINKE
Dr. Voß, Finanzminister

7879
7880
7881, 7882
7882
7883
7884
7885

Anwesenheit der Abgeordneten:**Fraktion der CDU:**

Bergemann, Carius, Diezel, Emde, Fiedler, Grob, Gumprecht, Holzapfel, Kellner, Kowalleck, von der Krone, Lehmann, Meißner, Mohring, Reinholz, Scherer, Schröter, Tasch, Dr. Voigt, Walsmann, Worm, Wucherpennig

Fraktion DIE LINKE:

Bärwolff, Berninger, Blechschmidt, Enders, Hauboldt, Hausold, Hellmann, Hennig, Dr. Kaschuba, Dr. Klaubert, König, Korschewsky, Kubitzki, Kummer, Kuschel, Leukefeld, Dr. Lukin, Ramelow, Renner, Sedlacik, Stange

Fraktion der SPD:

Baumann, Döring, Doht, Eckardt, Gentzel, Dr. Hartung, Hey, Höhn, Kanis, Künast, Lemb, Marx, Matschie, Metz, Mühlbauer, Pelke, Dr. Pidde, Taubert, Weber

Fraktion der FDP:

Barth, Bergner, Hitzing, Kemmerich, Koppe, Untermann

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Adams, Dr. Augsten, Meyer, Rothe-Beinlich, Schubert, Siegesmund

Anwesenheit der Mitglieder der Landesregierung:

Die Minister Matschie, Carius, Geibert, Machnig, Reinholz, Taubert, Dr. Voß, Walsmann

Beginn: 14.02 Uhr

Präsidentin Diezel:

Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordneten, ich heiße Sie herzlich willkommen zu unserer heutigen Sitzung des Thüringer Landtags, die ich hiermit eröffne. Ich begrüße die Gäste auf der Zuschauertribüne und die Vertreter der Medien.

Als Schriftführer hat neben mir Platz genommen der Abgeordnete Meyer, die Rednerliste führt der Abgeordnete Kowalleck.

Für die heutige Sitzung haben sich entschuldigt: Herr Abgeordneter Günther, Herr Abgeordneter Primas, Frau Abgeordnete Holbe, Herr Abgeordneter Krauß, Herr Abgeordneter Recknagel, Herr Abgeordneter Wetzels, Herr Abgeordneter Dr. Zeh und Herr Minister Dr. Poppenhäger.

Zu Beginn möchte ich zwei Abgeordneten gratulieren. Bei den Kommunalwahlen am 22. April wurde die Vizepräsidentin, Frau Hitzing, zur ehrenamtlichen Bürgermeisterin ihres Wohnortes wiedergewählt.

(Beifall im Hause)

Herzlichen Glückwunsch, Frau Kollegin. Der Abgeordnete Hauboldt wurde als hauptamtlicher Bürgermeister von Sömmerda gewählt. Auch dazu unseren herzlichen Glückwunsch.

(Beifall im Hause)

Für Sie ist es ja in den nächsten Wochen ein Abschied auf Raten.

Gestatten Sie mir folgende allgemeine Hinweise: Die Barmer Krankenkasse hat für heute Abend zu einem parlamentarischen Abend eingeladen, der um 19.00 Uhr, nach Ende der Plenarsitzung beginnt.

Folgende Hinweise zur Tagesordnung: Die Fraktionen sind im Ältestenrat übereingekommen, den Tagesordnungspunkt 21 in den Plenarsitzungen auf jeden Fall aufzurufen. Der Antrag aller Fraktionen hat die Drucksache 5/4373.

Die Beschlussempfehlungen des Ausschusses für Soziales, Familie und Gesundheit zu den Tagesordnungspunkten 1 a und b haben die Drucksachennummern 5/4370 und 5/4371.

Die Tagesordnungspunkte 8 a und b werden von der Tagesordnung abgesetzt, da der zuständige Ausschuss noch nicht abschließend beraten hat.

Zu TOP 23 - Fragestunde - kommen die Mündlichen Anfragen in den Drucksachen 5/4362 bis 5/4366, 5/4372, 5/4374, 5/4375 und 5/4377 bis 5/4379 hinzu.

Die Landesregierung hat mitgeteilt, neben dem bereits zu den letzten Plenarsitzungen angekündigten

Sofortbericht zum Tagesordnungspunkt 9 auch zu den Tagesordnungspunkten 11, 12 a und b, 14, 15 und 19 von der Möglichkeit eines Sofortberichts gemäß § 106 unserer Geschäftsordnung Gebrauch zu machen.

Die Fraktion der CDU hat angekündigt zu beantragen, den Tagesordnungspunkt 22 „Wahl von Mitgliedern und stellvertretenden Mitgliedern des Landesjugendhilfeausschusses nach dem Thüringer Kinder- und Jugendhilfe-Ausführungsgesetz“ am Donnerstag nach der Fragestunde aufzurufen und zu beraten.

Gibt es weitere Anträge zur Tagesordnung? Bitte schön, Herr Blechschmidt.

Abgeordneter Blechschmidt, DIE LINKE:

Danke, Frau Präsidentin. Namens meiner Fraktion beantrage ich, dass der Antrag in Drucksache 5/4384, der nicht fristgerecht in den Fächern gelegen hat, noch in dieser Plenarsitzung abgearbeitet wird. Die Dringlichkeit dieses Antrags würde der Abgeordnete Knut Korschewsky begründen.

Präsidentin Diezel:

Weitere Anträge? Bitte schön, Herr Dr. Pidde.

Abgeordneter Dr. Pidde, SPD:

Frau Präsidentin, die Fraktionen der CDU und der SPD beantragen, die Anträge in Drucksachen 5/4175 und 5/4180 zur Solarstromförderung auf die Tagesordnung zu setzen und auf jeden Fall noch am Freitag zu behandeln. Der entsprechende Tagesordnungspunkt ist im Wirtschaftsausschuss abschließend beraten worden und die Beschlussempfehlung liegt vor.

Präsidentin Diezel:

Gut. Weitere Anträge sehe ich nicht. Dann kommen wir als Erstes zur Beantragung des Tagesordnungspunkts 22, die Wahl der Mitglieder des Landesjugendhilfeausschusses am Donnerstag nach der Fragestunde. Sind Sie mit dieser Platzierung einverstanden, dann bitte ich um das Handzeichen. Ich sehe Zustimmung bei der CDU, der SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE und bei der FDP. Gibt es Gegenstimmen? Stimmenthaltungen? Das ist nicht der Fall, dann ist die Platzierung so festgelegt.

Wir kommen zum Antrag der LINKEN, und zwar die Sicherung der Finanzierung von hauptamtlichen Trainerinnen und Trainern in den Fachverbänden des Landessportbundes und der Spezialsportlehrerinnen und Spezialsportlehrer in den Thüringer Sportgymnasien in der Drucksache 5/4384. Hier gab es keine Anmeldung entsprechend der Zeit. Die Dringlichkeit begründet der Abgeordnete Kor-

(Präsidentin Diezel)

schewsky. Ich bitte Sie, Herr Korschewsky, um das Wort.

Abgeordneter Korschewsky, DIE LINKE:

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich glaube, zu Beginn hier sagen zu können und zu dürfen, dass ich mich sicherlich unter sehr vielen sportbegeisterten Kolleginnen und Kollegen befinde, die in diesem Thüringer Landtag sind. Nicht zuletzt ist auch die Ministerpräsidentin selber eine sehr sportbegeisterte Frau, die u.a. auch gemeinsam mit mir und Weiteren zu den Olympischen Spielen in Vancouver unsere Sportlerinnen und Sportler aus Thüringen angefeuert hat, wie wir das auch zukünftig sicherlich weiter machen wollen, Frau Ministerpräsidentin. Ich weiß aber, und das ist der Antrag, den wir heute hier stellen, dass dieses möglicherweise sehr auf der Kippe steht. Ich bin da im Einklang mit den Mitgliedern des Hauptausschusses des Landessportbundes, von denen ja auch einige hier im Hause sind, ob nun als Präsidentin eines Fachausschusses oder aber gleichzeitig als Vorsitzende eines Kreissportbundes oder Stadtsportbundes. Dieser Hauptausschuss des Landessportbundes hat am vergangenen Samstag in sehr eindringlicher Art und Weise deutlich gemacht, dass die Finanzierung des Sports in Thüringen und die Entwicklung des Sports in Thüringen im Moment sehr gefährdet ist. Ich sage das einmal ganz vorsichtig. Es wurde deutlich, dass die Verhandlungen, die es gegeben hat zwischen dem Sozialministerium und dem Finanzministerium zu der Frage der Finanzierung der hauptamtlichen Trainerinnen und Trainer vor allem im Nachwuchsbereich, aber gleichzeitig auch der Trainer bzw. Spezialsportlehrer in den drei Thüringer Sportgymnasien bisher zu keinem Erfolg geführt haben. Das führt dazu, dass eine sehr, sehr große Unsicherheit unter den Trainerinnen und Trainern da ist, unter Sportlerinnen und Sportlern da ist, aber auch unter Sportfunktionären. Ich glaube, diese Unsicherheit sollten wir ihnen nehmen und sollten ein deutliches Signal hier als Thüringerinnen und Thüringer in diesem Plenum setzen,

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

dass wir dieses nicht hinnehmen und dass wir zu unseren Sportlerinnen und Sportlern stehen. Das sind immerhin 370.000 organisierte Sportlerinnen und Sportler in Thüringen, für die auch wir hier Politik machen.

Die Zeit drängt, die Zeit drängt auch deshalb, weil, wenn keine Entscheidungen getroffen werden, noch im Juni Kündigungen ausgesprochen werden müssen gegenüber den Trainerinnen und Trainern, die dort derzeit beschäftigt sind.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich weiß nicht, ob wir das wollen, dass diese Unsicherheit bei den

Trainern, aber auch bei den Sportlern da ist, dass gerade auch in der Vorbereitung der Olympischen Spiele dort die Leute nicht wissen, ob sie ab 1. Januar 2013 weiter beschäftigt sind und ob dort weiter Sport betrieben werden kann in dieser Qualität, wie es bisher war. Gleiches trifft auch auf die Sportgymnasien zu. Da spreche ich, glaube ich, auch im Namen vieler Eltern, die ihre Kinder auf die Sportgymnasien schicken wollen. Würden Sie Ihr Kind auf ein Sportgymnasium schicken, wenn Sie nicht wissen, ob ab 2013 noch die entsprechenden Spezialsportlehrer für die entsprechenden Sportdisziplinen überhaupt vorhanden sind? In diesem Sinne glaube ich, dass wir hier ein deutliches Signal setzen sollten. Wir möchten mit diesem Antrag deutlich machen, dass wir die Landesregierung hier auch gemeinsam unterstützen wollen in ihren Bemühungen. Die Dringlichkeit macht sich auch deshalb deutlich, dass es heute auch auf die Tagesordnung gesetzt werden soll dahin gehend, dass wir den Ausschüssen, sowohl dem Sozialausschuss als auch dem Finanzausschuss, die Möglichkeit geben wollen, eindringlich darüber zu beraten, wie wir hier zu einem positiven Entscheid für die Sportlerinnen und Sportler und für die Sportfunktionäre kommen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

In diesem Sinne bitte ich Sie, diesem Antrag heute zuzustimmen und noch in dieser Plenarsitzung, spätestens bis Freitagabend, zu verhandeln und gemeinsam dieses Signal zu setzen. Danke schön.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsidentin Diezel:

Danke schön. Möchte jemand gegen die Dringlichkeit sprechen? Ich sehe niemanden. Dann stimmen wir über den Antrag ab. Er wurde nicht entsprechend der Sieben-Tages-Frist verteilt, so dass wir auch eine Fristverkürzung beschließen müssten mit Zweidrittelmehrheit. Widerspruch sehe ich schon, also Zweidrittelmehrheit. Das heißt, dass wir als Erstes über die Fristverkürzung und Aufnahme in die Tagesordnung abstimmen. Wer damit einverstanden ist, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. Ich sehe Zustimmung bei der LINKEN, bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei der SPD und bei der FDP. Wer ist dagegen? Keine Gegenstimmen. Enthaltungen? Enthaltung bei der CDU. Damit ist der Antrag bestätigt.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir kommen als Nächstes zur Abstimmung über die Platzierung auf jeden Fall am Freitag.

(Zwischenruf Abg. Mohring, CDU: Wieso? Waren das mehr als zwei Drittel im Raum?)

(Präsidentin Diezel)

Wollen Sie noch mal ausgezählt haben, Herr Abgeordneter Mohring? Es gab keine Gegenstimmen.

(Zwischenruf Abg. Mohring, CDU: Wenn Sie mich so fragen! Selbstverständlich!)

Gut, dann stimmen wir noch einmal ab. Wir stimmen noch einmal ab und ich bitte die beiden Schriftführer mit auszuzählen. Wer ist für die Aufnahme des Antrags? Das ist Zustimmung bei der LINKEN, bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei der SPD und bei der FDP. Wer ist dagegen? Wer enthält sich? Enthaltung bei der CDU. Der Antrag ist angenommen. Es gibt keine Neinstimmen, Enthaltungen zählen nicht mit.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(Zwischenruf Abg. von der Krone, CDU: Sie müssen zwei Drittel!)

Es sind keine Neinstimmen abgegeben worden.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir stimmen jetzt über die Platzierung ab. Beantragt wurde eine Platzierung auf jeden Fall am Freitag. Wer ist dafür? Zustimmung bei den Fraktionen DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD. Wer ist dagegen? Keine Gegenstimmen. Wer enthält sich? Es enthält sich die FDP und die CDU. Teile der FDP? Alle. Damit ist die Platzierung für Freitag nicht bestätigt.

(Unruhe im Hause)

Bitte, Herr Blechschmidt.

Abgeordneter Blechschmidt, DIE LINKE:

Frau Präsidentin, ich bin leider nicht Ihrer Auffassung, dass das nicht platziert worden ist, denn wir haben es mit zwei Dritteln auf die Tagesordnung gesetzt und dann mit einfacher Mehrheit die Platzierung festgelegt.

(Beifall DIE LINKE)

Nach den Stimmergebnissen, die ich zur Kenntnis genommen habe, würde ich sagen, es ist platziert. Entschuldigen Sie, dass ich da widerspreche.

(Zwischenruf Abg. Fiedler, CDU: Wo du recht hast, hast du recht.)

Präsidentin Diezel:

Ja, Herr Blechschmidt, Sie haben recht. Entschuldigung.

(Beifall DIE LINKE, SPD)

Wir kommen zum nächsten Antrag der Fraktionen der SPD und der CDU, und zwar ist das die Entscheidung aus dem Ausschuss für Wirtschaft, Technologie und Arbeit, die Beschlussempfehlun-

gen in den Drucksachen 5/4367 und 5/4368. Die Anträge haben die Drucksachennummern 5/4175 und 5/4180.

Hier ist der Antrag in der entsprechenden Zeit verteilt worden, zwei Werktage, daher genügt die einfache Mehrheit, um diesen Tagesordnungspunkt aufzunehmen. Wer ist für die Aufnahme dieses Tagesordnungspunkts? Ich sehe Zustimmung in allen Fraktionen. Wer ist dagegen? Ich sehe keine Gegenstimmen. Damit ist der Antrag aufgenommen.

Ich rufe auf die **Aktuelle Stunde**. Alle Fraktionen haben jeweils eine Aktuelle Stunde beantragt. Die Zeit für das Thema beträgt 30 Minuten. Die Redezeit der Landesregierung bleibt unberücksichtigt. Die Redezeit für einen Redebeitrag eines Abgeordneten beträgt maximal 5 Minuten gemäß § 93 Geschäftsordnung.

Ich rufe auf den **ersten Teil**

a) Aktuelle Stunde auf Antrag der Fraktion der SPD zum Thema: „Gute Arbeit, gerechte Löhne, soziale Sicherheit - nicht nur am 1. Mai ein Thema für Thüringen“

Unterrichtung durch die Präsidentin des Landtags

- Drucksache 5/4257 -

Ich eröffne die Aussprache und das Wort hat der Abgeordnete Lemb von der SPD-Fraktion.

Abgeordneter Lemb, SPD:

Gute Arbeit, gerechte Löhne, soziale Sicherheit - sehr verehrte Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen Abgeordnete, sehr geehrte Besucher auf der Besuchertribüne -, nicht nur am 1. Mai ein Thema für Thüringen, nein, auch Thema der Aktuellen Stunde, weil es nicht nur notwendig ist, auf die Defizite hinzuweisen, sondern weil wir diese auch gemeinsam beseitigen müssen.

Wenn wir Kolleginnen und Kollegen über das Thema „Gute Arbeit, gerechte Löhne, soziale Sicherheit“ reden, dann müssen wir in den Blick nehmen, wie kommen die Leute heute in die Betriebe rein, wie kommen sie durch das Arbeitsleben durch und wie kommen sie hinten bei dem Arbeitsleben, also im Übergang zur Rente, wieder raus? Heißt also, wie und unter welchen Bedingungen steigen junge Menschen heute ins Berufsleben ein, mit welchen Anforderungen sind sie während des Berufslebens konfrontiert und wie gestaltet sich am Ende des Berufslebens der Übergang vom Arbeitsverhältnis in die Rente?

Schauen wir zunächst auf die jungen Menschen. Wir müssen sehen, dass wir heute eine Fachkräfteentwicklung haben, die uns vor neue Herausforde-

(Abg. Lemb)

rungen stellt. Wir müssen aber auch sehen, dass es einen Übergang von der Schule in den Beruf, also in der ersten Schwelle und auch in der zweiten Schwelle von der Ausbildung in das Arbeitsleben gibt, welche neue Herausforderungen neue Weichenstellungen beinhaltet.

Mit der heute gestarteten, gemeinsam von den Kammern und Verbänden, Arbeitsagenturen und Gewerkschaften getragenen und von unserem Wirtschaftsminister initiierten Kampagne „Thüringen braucht dich“ wird eine Plattform geboten, die das Ziel hat, junge Menschen hier im Land zu halten, attraktive Ausbildungs- und Beschäftigungsmöglichkeiten zu bieten und vor allen Dingen junge Menschen mitzunehmen, die bislang im Rahmen der Ausbildung nicht zum Zuge kamen. Die Unternehmen selbst aber müssen den jungen Leuten auch Perspektiven bieten. Dies gilt, Kolleginnen und Kollegen, für die materielle Entwicklung zu Beginn des Berufslebens, gilt aber auch für die strukturellen Bedingungen im Einstieg in das Berufsleben. Der überwiegende Teil der jungen Leute bekommt eben nach der Ausbildung keine gesicherte berufliche Perspektive im Rahmen eines unbefristeten Normalarbeitsverhältnisses, sondern sie werden entweder befristet übernommen oder wandern ab in die Leiharbeit. Deshalb ist es gut und richtig, dass in einer wichtigen Branche in Thüringen und bundesweit im Moment im Rahmen von Tarifauseinandersetzungen über die Verbesserung dieser Bedingungen gestritten wird. Die Unternehmen in Thüringen müssen sich aber - da beißt die Maus keinen Faden ab - auch zu einer besseren Bezahlung und einer höheren Tarifbindung bekennen.

Die aktuellen Zahlen sind bekannt. Thüringen liegt in der Lohnskala nach wie vor unten. Thüringen hat mit 23 Prozent Tarifbindung bezogen auf die Betriebe und 44 Prozent Tarifbindung bezogen auf die Beschäftigten eine deutlich zu niedrige Tarifbindung.

Nach dem aktuellen DGB-Index Gute Arbeit halten 56 Prozent der Thüringer ihr Einkommen für unangemessen, 84 Prozent sagen, dass sie im Westen für gleiche Leistungen deutlich mehr verdienen würden, und 40 Prozent können gut nachvollziehen, dass man aus Thüringen abwandert. Das, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist für die Thüringer Wirtschaft und für die industrielle Entwicklung in unserem Land ein akutes Bedrohungspotenzial. Auch hier müssen die Unternehmen aus eigenem Interesse handeln. Jammern oder Klagen über den Fachkräftemangel allein reicht nicht. Nach der Politik zu rufen, reicht allein nicht. Es gibt auch eine klare Eigenverantwortung mit dem Ziel, die Tarifsituation zu verbessern und zu einer deutlich höheren Tarifbindung zu kommen.

Mit der konzertierten Aktion in Thüringen haben wir auch die politische Plattform dazu. Jedes Unterneh-

men weiß, müsste wissen, dass diese Landesregierung, anders als die Vorgängerregierungen, kein Billiglohnland Thüringen will. Bei einigen Unternehmen, das ist erfreulich, fruchtet das auch. So gibt es derzeit die Absichtserklärung einiger junger Unternehmen am Erfurter Kreuz, die Arbeitgeberverbände in Thüringen durch Beitritt zu stärken.

Trotzdem, Kolleginnen und Kollegen, mit diesen Einzelbeispielen wird das Gesamtproblem noch nicht gelöst werden können. Alle wissen, dass wir 34 Prozent der Beschäftigten in Thüringen haben, die unter einem Lohn von 8,50 € arbeiten müssen. Wir müssen also nach wie vor das Thema Mindestlohn vorantreiben und deshalb ist es erfreulich, dass die Bundeskanzlerin gestern erklärt hat, dass sie jetzt endlich den Streit mit der FDP in der Koalition im Bund beseitigen will. Da kann man sie nur unterstützen. Aber ich will darauf hinweisen, es muss zu einem echten gesetzlichen Mindestlohn führen und nicht nur zu einer Lohnuntergrenze, die dafür sorgt, dass nicht von Tarifverträgen erfasste Bereiche angehoben werden. Das allein reicht nicht.

Präsidentin Diezel:

Herr Abgeordneter, Ihre Redezeit ist zu Ende.

Abgeordneter Lemb, SPD:

Wir brauchen einen verbindlichen Mindestlohn für Thüringen, für die Bundesrepublik und müssen damit einen aktiven Beitrag zur Verbesserung der Lohnsituation für gute Löhne, gerechte Einkommensbedingungen und soziale Sicherheit sorgen. Herzlichen Dank.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsidentin Diezel:

Vielen Dank. Als Nächste spricht für die Fraktion DIE LINKE die Frau Abgeordnete Ina Leukefeld.

Abgeordnete Leukefeld, DIE LINKE:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, gestern waren wir alle unterwegs auf den Straßen und Plätzen zum 1. Mai und ich gehe davon aus, dass viele von uns genau zu dem Thema gesprochen haben, was heute hier die Kollegen der SPD als Aktuelle Stunde eingereicht haben. Richtig, kann man da nur sagen. Ich kann das nur unterstreichen, was hier vom Kollegen Lemb schon gesagt wurde, da gibt es keinen Widerspruch der LINKEN. Lasst uns gemeinsam handeln. Über Missstände, hat der Kollege Lemb gesagt, nicht nur reden, sondern sie beseitigen. Richtig. Das geht nur mit politischen Entscheidungen. Und nur Mut, kann ich sagen, da muss man die Hand heben. Das haben wir gerade erlebt, wie das auch möglich ist.

(Abg. Leukefeld)

(Beifall DIE LINKE)

Denn, und das habe ich gestern auch in Suhl gesagt auf der Maikundgebung des DGB, wir brauchen einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn. Der Thüringer Wirtschaftsminister hat einen Gesetzentwurf in der Schublade, über den wir hier zumindest nach unserem Antrag auch geredet haben, eine Bundesratsinitiative einzureichen und dafür zu sorgen, dass letztendlich sich tatsächlich Mehrheiten finden, um den auch wirklich einzuführen. Das können wir hier nicht allein in Thüringen, aber die Thüringer können vorangehen und können im Bundesrat das einfordern. Wir hoffen sehr, meine Damen und Herren, dass der Antrag nicht im Wirtschaftsausschuss jetzt versackt und vor sich hindümpelt, sondern dass es uns gelingt,

(Beifall DIE LINKE)

sehr schnell die Kollegen der SPD zu unterstützen und die Thüringer Regierung. Da muss sich die CDU einen Ruck geben, mit dieser Bundesratsinitiative zu agieren.

Zweitens will ich sagen - auch das gehört zu guter Arbeit dazu, gute Löhne, gute Rente, soziale Sicherheit im Alter -, verehrte Kollegen von der SPD, sorgt dafür, dass die Rente mit 67, die Ihr eingeführt habt, wieder abgeschafft wird. Das ist auch dringend notwendig, denn bei dem Lohnniveau, das wir hier in Thüringen haben, führt das zu Armut im Alter, führt das zu Grundsicherung im Alter. Ich möchte ein Beispiel sagen: Eine Verkäuferin - wir kommen ja heute noch zum Ladenöffnungsgesetz -, die ihr Leben lang gearbeitet hat für 1.800 € brutto, wird eine Rente haben von 800 €. Ihre Tochter, die den gleichen Beruf hat und jetzt arbeitet unter den gleichen Bedingungen, wird im Jahr 2033 eine Rente von 660 € haben und da muss sie noch bis 67 arbeiten. Davon kann kein Mensch leben, das muss geändert werden. Das ist auch im Wesentlichen verstanden, das muss jetzt praktiziert werden.

Meine Damen und Herren, wenn wir über niedrige Löhne in Thüringen reden, dann ist auch schon gesagt worden, dass junge Menschen in besonderer Weise betroffen sind, überdies auch noch Frauen. Die Lohndifferenz zwischen Ost und West beträgt 20 Prozent, zwischen Frauen und Männern 23 Prozent. Da muss sich etwas tun.

(Beifall DIE LINKE)

Tariffensive, eine Lohnoffensive hier in Thüringen ist angesagt. Wir unterstützen auch die Initiativen, den gewerkschaftlichen Kampf, gerade auch der IG Metall, um hier ein Stück weiterzukommen. Wir glauben, dass das Tarifangebot der Arbeitgeberseite mit 2,6 Prozent absolut in die falsche Richtung weist.

(Beifall DIE LINKE, SPD)

Wenn man sich die Zahlen ansieht mit 2 Prozent gestiegenem Monatsverdienst und einer Inflationsrate von 2,1 Prozent im Vergleich dazu, wird die Lohnsteigerung vollständig aufgeessen. Ich denke auch, man muss aufhören zu jammern über den Tarifabschluss von ver.di, was man da und dort auch hört. Die Arbeit ist es wert, die Menschen brauchen mehr Geld in der Tasche. Letztendlich wird sich das auch in Kaufkraft niederschlagen.

Natürlich heißt das auch, dass die Kommunen über mehr Geld verfügen müssen, um das dann auch entsprechend zu zahlen. Deswegen ist auch eine Umverteilung von Reichtum außerordentlich wichtig.

Letzter Gedanke: Auch in der aktuellen, in der aktiven Arbeitsmarktpolitik muss man nachlegen. Hier gibt es die ersten spürbaren Auswirkungen der Instrumentenreform. Ganz aktuell von heute: Die Aktivierung beruflicher Eingliederung wurde im Vergleich zum Vorjahr um 37,8 Prozent schon abgesenkt und um knapp 80 Prozent bei den Gründungszuschüssen.

Präsidentin Diezel:

Frau Abgeordnete, Ihre Redezeit.

Abgeordnete Leukefeld, DIE LINKE:

Ich habe es gesehen - letzter Satz. Ich glaube, wir haben hier viel zu tun und müssen Nägel mit Köpfen machen, denn Sonntagsreden brauchen wir nicht mehr. Danke schön.

(Beifall DIE LINKE)

Präsidentin Diezel:

Vielen Dank. Für die Fraktion der FDP spricht der Abgeordnete Marian Koppe.

Abgeordneter Koppe, FDP:

Vielen Dank, Frau Präsidentin. Liebe Kolleginnen und Kollegen, der 1. Mai erinnert jährlich an die Haymarket Affäre des Jahr 1886, als die nordamerikanische Arbeiterbewegung damals - sicherlich nicht zu Unrecht - Verbesserungen der Lebens- und Arbeitsbedingungen der Arbeitnehmer und Arbeiter einforderte und zum Streik aufrief. In Deutschland wurde der 1. Mai 1919 erstmalig als Feiertag begangen. Dieser wurde im Übrigen einzig und allein mit den Stimmen der SPD, der liberalen DDP unter Rathenau, Naumann und Külz sowie Teilen der Zentrumspartei durchgesetzt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, dies soll kein Seminar zur Genesung des Tages der Arbeit sein, sondern wir wollen uns mit der aktuellen Lage befassen. Die aktuelle Lage ist wie folgt: 80 Prozent aller Beschäftigungsverhältnisse in Deutschland

(Abg. Koppe)

werden mittelbar und unmittelbar durch Tarifverträge geregelt. Insgesamt gibt es deutschlandweit 70.000 Tarifverträge, in denen Arbeitgeber und Arbeitnehmer die Gehälter und Arbeitsbedingungen in mehr als 300 Wirtschaftszweigen und mehr als 1.100 Tarifbereichen ordnen.

(Beifall FDP)

Weniger als 6 Prozent aller Beschäftigten arbeiten für einen Stundenlohn von unter 7,50 €, wobei auch diese Löhne durch Tarifverträge vereinbart sind und diese niedrigen Stundenlöhne gerade in der Dienstleistungsbranche durch beispielsweise Trinkgeldregelungen abgedeckt werden. Die politische Forderung eines gesetzlich festgelegten Mindestlohns ist aus unserer Sicht zudem kein geeignetes Mittel, um flächendeckend einen Lohn zu zahlen, der für eine gute Arbeit - so Ihr Titel - ein gerechtes Entgelt schafft.

(Beifall FDP)

Denn die Frage ist erstens, was ist eine gute Arbeit und zweitens, was ein gerechtes Entgelt darstellt.

(Zwischenruf Abg. Lemb, SPD)

Wer meint, Herr Lemb, dass der Staat der bessere Richter ist als beispielsweise der Kunde, die Arbeitgeber oder die Arbeitnehmer, der überschätzt nicht nur das Marktwissen des Staates, sondern unterschätzt auch die Interessenlage und die Durchsetzungsfähigkeit der Gewerkschaften.

(Beifall FDP)

Es gibt - und das will ich Ihnen kurz darstellen - aus unserer Sicht zwei potenzielle Folgen, die einen Mindestlohn zeitigt. Erstens: Der Mindestlohn in einer Branche ist wirkungslos - da nehmen wir zum Beispiel mal die Pflegebranche -, wenn die Arbeitgeber adäquate Arbeitskräfte für den festgelegten Satz überhaupt nicht mehr akquirieren können. Er liegt in diesem Fall deutlich unter dem, was Arbeitgeber jetzt schon zahlen müssen, damit sie entsprechend ausgebildete Fachkräfte überhaupt anwerben können.

(Beifall FDP)

Dazu sei den werten Kollegen auch durchaus mal ein Gespräch mit Trägern von stationären Pflegeheimen in Thüringen empfohlen. Die können Ihnen nämlich sehr deutlich sagen, was für einen Einfluss der Mindestlohn in der Pflegebranche hat, nämlich keinen. Die weitaus gefährlichere Folge ist aber in den Branchen zu beobachten, welche die durch den Mindestlohn erhöhten Personalkosten am Markt, also bei dem an den Kunden weitergegebenen Endpreis, überhaupt nicht mehr wirtschaften können. Die Arbeitsplätze, die durch zwangsweise erhöhte Endpreise nicht zu refinanzieren sind, weil die Kunden ausbleiben, werden abgebaut.

(Beifall FDP)

Eine weitere Folge wird sein, dass, sollte die Dienstleistung weiter nachgefragt werden, allerdings zu einem niedrigeren Preis als es den offiziellen Marktteilnehmern möglich ist, diese Branche zusätzlich durch die Bildung eines Schwarzmarkts unter Druck gesetzt wird.

(Beifall FDP)

Wir bleiben daher bei unserem Nein zu einem flächendeckenden gesetzlich festgelegten Mindestlohn.

(Beifall FDP)

Liebe Mitglieder der SPD-Fraktion, vielleicht sollten Sie Ihren Bürgermeister der Stadt Schmalkalden - einen Herrn Kaminski - daran erinnern, in welcher Partei er ist. Die Stadt Schmalkalden schreibt aktuell eine Teilzeitstelle aus - 36 Stunden für einen Tiefbauingenieur mit gefordertem abgeschlossenen Studium - in der Entgeltgruppe 8. Ich wiederhole „Entgeltgruppe 8“. Diese Person, die aus welchem Grund auch immer gezwungen ist, diesen Job anzunehmen, wird sicherlich dankbar der heutigen Debatte lauschen, denn er wird sich sehr freuen, dass es bald für gute Arbeit auch ein entsprechend gutes Entgelt gibt. Vielen Dank.

(Beifall FDP)

Präsidentin Diezel:

Danke schön. Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN spricht Frau Abgeordnete Anja Siegesmund.

Abgeordnete Siegesmund, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, was ist gute Arbeit? Fünf Fraktionen, fünf Antworten, aber ich will Ihnen zunächst sagen, was keine gute Arbeit ist. Nicht unter gute Arbeit fallen folgende Stichworte: Ausufernde Leiharbeitsbranchenprozente - alle, die in Leiharbeit beschäftigt waren, haben 50 Prozent nur dessen 2010 verdient, wie im Schnitt diejenigen, die unbefristete Arbeitsverträge hatten oder andere. Scheinselbstständigkeit gehört zu schlechter Arbeit. Zunehmender Burn-out - ein Phänomen, was wir beobachten können. Familienunfreundliche Arbeitszeiten, nicht nur unmoralische Stundenlöhne, wie sie eben schon hier eine Rolle spielten, definitiv auch, Altersarmut. All das gehört zu dem, was gute Arbeit eben nicht ausmacht.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Und es gehört noch mehr dazu, nämlich die Tatsache, dass wir einen Arbeitsmarkt haben, an dem ganz eindeutig der Aufschwung an Älteren beispielsweise, an Menschen mit Behinderungen und

(Abg. Siegesmund)

anderen vorbeigeht. All das ist nicht gute Arbeit, all das ist das, worum wir uns kümmern müssen.

Gute Arbeit heißt also im Umkehrschluss, dass Menschen von ihrem Lohn leben können müssen, dass sie ihre Familien ernähren können müssen, dass sie gut leben wollen und wir ihnen dafür die Rahmenbedingungen schaffen, und dass es eben nicht knapp wird zu Hause, wenn der Schulausflug bezahlt werden muss.

Da bin ich beim Mindestlohn, der gehört mit dazu und die Zahlen will ich Ihnen nicht ersparen. Der Niedriglohnsektor ist in der Bundesrepublik in den vergangenen zehn Jahren dramatisch angewachsen. Wir wissen, dass mehr als 6,5 Mio. Menschen für einen Niedriglohn arbeiten, 3,4 Millionen verdienen weniger als 7 € in der Stunde und mehr als 1 Mio. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer werden hierzulande mit einem Stundenlohn von unter 5 € abgeseigt.

Da komme ich gern mal zur FDP - ich weiß nicht, wo Herr Koppe jetzt ist -, aber die FDP muss, finde ich, auch endlich mal zur Kenntnis nehmen, Herr Koppe, dass die 1,3 Mio. Erwerbstätigen, die aufstocken, staatlich subventioniert werden. Es ist nämlich eine staatliche Subvention, wenn tatsächlich entschieden wird, dass aufgestockt werden muss, und dieses Geld, lieber Herr Koppe, sollten wir doch lieber in Mindestlohn stecken, anstatt Unternehmen damit zu subventionieren. Damit konterkarieren Sie komplett das, was gute Arbeit ist.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Im Übrigen, wenn Sie sich weniger mit so völlig grotesken Steuersenkungsplänen wie bei der Pendlerpauschale befassen würden, wüssten Sie auch, was wichtig ist.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der gesamte Niedriglohnsektor ist - und das müssen wir auch zur Kenntnis nehmen - überproportional weiblich. Wir haben nicht nur viele Junge, die betroffen sind, viele Ältere, sondern auch viele Frauen. Es gibt also genug, um das wir uns kümmern müssen, obwohl wir genau überlegen müssen, was denn eigentlich die richtigen Instrumente sind.

Es gibt in der Bundesrepublik bisher keine allgemeingültige Lohnuntergrenze. Fragen Sie mal Möbelspediteure, fragen Sie mal im Frisörbereich, fragen Sie mal in vielen anderen Dingen, was das eigentlich für die Menschen heißt. Ich glaube, dass manche das hier wirklich gut vertragen würden, auch mal miteinander zu reden, was das individuell heißt. Deswegen - und das finde ich besonders spannend - gibt es einige Länder, ich nenne mal Bremen und andere, die sich sehr wohl im Land darum bemühen zu überlegen, was wir eigentlich

vor Ort tun können, zum Beispiel darüber reden, wie das Land selbst dafür sorgt, dass ein Mindestlohn eingeführt wird.

Sie wissen, dass über zwei Drittel der Menschen, die in der Bundesrepublik leben, die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns befürworten. Das sind Umfragen, die Infratest dimap gemacht hat, das ist kein „Wünsch dir was“ von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, und über die Höhe können wir jetzt trefflich streiten, da können wir irgendwie einen Mittelwert finden oder uns etwas ganz anderes ausdenken. Es gibt Studien der Universität Berkeley in den USA dazu, die nun wirklich unverdächtig sind, in irgendeiner Form Hokusfokus zu machen. Es ist belegt und keiner muss sich davor fürchten, was ein Mindestlohn in Thüringen anrichten würde. Schauen Sie nach Großbritannien, schauen Sie in die USA, schauen Sie nach Österreich, dort gibt es den Mindestlohn und es ist, meine Damen und Herren von CDU und FDP, nicht der Sozialismus ausgebrochen; es täte uns allen gut.

(Beifall SPD)

Stattdessen - und das müsste vielleicht auch ein Argument sein, was die FDP gar nicht schlecht findet - gibt es Studien, in denen sehr wohl steht, dass, würden wir einen flächendeckenden Mindestlohn von 8,50 € einführen, es positive fiskalische Effekte gäbe. Bundesweit rechnet man mit 7 Mrd. € mehr in den Kassen zusätzliche Steuereinnahmen, höhere Sozialbeiträge, ersparte Sozialtransfers, rechnen Sie mal mit den Zahlen, das täte Ihnen gut. Herr Koppe, ich hoffe sehr, dass die Parole „Trinkgeld statt Mindestlohn“ nicht Ihr Ernst war, sondern nur ein Ausrutscher. Alles andere fände ich sehr schräg.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, ich würde es begrüßen, wenn die Landesregierung Stellung dazu nähme, wie man denn innerhalb des Vergabegesetzes beispielsweise über einen Mindestlohn diskutiert. Das wäre doch mal ein starkes Signal am 2. Mai. Das würde mich interessieren. Sind Sie denn dazu im Gespräch nach dem 1. Mai - die Sonntagsreden, Frau Leukefeld hat gesagt, sollten vorbei sein ...

Präsidentin Diezel:

Frau Abgeordnete, Ihre Redezeit ist zu Ende.

Abgeordnete Siegesmund, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Packen Sie es an und ich würde mich freuen, wenn Schwarz-Rot sich tatsächlich für diese Idee erwärmen kann.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsidentin Diezel:

Vielen Dank. Für die CDU-Fraktion hat das Wort die Abgeordnete Elke Holzapfel.

Abgeordnete Holzapfel, CDU:

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, es ist alles gesagt,

(Zwischenruf Abg. Mohring, CDU: Nie im Leben!)

nur noch nicht von mir, Sie haben recht.

Anlässlich dieses Plenums wird uns natürlich dieses Thema auch öfter wieder einholen. Ich möchte gern zur Genese des Maifeiertages sprechen. Ich bekenne, ich habe gestern auf keiner Demonstration gesprochen.

(Beifall FDP)

Ja, ich sage Ihnen eindeutig, ich habe den Maifeiertag, den ich zum 21. Mal in Freiheit und in Einheit erleben durfte, im Kreise meiner Freunde verbracht. Wir sind weder an einer Tribüne vorbeimarschiert, noch haben wir Winkelemente getragen. Auch einem Bestechungsversuch mit Freibier und Rostwurst waren wir gestern nicht erlegen. Wir haben diesen Tag gefeiert mit Gedanken und Erinnerungen u.a. an unsere gemeinsame Vergangenheit, so wie wir diesen Tag erlebt haben. Es ist vielleicht auch wichtig für unsere Zuschauer, dass sie es noch einmal ein Stückchen miterleben.

Erlauben Sie mir trotzdem einen kurzen Rückblick in die Geschichte, bevor ich auf das Gewerkschaftsmotto 2012 eingehe, dem diese Aktuelle Stunde heute gewidmet ist. Als am 1. Mai vor 126 Jahren in Nordamerika die Beschäftigten aus über 11.000 Betrieben in einen mehrtägigen Streik traten, um die Einführung des 8-Stunden-Tages in ihre Verträge zu fordern, konnte sich wohl kaum jemand vorstellen, welche Bedeutung diesem Tag einmal zukommt. Anlass hierfür, und das sagte der Kollege Koppe gerade, war eine gewalttätige Auseinandersetzung, die drei Tage später auf dem Haymarket in Chicago ein blutiges Ende nahm. Das Ziel, den 8-Stunden-Tag einzuführen, wurde nicht erreicht. Den Einsatz dafür haben mehr als 30 Menschen mit ihrem Leben bezahlt. Die Zweite Internationale rief auf ihrem Gründungskongress vier Jahre später in Paris zum Gedenken an die Opfer den 1. Mai zum Kampftag der Arbeiterbewegung aus. Trotz der geringen Streikneigung im damaligen deutschen Kaiserreich und dem noch geltenden Sozialistengesetz, mit dem Sozialdemokraten verfolgt und politische Versammlungen verboten waren, beteiligten sich bereits ein Jahr später am 1. Mai 1890 über 100.000 Arbeiterinnen und Arbeiter an den sogenannten Mai-Spaziergängen. Wer weiß das hier?

(Zwischenruf Abg. Dr. Klaubert, DIE LINKE: Ich.)

Sehr schön. Vornehmlich wurden diese in den großen Städten wie Berlin, Dresden und Hamburg durch die Gewerkschaften organisiert. In Hamburg entwickelte sich daraus ein Arbeitskampf um einen 9-Stunden-Tag, der sich bis zum Spätsommer ausdehnte. Zwar konnten sich die Gewerkschaften nicht durchsetzen, dennoch gilt dieser Arbeitskampf als erfolgreich, denn er war die Geburtsstunde des Deutschen Gewerkschaftsbundes. Aus der Erfahrung heraus, dass Einigkeit stark macht, wurde der erste Dachverband gegründet. Fortan wurde am ersten Sonntag im Mai überall dort, wo es nicht möglich war, am Datumstag zu streiken oder der Arbeit fernzubleiben, mit Umzügen und Festen, die im Freien stattfanden, gefeiert. Der Versuch, den 1. Mai als einen gesetzlichen Feiertag verbindlich festzulegen, erfolgte 1919 erstmals durch die Weimarer Nationalversammlung. Hier funktionierte nicht die Parole „Einigkeit macht stark“; es konnte nicht durchgesetzt werden. Als gesetzlicher Feiertag wurde der 1. Mai erst ab 1933 durch die Nationalsozialisten eingeführt und gründlich missbraucht. Bereits am 2. Mai 1933 wurden die Gewerkschaften in Deutschland verboten. Eine Ungeheuerlichkeit! Aus dem Feiertag der nationalen Arbeit wurde der nationale Feiertag. Dieser war geprägt von Aufmärschen und Leistungsschauen sowie Massenauftritten der Nazis. Damit war der 1. Mai als Tag der Arbeit völlig entwertet. Und wie das zu DDR-Zeiten vor sich ging, das hatte ich Ihnen schon gesagt. Ich sehe, meine Zeit läuft hier weg. Ich könnte noch sehr viel über die Geschichte -

(Unruhe DIE LINKE)

schade - des 1. Mai sagen. Ich möchte nur sagen, dass mir besonders das Bundesland Nordrhein-Westfalen gefällt. Dort wurde der 1. Mai festgelegt als Tag des Bekenntnisses zur Freiheit, zu Frieden, Völkerversöhnung und Menschenwürde. Das ist eine sehr gute Geschichte. Für alle Menschen, die auf dem Boden unserer Verfassung stehen, ist die Würde unantastbar.

Präsidentin Diezel:

Die Redezeit ist wirklich zu Ende.

Abgeordnete Holzapfel, CDU:

Dazu gehören selbstverständlich auch gute Arbeit, gerechte Löhne und soziale Sicherheit. Ansonsten kann ich den Vorrednern zu 90 Prozent zustimmen. Danke schön.

(Unruhe DIE LINKE)

Präsidentin Diezel:

Danke schön, Frau Abgeordnete. Ich sehe keine Wortmeldungen bei den Abgeordneten. Herr Minister Machnig für die Regierung, bitte schön.

Machnig, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Technologie:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Frau Holzapfel, zunächst einmal vielen Dank für die äußerst interessanten Ausführungen zur Historie des 1. Mai.

(Zwischenruf Abg. Korschewsky, DIE LINKE: Geschichte.)

Ich bin noch nicht 126 Jahre dabei, ich gehe ungefähr gut 30 Jahre jeden 1. Mai auf die Straße

(Beifall DIE LINKE)

und ich sage auch, warum: Jeder Tag hat seine Bedeutung, dieser Tag hat für mich eine Bedeutung, weil Arbeit in unserem Leben eine zentrale Rolle spielt. Genauso wie andere Organisationen Tage begehen, gehört es zur Kultur in unserem Land, dass auch Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und deren Interessenvertretung an diesem Tag auch öffentlich für ihre Belange eintreten. Ich glaube, das ist gut. Das sollten wir auch nicht infrage stellen und ich biete Ihnen an: Wir gehen nächstes Jahr mal zusammen auf den 1. Mai. Sie werden wirklich beknennender Fan einer solchen Veranstaltung werden.

(Beifall DIE LINKE, SPD)

Warum ist der 1. Mai wichtig und warum werden dort auch immer bestimmte Positionen öffentlich vertreten?

(Heiterkeit SPD, DIE LINKE)

(Unruhe FDP)

Das war doch eine freundliche Einladung und die kann man annehmen und die kann man auch ablehnen. Ich würde mich freuen, wenn wir das mal zusammen machen.

Herr Barth, ich nehme Sie auch mit, wenn Sie Lust haben.

(Zwischenruf Abg. Ramelow, DIE LINKE: Jetzt ist es gut. Da bleibe ich zu Hause.)

(Heiterkeit DIE LINKE)

(Zwischenruf Abg. Barth, FDP: Sie können doch nicht so früh am Tag mit Drohungen um sich schmeißen.)

Jetzt zum Thema. Ja, das ist doch okay, gut. Wenn Sie das als Bedrohung empfinden, dann weiß ich nicht, was Sie sonst so im Leben erleben.

(Heiterkeit DIE LINKE)

Jetzt zum Thema: Das Thema ist ernst. Worüber reden wir? Deutschland hat heute, das ist gut, darüber freue ich mich auch als Wirtschaftsminister, historisch in der Nachkriegsgeschichte den höchsten Beschäftigungsstand, den wir je hatten. Das ist die eine Seite der Medaille, die Wahrheit gehört

aber dazu. Dieser Arbeitsmarkt ist ein tief gespalte-
ner Arbeitsmarkt. Was wir erleben, und das ist die
eigentliche Herausforderung - ich nenne das die
neue soziale Frage in Deutschland -, ist, dass wir
einen Arbeitsmarkt haben, der eben spaltet in Gut-
verdiener und immer stärker spaltet auch in Leute,
die in prekärer Beschäftigung sind.

(Beifall DIE LINKE, SPD)

Die Zahlen sind dort eindeutig. Wir haben heute
16,8 Mio. Menschen, die in atypischen Beschäfti-
gungsverhältnissen in Deutschland beschäftigt
sind, 5,7 Mio. in Teilzeit, 2,7 Mio. in befristeten Be-
schäftigungsverhältnissen, 7,4 Mio. Menschen in
Minijobs, 1 Mio. in Leih- und Zeitarbeitsverträgen
und es gibt jetzt eine neue Entwicklung, die Zahl
der Werkvertragsarbeitnehmer nimmt zu. Auch das
ein Instrument zum Lohndumping. Wir müssen
schlicht und ergreifend zur Kenntnis nehmen - und
ich finde, das sollte jeder tun, egal welcher politi-
schen Gruppierung er angehört -, Deutschland ist in
Europa das Land mit dem höchsten Niedriglohn-
sektor. Das ist die Realität. Wir bewegen uns auf
dem Niveau von Kanada; die USA und nur Korea
liegen noch etwas über uns. Allerdings, und das ist
die negative Entwicklung: Wir sind das Land mit der
höchsten Zunahme in den letzten Jahren, was den
Niedriglohnsektor angeht. Wir haben eine Zunahme
in den letzten zehn Jahren von mehr als 6 Prozent.
Das hat natürlich Konsequenzen und die Konse-
quenzen sind ganz praktisch, weil, und das müssen
wir mal zur Kenntnis nehmen, es gibt fast 2 Mio.
Menschen in Deutschland, die verdienen weniger
als 5 €. Es gibt 4 Mio. Menschen, die verdienen we-
niger als 8 €. Und zwischen 8 und 10 € haben wir
immer noch knapp 4 Mio. Menschen. Das heißt,
wenn man einen Lohn von etwa 8/9 € zugrunde
legt, haben wir heute eine Situation, dass mehrere
Millionen Menschen in Deutschland sich unter ei-
nem angemessenen Lohn bewegen. Allein unter
8,50 € sind das 5,78 Mio. Menschen, im Übrigen
mit der Konsequenz, dass man davon in der Regel
nicht leben kann und sich die Zahl der Aufstockerin-
nen und Aufstocker insgesamt in den letzten Jah-
ren auf sehr hohem Niveau, 1,4 Mio., bewegte.
Wenn man genau schaut, wen das eigentlich be-
trifft, dann muss man Folgendes feststellen: Dieses
Problem betrifft natürlich auch Männer, aber es sind
vor allen Dingen Weibliche und es sind Jüngere,
die von dieser Entwicklung betroffen sind. Allein in
Thüringen verdienen 52 Prozent aller Menschen
unter 29 Jahren weniger als 8,50 €. Was das zur
Konsequenz hat, das wissen alle, nämlich es führt
dazu, dass viele junge Menschen das Land verlas-
sen. Ich sage es nicht so laut, aber die Umfrage,
die ich mit Externen gemacht habe, hat zu einem
geführt: Durchaus 40 Prozent der Thüringer können
sich vorstellen, das Land zu verlassen. Das sind
Alarmsignale, die wir sehr ernst nehmen sollten,

(Minister Machnig)

und daraus müssen auch entsprechende Konsequenzen gezogen werden.

Wer in die Branchen schaut, wird feststellen, es gibt Hotspots. Wir haben insbesondere die höchsten Niedriglohnanteile im Bereich des Gastgewerbes, der Land- und Forstwirtschaft, im Einzelhandel, im Dienstleistungssektor und so weiter. Dort haben wir den höchsten Niedriglohnanteil. Ich empfehle allen einmal nachzulesen, was es heißt, etwa im Einzelhandel zu arbeiten, wenn man sich etwa die ALDI-Geschichte im SPIEGEL anschaut. Diese Entwicklung ist nicht nur eine Entwicklung, die dann dazu führt, dass Menschen abgedrängt werden, sondern alle Beschäftigten sind davon betroffen. Denn wer sich anschaut, wie sich in den letzten Jahren die Reallöhne oder die Effektivlöhne in Deutschland entwickelt haben, der stellt fest, wir liegen heute, wenn man sich die Effektivlöhne in Deutschland anschaut, unter dem Niveau des Jahres 2000. Das heißt, Menschen haben real Lohnverluste gehabt. Wo sind sie am höchsten? Sie sind auch noch da am höchsten, wo Menschen am wenigsten verdienen, dort sind die höchsten Lohnneinbußen. Ich finde, das hat jeder von uns zur Kenntnis zu nehmen. Für Thüringen heißt das im Übrigen, auch das will ich sagen, wir haben die geringsten Bruttoentgelte bundesweit, wir liegen am Schluss. Mit 1.936 €, das ist der Medianlohn in Thüringen, liegen wir hinter Sachsen-Anhalt, hinter Sachsen, hinter Mecklenburg-Vorpommern, hinter Brandenburg und sowie so hinter allen westdeutschen Ländern. Deswegen, glaube ich, brauchen wir auch in den nächsten Jahren eine wirkliche Wende in der Lohnpolitik.

Jetzt einen Satz zum Thema Mindestlohn: Ich stelle zunächst einmal fest, wenn ich auf den Deutschen Bundestag schaue, wenn ich hier ins Plenum schaue - ich denke, die CDU-Kolleginnen und -Kollegen stehen zu den Beschlüssen, die auf ihrem Parteitag gefasst wurden, das unterstelle ich mal.

(Zwischenruf Abg. Mohring, CDU: Wir ja.)

Ja, ja, ich auch.

(Unruhe CDU)

Ich muss nicht zu den CDU-Parteitagsbeschlüssen stehen. Das ist nicht meine Aufgabe, aber ich stelle Folgendes fest: Hier im Saal und im Deutschen Bundestag sind bis auf die FDP alle Parteien inzwischen für eine Lohnuntergrenze. Es geht um die Frage der Ausgestaltung der Lohnuntergrenze. Ich sage ganz offen, da habe ich zumindest Zweifel am Modell von Frau von der Leyen. Aber das ist ja zunächst ein Signal, dass auch die Bundesarbeitsministerin erkannt hat, ohne eine Lohnuntergrenze wird das Lohndumping in den nächsten Jahren weitergehen. Deswegen sollten wir das, was jetzt vorgelegt worden ist, auch ernst nehmen. Ich tue das zumindest und wir sollten auch ehrlich miteinander diskutieren. In 20 von 27 europäischen Ländern

gibt es Mindestlöhne. Wenn man sich zum Beispiel die britischen und andere Erfahrungen anschaut, kann man feststellen, das hat nicht dazu geführt, dass weniger Beschäftigung aufgebaut worden ist.

(Zwischenruf Abg. Barth, FDP: Das wäre ja mal was ganz Neues - Bulgarien 80 Cent.)

Nein, ich sage es noch einmal, schauen Sie sich die Ergebnisse an, die ich ja nicht produziert habe. Frau von der Leyen hat acht Branchen in Deutschland untersuchen lassen, wo es Mindestlöhne gibt: im Bauhauptgewerbe, im Dachdeckerhandwerk, im Elektrohandwerk, im Bereich der Gebäudereinigung, im Maler- und Lackierhandwerk, in der Abfallwirtschaft, in der Wäschereidienstleistung und in der Pflegebranche. Übereinstimmend kommen diejenigen, die diese Evaluation gemacht haben, zu einem Ergebnis, dass diese Mindestlöhne, die es in diesen Branchen gibt, zu nicht weniger Beschäftigung in der Sache geführt haben. Ich finde, die eigenen empirischen Ergebnisse sollten dann doch einmal ernst genommen werden.

Ich glaube auch, dass wir uns auf den Weg machen sollten, jetzt - weil, ich sage es nochmals, es ist die neue soziale Frage - uns dieses Themas anzunehmen und zumindest würde ich mal mein Gefühl geben, man kann sich auch auf einen solchen Mindestlohn verständigen. Wir haben in Deutschland eine Pfändungsgrenze von 1.030 €. 1.030 € ist die Pfändungsgrenze. Wenn man das auf eine 38-Stunden-Woche umlegen würde, würde das heißen 8,62 €, auf eine 40-Stunden-Woche 8,22 €. Wir haben als zweiten Maßstab die Hartz-Regelsätze, die bedeuten 1.054 € netto pro Monat. Das würde bei einer 38-Stunden-Woche 8,91 € und bei einer 40-Stundenwoche die besagten 8,50 € bedeuten. Wenn wir die Armutsschwelle zugrunde legen, die Armutsschwelle in Deutschland, auch dafür gibt es ja entsprechende Zahlen, dann würde das bedeuten, dass wir über ganz andere Sätze reden. Wenn wir das zugrunde legen, würde man über Größenordnungen von 10 € und mehr sprechen. Und wenn wir die Europäische Sozialcharta zugrunde legen würden, reden wir dann über Mindestlöhne von 12,24 €. Damit spreche ich nicht für diese Größenordnung. Ich wollte nur deutlich machen, es gibt Bezugssysteme und Referenzsysteme - Sozialcharta, Pfändungsgrenze -, die eines deutlich machen, auch in anderen Bereichen regeln wir doch eines, dass es keinen Absturz von Menschen gibt in das Bodenlose. Ich finde, das sollten wir tun. Im Übrigen jetzt ein Satz, Frau Leukefeld, zur Arbeit der Landesregierung: In der Tat, es gibt einen Gesetzentwurf meines Hauses. Wir haben uns im Rahmen der Koalition darauf verständigt, dass wir eine Arbeitsgruppe einrichten. Herr Bergemann ist z.B. Mitglied dieser Arbeitsgruppe. Wir haben jetzt dreimal getagt, wir werden diese Woche das vierte Mal tagen.

(Minister Machnig)

(Zwischenruf Abg. Barth, FDP: Ist da auch jemand von der CDU drin?)

Ja, sicher, mehrere: Es sind drei Minister drin und zwei Mitglieder der CDU-Landtagsfraktion.

(Zwischenruf Abg. Mohring, CDU: Mit Stimmrecht auch.)

Ich bin für folgendes Prinzip: Im Zweifelsfall habe ich immer die entscheidende Stimme, Herr Mohring. Das wäre das Beste.

(Zwischenruf Abg. Barth, FDP: Sind wir hier im Koalitionsausschuss?)

(Beifall DIE LINKE)

Aber Spaß beiseite!

(Unruhe im Hause)

Wir können ja einmal darüber abstimmen lassen. Mal sehen, wie weit wir dann mit diesem Vorschlag kommen. Nein, ich schaue einmal den Kollegen Bergemann an. Herr Bergemann, ich glaube, man kann eines sagen: Wir haben dort in dieser Arbeitsgruppe sehr sachlich über das Thema diskutiert und wir haben uns - Herr Bergemann, Sie werden das wissen, Sie waren ja bei den Sitzungen anwesend -, immer zutragen lassen, und zwar vom Institut der Deutschen Wirtschaft genauso wie vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, wie vom WSI usw. Das Erstaunliche ist, selbst der Vertreter des Instituts der Wirtschaft aus Köln hat eines gesagt, ja, er sieht auch Handlungsnotwendigkeit. Die Unterschiede lagen nicht bei der prinzipiellen Frage, brauchen wir einen Mindestlohn oder nicht. Es war die Frage, wie hoch muss er denn sein, damit es keine negativen Beschäftigungseffekte gibt. Das finde ich eine sinnvolle Diskussion. In der Tat, das ist auch die Abwägungsfrage, vor der wir stehen und die wir auch insgesamt treffen müssen. Ich glaube, das war eine sehr gute Arbeit. Wir machen diese Woche die letzte Runde, dann soll es einen Bericht geben. Aufbauend auf diesen Bericht wollen wir dann auch die politischen Konsequenzen aus dieser Frage ziehen. Ich will mich auf jeden Fall heute schon einmal bedanken für die gute und konstruktive Diskussionskultur, die es in diesem Bereich gibt.

Zum Schluss: Der Mindestlohn wird kommen, er wird kommen. Die Frage ist nur, kommt er schnell, oder nehmen wir uns noch mal ein, zwei Jahre Zeit. Ich sage, die Verbitterung in der Bevölkerung wird zunehmen. Denn es ist doch angesichts von Managergehältern - wie die von Herrn Winterkorn, 18 Millionen - Menschen nicht vermittelbar, warum sie eigentlich in Bereiche abgedrängt werden, von denen sie nicht leben können.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das gehört zur Sozialhygiene in diesem Land. Diese soziale Hygiene müssen wir im Auge behalten, weil ansonsten die Demokratie Schaden leidet. Das ist meine tiefste Überzeugung. Deswegen noch mal mein Appell: Lassen Sie uns in aller Ruhe aufbauend auf Daten, Zahlen und Fakten, aufbauend auf empirische Analysen, aufbauend im Übrigen auf der neuen Arbeitsmarktforschung aus den USA, denn wenn man sich amerikanische Arbeitsmarktforscher anschaut, haben die sich längst von der These verabschiedet, dass ein Mindestlohn zu Beschäftigungsabbau führt. Das sind die neuesten Ergebnisse. Lassen Sie uns im Sinne, ich sage das auch offen, sowohl für Arbeitnehmer als auch für Arbeitgeber einen solchen Mindestlohn auf den Weg bringen.

Warum ist das auch für die Arbeitgeber wichtig? Weil viele aus dem Handwerk, viele aus anderen Bereichen sagen: Wir können uns auch manchmal nicht schützen gegen den Dumpingwettbewerb, den Konkurrenten von uns machen, und das auf Kosten der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Deshalb, glaube ich, ist es auch im Interesse von vielen Arbeitgebern, wenn wir diesen Schritt tun. Wir sollten ihn schnell tun. Wir sollten ihn im Interesse der Beschäftigung und der Beschäftigten in diesem Land tun. Herzlichen Dank.

(Beifall CDU, DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsidentin Diezel:

Es gibt eine weitere Wortmeldung von der FDP-Fraktion, der Abgeordnete Barth.

Abgeordneter Barth, FDP:

Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, Herr Minister, zwei, drei Punkte will ich nur noch mal kurz retournieren. Wenn Sie sich die Mühe machen würden, gelegentlich auch einmal mit kleinen und mittelständischen Unternehmern aus Thüringen zu sprechen, insbesondere im Grenzbereich so zu Hessen, zu Bayern, also insbesondere zu den „gebrauchten“ Bundesländern, zu den westlichen Nachbarn, dann würden Sie sicherlich genauso hören, so wie sie mir das erzählen, dass die sich in einem enormen Wettbewerbsdruck befinden, auch gerade was die Lohnsituation betrifft - überhaupt keine Frage. Die Frage ist nur, wenn die jetzt schon wissen, dass sie sich in diesem Wettbewerb befinden und die Löhne trotzdem nicht zahlen, weil sie sie nicht zahlen können, was soll denn dann durch die gesetzliche Regelung, bitte schön, besser werden?

(Beifall FDP)

Das ist das Einzige, was ich an Ihrer ganzen Logik nicht verstehe. Wenn es dann im Gesetz steht, wächst ihnen sozusagen plötzlich Geld zu, mit dem

(Abg. Barth)

sie diese Löhne dann bezahlen können. Das ist mir in der Tat überhaupt nicht eingängig.

(Zwischenruf Machnig, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Technologie: Das kann ich gern erklären.)

Wenn Sie den sozialen Frieden ansprechen, und Sie haben Herrn Winterkorn genannt, das unterstütze ich ausdrücklich, aber das zeigt, dass man mit richtigen Erkenntnissen zu falschen Schlüssen kommen kann. Das ist kein Argument für den Mindestlohn, sondern eines gegen solche Gehälter für solche Manager. Das ist aus meiner Sicht die richtige Antwort.

(Zwischenruf Machnig, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Technologie: Das habe ich auch nicht behauptet.)

(Beifall FDP)

Einen Vergleich zu ziehen mit anderen europäischen Ländern ist natürlich immer ganz gut. Sie hatten gesagt, ein paar zwanzig Länder, die in Europa einen Mindestlohn haben. Ich habe mir das mal aufgeschrieben: Spanien - 3,89 € - ist jetzt nicht so ein unmittelbarer Konkurrent, aber ich sage jetzt mal, gerade für Thüringen und auch für Sachsen gucken wir mal nach Tschechien, unser östlicher Nachbar - 1,96 €. Was meinen Sie, was in der Dienstleistungsbranche passiert - ich komme aus der Ecke, ich weiß ungefähr, wie dort mit Handwerkern und so weiter gearbeitet wird -, wenn sie einen Mindestlohn - das ist ja auch schon ganz interessant, was hier so für Zahlen angesetzt werden - irgendwo mal 7,50 €, 8,50 € - die Kollegen von der Linksfraktion haben es geschafft, innerhalb von einem Monat zwei Anträge zu stellen, wo einmal 8,33 € und 5 Wochen später 10 € drinsteht - wenn man das mal hochrechnet, weiß man ungefähr, wo wir uns Weihnachten befinden, also Weihnachten 2012, meine ich jetzt.

(Beifall FDP)

Sie rechnen uns vor, dass man, wenn man mal ungefähr eine Zahl zwischen 8 und 9 € nimmt, das sind, was haben Sie gesagt, 25 Prozent oder 30 Prozent arbeiten da heute schon darunter. Klar können wir eine Zahl nehmen von 17 oder 18 €, dann arbeiten 80 Prozent darunter. Mit solchen Beliebigkeiten und solchen Zahlen hier zu operieren und dann irgendwelche Scheinargumentationen zusammenzubasteln, das wird nichts werden. Die Realität ist, dass die Thüringer Unternehmen sich in einem enormen Wettbewerb befinden. Ich sage Ihnen, allein aufgrund der Tatsache, dass diese Unternehmen alle überleben wollen, die wollen alle weiter am Markt auch tätig sein, wird ihnen nichts anderes übrig bleiben, als sich diesem Wettbewerb zu stellen. Wenn Sie es können, dann machen sie es, und wenn sie es nicht können, werden Sie sie mit so einem Gesetz auch nicht dazu zwingen kön-

nen, weil mehr Geld entsteht dadurch auch nicht. Danke.

(Beifall FDP)

Präsidentin Diezel:

Der Minister Machnig möchte noch einmal sprechen. Bitte schön.

Machnig, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Technologie:

Ja, vielen Dank, Frau Präsidentin. Herr Barth, ich will direkt drauf antworten. Ich spreche viel mit kleinen und mittelständischen Unternehmen. Was ist denn deren Antwort? Die sagen, weil mein Konkurrent zu solchen Dumpingkonditionen anbietet, muss ich auch anbieten. Das ist doch die Logik. Das heißt, wenn der Mitbewerber aus der Branche A, B oder C auch nicht weiter mit den Löhnen runtergehen darf, um seine Wettbewerbsfähigkeit zu erhöhen, dann ist das auch ein Vorteil für unsere Unternehmen. Sprechen Sie mal mit Handwerksunternehmen, die Handwerker sagen Ihnen ausdrücklich, dass sie gerne morgen einen Mindestlohn hätten, weil sie in hohem Maße die Leidtragenden sind, weil sie immer wieder ihre Politik oder ihre Lohnpolitik anpassen müssen. Was Sie nicht verstehen, ist - das muss ich dann auch mal sagen -, wenn man schon wie Thüringen ein dramatisch niedriges Lohnniveau hat - wir haben das schlechteste Lohnniveau in ganz Deutschland - und dann noch immer mehr Menschen, 34 Prozent, unter 8,50 € abgeschoben werden, wird doch eines passieren, die Leute werden gehen. Deswegen, was hat ein Unternehmer davon, wenn ihm die wichtigste Ressource, nämlich seine Beschäftigten, verloren geht? Das führt zu einem: Das führt zum Ruin des Unternehmens, er kann sich am Markt überhaupt nicht mehr bewegen. Deswegen ist es gerade im Interesse der Beschäftigungssituation der Unternehmen, auch der kleinen und mittelständischen Unternehmen, dass wir faire Wettbewerbsbedingungen machen. Ich will das noch einmal begründen. Im Rahmen des Vergabegesetzes,

(Zwischenruf Abg. Barth, FDP: Machen wir doch 15 €, das wäre viel schöner.)

- dazu komme ich - haben wir genau dieses Argument. Wir haben gesagt, wir brauchen Vergabegesetz, damit wir uns auch gerade bei europäischen Ausschreibungen gegen Lohndumping von Mitbewerbern wehren können.

(Zwischenruf Abg. Barth, FDP: Deswegen muss es ja nicht richtig sein.)

Ich komme, nein, nein, nein, hören Sie doch zu, ich will es doch erklären. Ich sage doch nicht, dass es einfach ist. Und natürlich kenne ich, wir können uns auch an Bulgarien dann orientieren im Übrigen, das

(Minister Machnig)

sind 80 Cent. Ja, ich weiß, ich kenne die Zahlen, aber ich sage auch, es gibt Gegenbeispiele. Luxemburg 10,41 €, lohnt sich bei mir nicht, Frankreich 9,22 €, Niederlande 8,88 €, Belgien 8,75 €, Irland 8,65 €, Großbritannien 7,01 €. Jetzt sage ich doch eines und selbst das sagen doch auch die Gewerkschaften, keiner geht doch und sagt, wir brauchen 12, 13, 14, 15, 20 €, sondern alle sagen, es gibt irgendwo in der Schnittstelle zwischen 8 und 9 € einen Mindestlohn, der zu einem führt: a) dass sich eine Lohnuntergrenze mindestens mal eingezogen hat, b) dass einigermaßen sichergestellt ist, dass Menschen von ihrer Arbeit leben können und c) dass ich keine Beschäftigungsverluste habe. Deswegen fordern die doch 8,50 €. Das ist der Grund, warum Gewerkschaft und andere sagen, wir fordern nicht 13, 15 oder mehr Euro, weil natürlich richtig ist, dass wir Beschäftigung auch immer im Auge haben müssen. Deswegen weise ich eines von mir, dass ich als Wirtschafts- und Arbeitsminister und diejenigen, die eine solche Forderung erheben, nicht die Beschäftigungssituation auch im Auge haben und ich sage klar, man kann in einem bestimmten Korridor - und das sagen alle Arbeitsmarktforscher, mit denen wir zumindest auch in der Arbeitsgruppe diskutiert haben, die sagen, ja, in einem bestimmten Korridor wird das zu keinen negativen Entwicklungen führen.

Und jetzt noch einmal zum Satz zu Herrn Winterkorn. Ich habe nicht Herrn Winterkorn herangezogen, den Mindestlohn zu begründen. Ich habe auch eines gesagt und ich habe von der neuen sozialen Frage gesprochen und die ist schon gewaltig, weil, ich will es noch einmal sagen, 1,8 Mio. Menschen unter 5 €, 4 Mio. zwischen 5 und 8 € und noch einmal knapp 4 Mio. zwischen 8 und 10 €, das ist die Situation. Mehr sage ich gar nicht. Dass damit Menschen das Gefühl haben, die soziale Balance in diesem Land stimmt nicht mehr, wir profitieren nicht vom sogenannten XXL-Aufschwung und alles, was wir dort hören, das kann ich verstehen. Wer den sozialen Zusammenhalt in einer Gesellschaft will, der darf natürlich Differenzierung zulassen, das gehört auch zu einer modernen Gesellschaft. Keiner will den Einheitslohn, aber die Symmetrie muss stimmen. Die Symmetrie stimmt dann eben nicht mehr, wenn ein Vorstandsvorsitzender das Drei-, Vier- oder Fünfhundertfache eines mittleren Angestellten verdient. Das stimmt nicht mehr. Ich kann das zumindest niemandem erläutern.

(Beifall CDU, SPD)

Ich weiß nicht, ob das jemand hier im Raum kann. Deswegen prophezeie ich eines, Herr Barth. Wenn dann die FDP wieder aus ihrem vielleicht Existenzkampf heraus ist und sie sich vielleicht in der Parteienlandschaft neu positionieren wird, wage ich eine Prognose: Auch Sie werden sich am Ende des Tages einem Mindestlohn nicht entziehen können. Die Wahrheit ist auch, wir können nicht auf Sie war-

ten, wir müssen das vorher machen. Herzlichen Dank.

(Zwischenruf Abg. Barth, FDP: Deswegen muss es ja nicht richtig sein.)

(Beifall SPD)

Präsidentin Diezel:

Vielen Dank. Es gibt eine Wortmeldung aus der Fraktion DIE LINKE, der Herr Abgeordnete Ramelow, bitte schön.

Abgeordneter Ramelow, DIE LINKE:

Werte Kolleginnen und Kollegen, lieber Herr Barth, Sie haben angesprochen, dass wir zwei verschiedene Anträge als LINKE zum Thema Mindestlohn gestellt hätten. Ja, das eine war der Antrag, der unserer Programmatik entspricht, 10 €, weil wir der Meinung sind, 10 € sei der richtige Ausgangspunkt, um gegen Altersarmut Vorsorge zu schaffen.

Der zweite Antrag bezieht sich auf 8,33 €, das ist der Tarifvertrag Abfallwirtschaft. Das ist der einzige Tarifvertrag in Deutschland, der in Deutschland Ost und in Deutschland West einen gleichen Mindestlohn für die Branche festlegt - 8,33 €.

(Zwischenruf Machnig, Minister für Wirtschaft, Technologie und Arbeit: Dachdecker - zwei.)

Es ist derjenige, auf den sich die SPD, und zwar der SPD-Teil in der Thüringer Landesregierung, mit der SPD verständigt hatte, um es klar zu benennen.

(Zwischenrufe aus dem Hause: CDU!)

Zumindest hat die SPD ihn öffentlich vorgestellt. Wir fanden diesen Antrag gut und waren der Meinung, dass wir dem Antrag Gelegenheit geben sollten, im Thüringer Landtag doch genügend Raum in der Debatte zu geben. Deswegen haben wir 8,33 € aus dem Tarifvertrag aufgegriffen. Ich habe gestern am 1. Mai mit Gustav Bergemann eine intensive Diskussion über das Modell, das Frau von der Leyen bzw. die CDU jetzt vorgestellt hat, debattiert und gesagt, ich könnte mir das englische Modell eben auch vorstellen. Als Gewerkschafter kann ich mir das vorstellen, weil ich keinen Lohn möchte, den der Gesetzgeber festlegt anstelle der Gewerkschaften, aber ich möchte, dass die sozialpolitischen Leitplanken endlich wieder eingezogen werden, damit man denen, die Schmutz- und Schundkonkurrenz finanzieren über Niedriglohn, das Handwerk legt.

(Beifall DIE LINKE)

Weil ein Tarifvertrag oder eine Entlohnung von 3,82 €, liebe FDP, ist für mich ein an die Grenze der Sittenwidrigkeit stoßendes Entlohnungssystem.

(Abg. Ramelow)

Und eine Formulierung „Trinkgeld statt Mindestlohn“ ist an Zynismus nicht zu überbieten.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Denn eines ist ganz klar, werte Kolleginnen und Kollegen, das bedeutet, über solche Niedriglöhne, über solche Lohnformen, die Menschen die eigenen Beschäftigten über das Hartz-IV-Amt zum Amt zu schicken, als Aufstocker zu fungieren und die staatliche Subvention in der diskriminierendsten Form anzunehmen, man genießt den Vorteil niedriger Löhne und zwingt seine eigenen Arbeitnehmer zu Bittstellern beim Amt - ich finde das widerlich.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Davon gehe ich nicht ab. Eine FDP, die hier eine reine Klientelpolitik à la Mövenpick macht, will nur ablenken davon, dass eben bei ihnen der Tarifvertrag 3,82 € als verteidigungswerte Strategie angesehen wird. Da war ich mit Gustav Bergemann zumindest als Gewerkschafter am 1. Mai einig, dass ein Tarifvertrag, der 10 Jahre nicht mehr verhandelt wurde, ein Tarifvertrag, der mit Ohnmacht verhandelt wird, eine an Zynismus nicht mehr zu überbietende Verhöhnung

(Zwischenruf Abg. Höhn, SPD: Mit Verhöhnung wäre ich vorsichtig.)

der eigenen Mitarbeiterschaft ist. Das gilt eben für alle diejenige, die das im Frisörhandwerk anwenden. Deswegen sage ich, ein solcher Tarifvertrag muss auch außer Kraft gesetzt werden können, weil nach 10 Jahren gilt eben keine Nachwirkung und keine Allgemeinverbindlichkeit mehr. Da liegt die Tücke in dem CDU-Modell. Deswegen bin ich eben nicht so sehr begeistert, wie das CDU-Modell jetzt aufgestellt wird, weil es sich um die entscheidenden Fragen leider drum herummogelt. Es sieht nur aus wie ein gesetzlicher Mindestlohn, ist aber keiner, bietet nur der FDP auf Bundesebene jetzt genügend Raum, um dagegen zu hetzen und zu agitieren, damit die letzte Partei der Freiheit weiterhin Billiglohn für die Beschäftigten in Deutschland organisieren kann. Da sage ich, da ist eben der deutliche Unterschied zwischen uns und Ihnen.

(Beifall DIE LINKE)

3,82 €, dafür würde ich mich schämen, und Sie dulden es in Ihren Reihen und schämen sich nicht.

Eine letzte Bemerkung: Rein mathematisch - Sie müssen sich nur umdrehen und mit dem Kollegen Kemmerich darüber reden, wie in seiner Firma die Entlohnung organisiert ist und es war Ihr Redner, der hier vorne zynisch gesagt hat, Trinkgeld statt Mindestlohn.

(Unruhe FDP)

Das ist an Zynismus nicht zu überbieten.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(Zwischenruf Abg. Bergner, FDP: Das ist schlicht und einfach die Unwahrheit, was Sie sagen.)

(Unruhe FDP)

Ja, immer dann, wenn Sie zu Mindestlohn reden, ist es die Anhäufung von Unwahrheiten.

(Zwischenruf Abg. Bergner, FDP: Sehen Sie im Protokoll nach, dann sehen Sie es.)

3,82 € ist ein Schundtarifvertrag und ist mit dem Wort Tarifvertrag nicht zu umschreiben.

Meine Damen und Herren, solche Entlohnungen sind sittenwidrig und es ist eigentlich sozialpolitisch widerlich, die eigenen Menschen zu Aufstockern zu machen und damit das System zu delegitimieren.

Letzte Bemerkung: 9,47 € Stundenlohn müsste man verdienen 45 Jahre lang, um überhaupt über die gesetzliche Alterssicherung hinwegzukommen - 9,47 € 45 Rentenjahre entlang. Jetzt überlegen Sie mal, wie lange die Beschäftigten bei Masson arbeiten müssten, um überhaupt auf eine eigenständige Rente zu kommen, ohne anschließend in die Altersarmut zu fallen. Deswegen ist der Weg mit einem vernünftigen flächendeckenden Mindestlohn alternativlos.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsidentin Diezel:

Danke schön. Ich sehe eine weitere Wortmeldung. Abgeordneter Barth.

Abgeordneter Barth, FDP:

Vielen Dank, Frau Präsidentin. Lieber Kollege Ramelow, es ist ja immer an Dramatik nicht zu überbieten, wenn Sie hier das Wort ergreifen. Bedauerlicherweise ist es meistens auch dramatisch gelogen.

(Beifall FDP)

Wenn Sie nicht richtig zuhören können, dann sollten Sie vielleicht entweder mal zum Frisör oder zum Ohrenarzt gehen. Es war nicht Kollege Koppe, der hier gestanden und gesagt hat, Trinkgeld statt Mindestlohn, sondern diese verkürzte, verfälschende und natürlich auch verleumdende Formulierung hat Kollegin Siegesmund hier dem Kollegen Koppe unterstellt.

(Beifall FDP)

Von ihr stammt diese Formulierung wörtlich, das hat Kollege Koppe nicht gesagt. Im Übrigen bleibt es an Ihnen, Herr Kollege Ramelow, den Widerspruch aufzuklären, dass Sie sich hier hinstellen und einerseits sagen, Sie wollen nicht, dass der

(Abg. Barth)

Gesetzgeber einen Lohn festlegt, weil das die Gewerkschaften machen sollen, und gleichzeitig für einen gesetzlichen Mindestlohn sind. Das bleibt interessant. Vielen Dank.

(Zwischenruf Abg. Ramelow, DIE LINKE: „Englisches Modell“ habe ich gesagt, aber dazu reicht Ihr Intellekt nicht.)

Präsidentin Diezel:

Ich sehe weitere Wortmeldungen von Herrn Abgeordneten Lemb und der Abgeordneten Siegesmund.

Abgeordneter Lemb, SPD:

Der Unterschied, Herr Barth, ist vielleicht, dass Kollege Ramelow das Thema mit Leidenschaft vorträgt und Sie eher stoisch, das zeigt schon, wie Sie dem Thema zugewidmet sind. Es bleibt doch schlicht die Wahrheit, das kann jeder nachlesen, es kann jeder nachvollziehen, es kann doch jeder am eigenen Leibe - also sozusagen oberhalb der Augenbraue - nachvollziehen, zu welchen Bedingungen Herr Kemmerich in seinem Unternehmen die Beschäftigten, ich sage ausdrücklich nicht beschäftigt, sondern ausbeutet,

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

weil dieser Lohn von 3,82 € ist nichts anderes als Ausbeutung der Beschäftigten. Es ist noch viel schlimmer, auch das muss an dieser Stelle mal gesagt werden, die Beschäftigten in Ihrem Unternehmen werden auch noch dazu verdonnert, ihr Arbeitsmaterial selber zu bezahlen, es wird nicht vom Unternehmen gestellt. Das war sozusagen die Debatte hier, dafür sollten Sie sich schämen. Ob Sie das tun oder nicht, ist Ihre Entscheidung.

Die Frage der Tarifautonomie - jetzt ist Herr Barth draußen - versus Mindestlohn.

(Zwischenruf Abg. Fiedler, CDU: Er ist noch da.)

Wie Sie alle wissen, bin ich auch Gewerkschafter, und wie Sie sich vorstellen können, ist die Tarifautonomie aus meiner Sicht ein hohes Gut, das es zu schützen gilt in der Bundesrepublik Deutschland. Aber trotzdem ist es möglich, die Tarifautonomie und den Schutz der Tarifautonomie zu verknüpfen mit einer Regelung zu einem gesetzlichen Mindestlohn. Wenn die Arbeitsgruppe und wenn am Ende der Thüringer Landtag unserem Modell folgen würden, dann würde sich beides miteinander verbinden und sich beides miteinander vereinen lassen, weil zum einem die Tarifautonomie in der Bundesrepublik mit unserem Gesetzentwurf geachtet wird und zum anderen die Tarifpartner - nämlich die Spitzenverbände der jeweiligen Tarifparteien - im Rahmen einer Lohnfindungskommission beteiligt werden sol-

len und müssen, um eine gesetzliche Lohnuntergrenze, einen gesetzlich verbindlichen Mindestlohn zu definieren. Das schließt sich nicht gegeneinander aus, sondern wir müssen hier neue Wege gehen, die wir in den letzten Jahrzehnten in der Bundesrepublik so nicht gewohnt waren. Aber die objektiven Bedingungen zwingen uns dazu. Deshalb wird an dieser Frage kein Weg vorbeigehen. Herzlichen Dank.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsidentin Diezel:

Vielen Dank. Wir haben noch 2 Minuten Redezeit. Frau Abgeordnete Siegesmund hatte sich zu Wort gemeldet.

Abgeordnete Siegesmund, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Frau Präsidentin! Herr Barth, ich glaube, Sie haben sich gerade so richtig verrannt.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Suppe, die Sie sich gerade hier einbrockt haben, müssen Sie natürlich selber auslöffeln. Dazu muss man aber auch über den Tellerrand schauen. Der Tellerrand schließt in dem Moment ein, dass Sie sich tatsächlich auch einmal gefallen lassen, was es für Argumente aus anderen europäischen Ländern gibt.

(Zwischenruf Abg. Bergner, FDP: 1,96 zum Beispiel.)

Es ist nicht das erste Mal, dass wir hier stehen und über den Mindestlohn reden.

Meine Herren, jetzt bin ich dran, ich habe nur noch 1 Minute und 30 Sekunden. Danke schön.

Wir reden darüber sehr wohl, wohl wissend, nicht nur, in wie vielen Ländern es den Mindestlohn gibt, das ist wieder das quantitative Argument der FDP. Sie argumentieren immer quantitativ, qualitativ ist Ihnen völlig egal.

(Zwischenruf Abg. Bergner, FDP: Eine schöne Qualität ist das.)

Der Punkt ist, dass eine Low Pay Commission nach britischem Vorbild - das ist nämlich auch das Modell der GRÜNEN - sich - übrigens auch aus Unternehmen wie Herrn Kemmerich - im Zweifel mit Wissenschaftlern, mit Betriebsräten, mit Personalräten, mit vielen, die sich im wissenschaftlichen Bereich auch auskennen und am Arbeitsmarkt sich entsprechend etwas verdient haben, an Wissen mitbringen, an einen Tisch hinsetzen und dann miteinander streiten, was die richtige Lohnuntergrenze ist. Das ist die Low Pay Commission, über die wir hier reden. Britisches Modell, wir reden nicht über

(Abg. Siegesmund)

80 Cent, über 88 Cent, wir reden darüber, dass man miteinander im Konsens sich dazu findet und überlegt, was das Richtige ist. Deswegen sage ich Ihnen, Sie haben sich verrannt, weil man muss wirklich auch mal überlegen, was zukunftsfähig ist. Ihr Modell ist es auf jeden Fall nicht. Die Selbstregulierung des Marktes - ich bitte Sie -, der Minister hat sich hier hingestellt und 100 Zahlen zitiert, wo wir damit hingelaufen sind. Überlegen Sie mal, ob Sie und Ihre Argumente sich überlebt haben oder nicht.

Im Übrigen, Herr Barth, wenn Sie das Wort „Verleumdung“ in den Mund nehmen, seien Sie bitte vorsichtig, ich erinnere sehr wohl, dass Herr Koppe hier vorn stand und darüber sprach, dass es genug Trinkgelder gibt, über die man sein Gehalt aufbessern kann.

(Zwischenruf Abg. Bergner, FDP: Das hat er überhaupt nicht gesagt.)

Zugespißt heißt das in der FDP-Lyrik für mich, Trinkgeld statt Mindestlohn. Stehen Sie dazu, was Sie hier für Gedanken produzieren. Danke.

(Zwischenruf Abg. Bergner, FDP: Lesen Sie im Protokoll nach, wenn Sie schon nicht zuhören können.)

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsidentin Diezel:

Es ist keine Redezeit mehr vorhanden, deswegen schließe ich den ersten Teil der Aktuellen Stunde.

Ich rufe auf den **zweiten Teil**

b) Aktuelle Stunde auf Antrag der Fraktion der CDU zum Thema: „Kein früherer Hafturlaub für Schwerverbrecher in Thüringen“

Unterrichtung durch die Präsidentin des Landtags
- Drucksache 5/4352 -

Als Erster zu Wort gemeldet hat sich Abgeordneter Manfred Scherer.

Abgeordneter Scherer, CDU:

Frau Präsidentin, sehr geehrte Abgeordnete, ich will zu dem Thema zunächst einmal klarstellen, dass es nicht darum geht, die Notwendigkeit der Resozialisierung von Straftätern in Zweifel zu ziehen. Nicht umsonst ist in § 2 Strafvollzugsgesetz bestimmt, ich zitiere das gerade mal: „Der Gefangene soll fähig werden, künftig in sozialer Verantwortung ein Leben ohne Straftaten zu führen. Der Vollzug dient auch dem Schutz der Allgemeinheit vor weiteren Straftaten.“ Diesem § 2 stimmt die CDU-Fraktion in vollem Umfang zu.

(Beifall CDU)

Heute geht es darum, auf eine im Musterentwurf für ein einheitliches Strafvollzugsgesetz von zehn Ländern, auch von Thüringen, vorgesehene völlig indiskutable Regelung hinzuweisen, bevor in Thüringen ein entsprechender Gesetzentwurf auf den Weg gebracht wird. In diesem Musterentwurf sind Regelungen vorgesehen, die wir strikt ablehnen. Das ist zum Beispiel auch die Aufhebung der Arbeitspflicht. Hier hat richtigerweise der Thüringer Justizminister schon geäußert, dass diese Regelung für Thüringen nicht übernommen wird. Aber es gibt noch eine Regelung, die keinesfalls übernommen werden kann, die den Hafturlaub für Gefangene betrifft, und zwar, um es genauer zu sagen, den Hafturlaub für Gefangene, die zu einer lebenslangen Freiheitsstrafe verurteilt sind.

(Zwischenruf Abg. Fiedler, CDU: Niemals, niemals!)

Natürlich sieht auch das jetzige bundesrechtliche Strafvollzugsgesetz eine solche Lockerung vor, allgemein solche Lockerung immer unter dem Vorbehalt, wenn nicht zu befürchten ist, dass er sich dem Vollzug entzieht bzw. die Lockerung missbraucht, um Straftaten zu begehen. Aber wir wissen alle, dass das Prognosen sind und Prognosen sind in dem Bereich - das hat sich schon oft gezeigt - am Schluss dann eben doch falsch. Aber es ist natürlich richtig, zum Erfolg einer Resozialisierung gehört auch, den Gefangenen durch solche Vollzugslockerungen zu helfen, sich in das Leben in Freiheit wieder einzugliedern. So ist es im jetzigen Bundesstrafvollzugsgesetz in § 3 auch vorgesehen. Deshalb gibt es natürlich auch vor der Haftentlassung vermehrt solche Vollzugslockerungen.

Aber bei einer lebenslangen Freiheitsstrafe ist die Sachlage etwas anders. Hier hat jemand tatsächlich eine lebenslange Freiheitsstrafe zu verbüßen und wir sollten uns einmal vergegenwärtigen, bei welchen Straftaten jemand eine lebenslange Freiheitsstrafe überhaupt nur bekommen kann. Das ist zum einen bei Mord, bei Totschlag sogar nur im besonders schweren Fall. Dann gibt es noch Raub, Brandstiftung, Herbeiführung einer Sprengstoff- oder Kernstoffexplosion, aber alles nur, wenn das verbunden ist mit dem Tod eines Menschen. Selbst da sieht der Gesetzgeber noch vor, dass zum Teil nur Freiheitsstrafen zwischen 10 und 15 Jahren verhängt werden. Dann haben wir noch den sexuellen Missbrauch von Kindern mit Todesfolge und die Vergewaltigung mit Todesfolge. Das sind schon alle Paragraphen, für die man überhaupt eine lebenslange Freiheitsstrafe bekommen kann. Das zeigt doch, da werden schwerste Verbrechen begangen, und dafür gibt es dann eine lebenslange Freiheitsstrafe. Und wenn so jemand zu einer lebenslangen Freiheitsstrafe verurteilt ist, dann kann frühestens nach 15 Jahren geprüft werden, ob er für die Folge-

(Abg. Scherer)

zeit dann auf Bewährung zu entlassen ist - frühestens nach 15 Jahren, so steht es in § 57 a im StGB. Genau das ist auch zu berücksichtigen, wenn es um Maßnahmen der Resozialisierung geht. Für die Frage von Hafturlaub hat der Bundesgesetzgeber diesen § 13 Abs. 3 im bisher geltenden Gesetz so geregelt, dass frühestens nach 10 Jahren Vollzug zu prüfen ist, ob er auf Bewährung entlassen werden kann. 15 Jahre muss er sowieso bleiben, in der Regel ist es zwischen 18 und 20 Jahren, und bis jetzt ist es so vorgesehen, nach 10 Jahren Vollzug kann so ein Hafturlaub dann gewährt werden. Das sind 5 Jahre, bevor er überhaupt frühestens entlassen werden kann.

Diejenigen Länder, die schon ein Landesstrafvollzugsgesetz gemacht haben, haben diese 10-Jahres-Regelung beibehalten bzw. Bayern hat sie noch um 2 Jahre verschärft und hat 12 Jahre in sein Gesetz geschrieben.

(Zwischenruf Abg. Fiedler, CDU: Das ist auch viel besser.)

Der Musterentwurf, um den es heute hier geht, sieht vor, dass schon nach Verbüßung von 5 Jahren ein solcher Urlaub von 21 Tagen oder im konkreten Fall steht es noch nicht mal genau drin, wie lange, gewährt werden kann.

(Zwischenruf Abg. Fiedler, CDU: Irrsinn, Irrsinn!)

Hier wird aus meiner Sicht der Resozialisierung ein absoluter Vorrang eingeräumt und dabei die anderen Gründe, die für eine Strafe eines Schwerverbrechens mit lebenslang sprechen, völlig außer Acht gelassen. Wenn man jetzt dazu auch noch § 40 Satz 2 in diesem Musterentwurf liest, in dem steht, dass bei der Ausgestaltung der Lockerungen auch den Belangen des Opfers Rechnung zu tragen ist, dann klingt das in meinen Augen wie ein Hohn, wenn man gleichzeitig schon nach 5 Jahren jemanden entlässt.

Präsidentin Diezel:

Herr Abgeordneter, Ihre Redezeit ist zu Ende.

Abgeordneter Scherer, CDU:

Ich habe nur noch einen Satz. Bei 5 Jahren Untersuchungshaft, da wird die Untersuchungshaft sogar zum Teil mitgerechnet, kann einer schon nach 2, 3 Jahren nach dem Prozess schon wieder auf der Straße stehen und in der Nachbarschaft von Geschädigten dann auftauchen.

(Zwischenruf Abg. Fiedler, CDU: Unerhört, überhaupt darüber nachzudenken.)

Ich fasse zusammen: Aus Resozialisierungsgründen ist ein Hafturlaub für zu lebenslanger Freiheits-

strafe Verurteilte schon nach 5 Jahren nicht notwendig.

Präsidentin Diezel:

Herr Abgeordneter, einen Satz!

Abgeordneter Scherer, CDU:

Ich bin fertig. Es widerspricht dem Opferschutz und im Übrigen darf ich noch darauf hinweisen, dass das auch dem Koalitionsvertrag entspricht, das abzulehnen, dort steht nämlich drin: „Die Koalitionsparteien werden so lange die Opfer von Straftaten stärker in den Fokus aller Bemühungen stellen. Danke schön.

(Beifall CDU)

Präsidentin Diezel:

Als Nächster spricht für die Fraktion DIE LINKE Abgeordneter Hauboldt.

(Zwischenruf Abg. Fiedler, CDU: Denk daran, du willst Bürgermeister werden. Nicht, dass du das unterstützt. Dann kommen sie alle zu mir.)

Abgeordneter Hauboldt, DIE LINKE:

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Frau Präsidentin! Herr Fiedler, ich bin es, danke für den Hinweis.

(Zwischenruf Abg. Fiedler, CDU: Ne, ne, du bist zwar gewählt, aber es dauert noch ein bisschen.)

Gut. Zurzeit im Amt.

Zu der heutigen Thematik, liebe Kolleginnen und Kollegen der CDU-Fraktion. Ich habe mich etwas gewundert, was Sie überhaupt bewogen hat, so ein durchaus brisantes Thema auf die Tagesordnung zu setzen.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der Redebeitrag von Ihnen, Kollege Scherer, hat ja bewiesen, dass fünf Minuten nicht ausreichen, genau zu diesem Sachverhalt inhaltlich zu diskutieren.

(Zwischenruf Abg. Scherer, CDU: Rechtzeitig Alarm schlagen.)

Rechtzeitig Alarm schlagen, das können Sie gerne machen. Ich war übrigens auch erschrocken, als ich diese Zeitungsnotiz mit erschreckendem Foto von Ihrem Fraktionskollegen und Fraktionsvorsitzenden vernommen habe. Da sind ja Schlagwörter aufgetaucht, die eigentlich in dieser Thematik nichts zu suchen haben. Ich will das einmal vorwegnehmen.

(Abg. Hauboldt)

(Beifall DIE LINKE)

Genau diese Schärfe, da hoffe ich doch, dass die auch seitens des Justizministeriums wieder herausgenommen wird, dass nämlich Dinge hineininterpretiert werden, die gar nicht drinstehen und wo auch durchaus eine subjektive Bewertung nachzuvollziehen ist. Ich sage es deutlich, solche gesellschaftlich relevanten und brisanten Themen, wie der Umgang mit Straffälligen, vor allem mit den zu langen Haftstrafen Verurteilten, sollten aus meiner Sicht sachlich fundiert und auch ernsthaft diskutiert werden.

(Beifall DIE LINKE)

Da bin ich dabei: Populistische Schlagabtausche auf dem Niveau und nach Art eines bestimmten Druckerzeugnisses, das kennen Sie alle, mit vielen großen und bunten Bildern und vier Buchstaben, denke ich, sind zu diesem Thema auch nicht angemessen. Ich denke und hoffe nicht, dass der Termin, der vielleicht am nächsten Wochenende ansteht, Sie irgendwo gereizt hat oder für Sie reizvoller ist, um dieses Bewusstsein, Angst oder auch dieses durchaus berechnete Sicherheitsgefühl unter den Menschen hier noch einmal politisch auszuschlachten. Ich denke, das ist höchst gefährlich, wenn man sich auf dieses Glatteis begibt, meine Damen und Herren.

(Zwischenruf Abg. Mohring, CDU: Wir schlachten nie etwas aus.)

Ich habe, als das Thema das erste Mal aufgekommen ist, dieser Vertrag, der in der Öffentlichkeit dann eine Rolle gespielt hat, vernehmen dürfen, dass genau die am rechten Rand versucht haben, da zu fischen, meine Damen und Herren. Ich habe dann Plakate gesehen, auch bei mir in der Stadt „Kinderschänder an den Galgen“ oder „Todesstrafe für Kinderschänder“ mit der Unterschrift „Hier ist die Nationale Bewegung“. Das will ich genau nicht an dieser Stelle.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Unser Rechtsstaat, unsere Gerichtsbarkeit, meine Damen und Herren, sowie eine moderne Zivilgesellschaft ist und wird in der Lage sein, im Rahmen eines modernen Strafvollzugs darauf zu reagieren. Ich gebe Ihnen ja recht, meine Damen und Herren, das Thema Hafturlaub bzw. Vollzugslockerungen für Gefangene mit langen Haftstrafen - genannt Langstrafler - hier im Landtag zu diskutieren, das sollte geschehen. Allerdings, ich sage es noch einmal, ist die Thematik viel zu komplex, um sie hier in fünf Minuten im Rahmen einer Aktuellen Stunde abzuhandeln. Es ist deutlich geworden, das Nachjustieren am Gesetz ist in Ordnung, über Einzelheiten können wir doch gerne reden. Sie haben sie ja auch benannt. Da haben wir durchaus selbst eigene Aspekte bzw. Vorschläge, die wir im Rahmen

der Diskussion zu dem Gesetz gern einbringen möchten.

(Zwischenruf Abg. Fiedler, CDU: Nennen! Vier Jahre? Drei Jahre?)

Meine Damen und Herren, das Thema, wenn der von zehn Ländern, darunter auch Thüringen, vorgelegte Musterentwurf hier beraten wird, Herr Fiedler, da sind Sie ja gern zur Debatte eingeladen. Wenn Sie jetzt hier Zwischenbemerkungen machen, gar nicht qualifiziert, sondern nur lautstark, fordere ich Sie auf,

(Beifall DIE LINKE)

ich kann es dann vielleicht nicht mehr, weil ich dann kein Abgeordneter mehr bin, aber Sie sind gern aufgerufen, sich inhaltlich an der Diskussion zu beteiligen.

(Zwischenruf Abg. Fiedler, CDU: Ich bin ja im Justizausschuss.)

Wir werden, meine Damen und Herren, eigene Regelungsvorschläge vorlegen, ähnlich derer, Sie können sich gern daran erinnern, bezüglich der Diskussion zum Jugendstrafvollzugsrecht und Jugendstrafvollzugsgesetz im Jahr 2007. Dort haben wir, ich meine, aus heutiger Sicht vernünftige Vorschläge vorgelegt. Inhaltlich ist zu sagen, dass sich die Notwendigkeit von Haftlockerungen - darauf haben Sie überhaupt nicht Bezug genommen, Herr Scherer - auch für den sogenannten Hafturlaub für Inhaftierte mit langer Haftzeit schon mit Blick auf die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts ergibt. Das haben Sie außen vor gelassen.

(Zwischenruf Abg. Scherer, CDU: Das ist doch überhaupt nicht wahr. Ich habe nie etwas gesagt von fünf Jahren)

Gut. Dann haben Sie einen anderen Ansatz. Ich bestreite das, was Sie hier formuliert haben. Einer der Leitsätze, abgeleitet aus der Menschenwürdegarantie des Grundgesetzes in der Grundratsentscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 21. Juni 1977 lautet, weil Sie sagen, es ist nicht wahr: Zu den Voraussetzungen eines menschenwürdigen Strafvollzugs gehört, dass dem zu lebenslangen Freiheitsstrafe Verurteilten grundsätzlich eine Chance verbleibt, je wieder der Freiheit teilhaftig zu werden. Die Möglichkeit der Begnadigung allein ist nicht ausreichend.

Präsidentin Diezel:

Herr Abgeordneter, Ihre Zeit ist leider um.

Abgeordneter Hauboldt, DIE LINKE:

Vielmehr gebietet das Rechtsstaatsprinzip, die Voraussetzungen, unter denen die Vollstreckung einer lebenslangen Freiheitsstrafe ausgesetzt werden kann, und das dabei anzuwendende Verfahren ge-

(Abg. Hauboldt)

setzlich zu regeln. Nehmen Sie das ganz einfach zur Kenntnis. Ich plädiere dafür, das im Rahmen der Gesetzgebung zu behandeln, nehmen Sie es bitte so hin. Danke schön.

(Beifall DIE LINKE)

Präsidentin Diezel:

Vielen Dank. Für die SPD-Fraktion hat das Wort die Frau Abgeordnete Dorothea Marx.

Abgeordnete Marx, SPD:

Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, wozu diese Aktuelle Stunde? Zehn Bundesländer - verschiedener Farbenordnung, möchte ich dazusagen - haben zusammengesessen und sich Gedanken darüber gemacht, ob es nicht Sinn machen könnte, Übereinstimmungen in den in Länderverantwortung stehenden Regeln des jeweiligen Strafvollzugs anzustreben. Ergebnis war ein Musterentwurf für Länderstrafvollzugsgesetze, an dem sich die Länder im Interesse einer ähnlichen Ausgestaltung ihrer Haftbedingungen, ihrer Haftordnungen nun orientieren können oder auch nicht. In Thüringen gibt es derzeit noch keine Umsetzung. Ein Thüringer Strafvollzugsgesetz hat bisher weder das Licht des Kabinettsches erblickt und schon gar nicht die Nähe des Landtags erreicht.

Warum diskutieren wir aber heute trotzdem hier darüber? Zum Anlass haben Sie genommen ein Presseosterei der größten deutschen Boulevardzeitung, in dem fälschlich unterstellt wurde, künftig sollten Schwerverbrecher nach fünf Jahren Strafvollzug automatisch drei Wochen Hafturlaub bekommen können. So war die Intention dieser Schlagzeile. Alle Klarstellungen, dass an einen solchen Automatismus überhaupt niemand denkt, waren bisher vergebens.

(Zwischenruf Abg. Berninger, DIE LINKE:
Wollten auch nicht gehört werden.)

Bisher hat niemand ein solches Recht geschaffen oder will es schaffen. Es gibt nur einen Vorschlag, der in der Musterverordnung den Langzeitinsassen schon nach fünf Jahren statt bisher erst nach zehn Jahren das Stellen eines Antrags auf Gewährung von Urlaub ermöglichen sollte.

(Zwischenruf Abg. Fiedler, CDU: Viel zu zeitig.)

Einem solchen Antrag könnte natürlich auch, wenn man den wirklich umsetzen wollte, was für Thüringen vollkommen offen ist, nur dann stattgegeben werden, wenn erstens der Inhaftierte bis dahin durch einwandfreie Führung und Bewährung geblüht hat und zweitens -

(Zwischenruf Abg. Mohring, CDU: Wir wollen keine vorgezogenen Anträge.)

Sie müssen jetzt gar nicht dazwischenreden, weil, es ist das, was der Kollege Scherer auch gesagt hatte. Da weiß ich nicht, warum Sie es bei mir nicht anhören wollen und bei ihm schon.

(Zwischenruf Abg. Fiedler, CDU: Weil er es schon gesagt hat.)

Gut, ich komme gleich zu Dingen, die Sie noch nicht gehört haben. Aber dann sagen sie nichts und sind selber schuld.

Zweitens muss es selbstverständlich eine gesicherte Prognose dafür geben, dass der Inhaftierte in der Zeit seines Urlaubs nicht ausreißt oder neue Straftaten begeht. Da, Kollege Scherer, wenn da eine Unterstellung kommt, im Zweifel macht er es dann doch, also wenn irgendwelche Zweifel bestehen, dann wird niemand Hafturlaub gewähren. Das ist viel zu brenzlig, viel zu knifflig und den kriegt dann keiner. Da geht Ihre Vermutung, dass die bloße Antragsmöglichkeit schon den Missbrauch im Gepäck hat, denke ich, fehl. Das ist auch eine Unterstellung einer mangelnden Sorgfalt derjenigen, die über so einen Antrag entscheiden müssten, die wir hier nicht vornehmen sollten.

Wie gesagt, die unterstellende Schlagzeile, künftig automatisch nach fünf Jahren drei Jahre Urlaub für Schwerverbrecher - liebe Kollegen, alles heiße Luft. Es wurde Ihnen nun schon mehrfach erklärt. Der Staatssekretär wird es, wenn ich ihn in seiner Seriosität richtig einschätze, noch einmal versuchen. Aber nein, es ist anscheinend doch zu verlockend und zu schön, mit diesem Schreckgespenst auch heute noch einmal in einer Aktuellen Stunde herumzuwedeln und mit Oh-weh-Rufen auf den Beifall von denen zu schießen, die noch nicht mitbekommen haben, dass dieses Osterei eine Ente gewesen ist.

(Beifall Abg. Berninger, DIE LINKE)

Liebe Koalitionskollegen, jetzt kommt der neue Teil. Herr Fraktionsvorsitzender, ich habe mich dafür entschieden, Ihre heutige Aktion mit Humor zu nehmen. Könnte es vielleicht sein, dass Ihr Eierlauf in dieser Aktuellen Stunde ein Glückwunsch zum heutigen 100. Geburtstag des Verlegers und Gründers jener Boulevardzeitung sein soll, dem wir diese und andere Enten verdanken?

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

In dem Fall verzeihe ich Ihnen das. Und es passiert ja tatsächlich im Ernst auch häufiger, dass Politiker auf die Tageszeile in dieser Zeitung anspringen.

(Zwischenruf Abg. Fiedler, CDU: Die große Zeitung hat schon Bundespräsidenten geschafft.)

Und viele dieser Schlagzeilen haben ja auch für Spaß gesorgt, denken wir mal an „Iltis erschoss

(Abg. Marx)

Kreisrat“ oder „Aus dem Jenseits: Curd Jürgens mit Stimme im Radio“ oder „Terroristin: Brustkrebs wegen Pistole im BH“. Gut gefallen hat mir auch „Lottozahlen immer blöder“ oder „Wachmann aß Hund Chappi weg - entlassen“. Bevor Sie mich jetzt für meinen Humor unter Beschuss nehmen, muss ich Ihnen doch ans Herz legen: Vorsicht vor Respektlosigkeiten, denn Sie erinnern sich doch hoffentlich auch noch an diese, die bisher wohl allerschönste Schlagzeile: „Wir sind Papst.“

Lassen Sie uns also gelassen und sachnah mit dem Thema umgehen, statt Gespenster durch das Hohe Haus zu jagen. Vielen Dank.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsidentin Diezel:

Vielen Dank. Für die FDP-Fraktion hat das Wort Abgeordneter Heinz Untermann.

Abgeordneter Untermann, FDP:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, die FDP-Fraktion bekennt sich uneingeschränkt zu den Aufgaben und Durchführung des Strafvollzugs, zum einen dem Schutz der Allgemeinheit durch konsequente Umsetzung der Urteile und zum anderen zu einer Resozialisierung der Strafgefangenen. Das kann man nicht anders sagen.

(Beifall FDP)

Im Jahr 2006 ist die Zuständigkeit für die Strafvollzugsgesetzgebung im Rahmen der Föderalismusreform auf die Bundesländer übergegangen. Die FDP-Fraktion vertritt trotzdem die Auffassung, dass sich die Bundesländer auch in Zukunft über einen gemeinsamen Rahmen in der Strafvollzugsgesetzgebung verständigen sollten. Dahin gehend unterstützt die FDP-Fraktion den Grundgedanken der Initiative von zehn Bundesländern, inhaltliche Normen gemeinsam zu erarbeiten und den Strafvollzug zeitgemäß weiterzuentwickeln. Die Fundamente unseres Rechtsstaates würden erschüttert, wenn ein einheitliches Bundesgesetz in Zukunft durch 16 grundsätzlich verschiedene Länderstrafvollzugsgesetze ersetzt werden müsste. Ich warne vor einem Strafvollzugsflickenteppich verbunden mit einem bundesweiten Durcheinander, bei der der Umgang von Strafgefangenen in Zukunft vom Tatort abhängig ist. Das geht nicht.

(Beifall FDP)

Mit Blick auf die Überlegungen bezüglich der Anwendung von Haftlockerungen und die damit verbundene Diskussion in den Medien und anderen Landesparlamenten in den vergangenen Wochen ist es in der Sache jedoch nicht zielorientiert, in der Öffentlichkeit emotional den Eindruck zu erwecken,

die Politik würde eine Form von Gnadenrecht für Strafgefangene einführen. Das geht ebenfalls nicht.

(Beifall FDP)

Der Diskussionsprozess über den zukünftigen Umgang mit Strafgefangenen erfordert keine Stammtischparolen der klaren Kante und vor allem keinen bundesweiten Scharfmacherwettbewerb, sondern vielmehr eine verantwortungsbewusste Entscheidungsfindung, welche die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts widerspiegelt.

(Zwischenruf Abg. Fiedler, CDU: Heinz, wenn Du so weitermachst, sackt ihr auf 2 Prozent.)

Mal sehen.

Die verfassungsgemäße Aufgabe der Resozialisierung von Strafgefangenen im Strafvollzug lässt sich nicht auf den Zeitpunkt eines ersten Langzeitausgangs reduzieren. Das ist zu wenig. Dazu bedarf es keiner blauäugigen Politik, welche vorrangig das Ziel verfolgt, Häftlinge so früh wie möglich auf freien Fuß zu setzen, sondern einer verantwortungsvollen Politik, die die Rahmenbedingungen in den Haftanstalten so setzt, dass eine effektive Umsetzung von Resozialisierungsmaßnahmen überhaupt möglich ist.

(Beifall FDP)

Dabei sind Vollzugslockerungen kein Selbstzweck. Denn unabhängig vom festgelegten Zeitpunkt, ab dem die Häftlinge die Möglichkeit haben, einen Hafturlaub genehmigt zu bekommen, besteht gesetzlich kein allgemeingültiger zwingender Anspruch eines Inhaftierten auf Langzeitausgang. Und das ist hier auch entscheidend.

(Beifall FDP)

Die Entscheidung ist stets das Ergebnis einer konkreten Überprüfung und Abwägung im jeweiligen Einzelfall. Nach § 13 des Strafvollzugsgesetzes im Einklang mit der Rechtsprechung zahlreicher Gerichtsinstanzen ist es bereits möglich, einen Hafturlaub vor Ablauf der Zehnjahresfrist zu gewähren, wenn die Voraussetzungen für den offenen Vollzug vorliegen. Momentan ist das das Recht. Hier könnte ich mitgehen, dass das mit der Zehnjahresfrist eingehalten wird. Das wäre auch ein vernünftiger Weg und dafür würden wir auch stehen. Ein zu lebenslanger Freiheitsstrafe verurteilter Gefangener kann nach erfolgter Einzelfallprüfung ohne Rücksicht auf die Dauer des Freiheitsentzugs in den offenen Vollzug verlegt werden. Die Entscheidungskriterien für die Genehmigung des Hafturlaubs sind dann die Einhaltung der Mindestvollzugszeit von sechs Monaten sowie die Prüfung, dass eine Flucht und ein Missbrauch des Freigangs ausgeschlossen werden kann.

(Abg. Untermann)

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, selbstverständlich haben ergänzend bei der Prüfung des Einzelfalls die Haftgründe, der Verlauf des bisherigen Strafvollzugs, das Bestehen von gefestigten sozialen Beziehungen nach außen sowie mögliche Folgen für Opfer und deren Angehörige einen vorrangigen Stellenwert einzunehmen.

(Beifall FDP)

Das Rechtsempfinden der Opfer beziehungsweise deren Angehörige sowie das Sicherheitsgefühl der mündigen Bürgergesellschaft darf in keiner Weise erschüttert werden. Das sagt eigentlich auch schon alles. Ein Hafturlaub ist nur zu genehmigen, wenn ohne Zweifel von betroffenen Strafgefangenen keine Gefahr ausgeht und gesamtgesellschaftlich eine positive Entwicklung zu erwarten ist. Im Zweifelsfall hat immer Opferschutz Vorrang vor Täterschutz.

(Beifall FDP)

Abschließend lässt sich sagen, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen von der CDU, der Anlass und Titel Ihrer Aktuellen Stunde hat wenig Substanz, da bereits in der heutigen Gesetzesregel ein früherer Hafturlaub für Schwerverbrecher möglich ist.

(Zwischenruf Abg. Mohring, CDU: Heinz, wer hat Dir das aufgeschrieben? Lies doch mal den Satz richtig vor.)

(Zwischenruf Abg. Höhn, SPD: Jetzt kommt er zum Kern der Sache.)

Die bisher bundesweit gültige Gesetzesregelung ...

(Unruhe CDU, SPD)

Darf ich ausreden, Herr Abgeordneter Mohring?

Die bundesweit gültige Gesetzesregelung hat sich in der Praxis bewährt und sollte in das zu erarbeitende Strafvollzugsgesetz des Freistaats Thüringen übernommen werden, worüber wir auch gerne diskutieren werden. Danke schön.

(Beifall FDP)

Präsidentin Diezel:

Vielen Dank. Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat sich der Abgeordnete Carsten Meyer zu Wort gemeldet. Bitte schön.

Abgeordneter Meyer, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist für den Föderalismus kein gutes Zeichen, wenn wir es schaffen, dass sich immerhin 10 Fachministerien auf einen Entwurf einigen und wir dann feststellen, dass wahrscheinlich die Parlamente dafür sorgen, dass dieses bislang Gemeinsame wieder in acht oder vielleicht auch 10 verschiedene Gesetze münden wird und dann alles

das wahr wird, was jetzt schon geunkelt wird, in welcher Zeitung mit wie viel Buchstaben auch immer. Was ich daran schade finde, ist, wenn man 35 Jahre Vorrang der Resozialisierung vor Strafe und Sühne Revue passieren lässt, das ist eine Erfolgsgeschichte im Strafvollzug, nicht nur, weil es von den Menschenrechten her geboten ist und uns vom Gesetz aufgegeben wurde, sondern weil es auch eine Erfolgsgeschichte ist, was die Resozialisierung angeht.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aber jetzt wieder hinzugehen und zu sagen, wir wissen aber besser, dass zwei Jahre früher oder nicht Hafturlaub bekommen zu können dafür sorgen, dass Resozialisierung besser oder schlechter funktioniert, das ist schade. Mit dieser Vorbemerkung - es geht nicht um Haftlockerung oder Urlaub, sondern es geht um die Klärung der Resozialisierung im Einzelfall - im Einzelfall, ich betone das. Herr Scherer, vielen Dank für die Aufzählung der Straftaten, die lebenslänglich implizieren können. Die meisten dieser Straftaten sind wahrscheinlich, zumindest von denen, die lebenslänglich in unseren Gefängnissen sitzen, Beziehungstaten. So viele Sprengstoffattentäter haben wir in Thüringen Gott sei Dank nicht, Terroristen meines Wissens auch nicht, bis auf einen, der gerade in Tonna einsitzt und etwas mit Nazis zu tun hat, aber ansonsten nicht, sondern es sind Beziehungstaten im Nahumfeld.

(Unruhe FDP)

Das ist die allgemeine, 80-prozentige, soviel ich weiß, Situation von Vergewaltigung, von Kindervergewaltigung, von Mord und von Totschlag mit Todesfolge, etc.

(Zwischenruf Abg. Scherer, CDU: Sexualstraftaten sind keine Beziehungstaten.)

Ich will darauf hinaus, die Frage der Resozialisierung ist keine Frage des Schutzes der öffentlichen Sicherheit, sondern in der Regel vor allem und vorrangig eine Frage des Schutzes, der Sicherheit der in der Beziehung des Täters stehenden, wenn man so will, indirekten Opfer, also den Menschen, die jetzt noch da sind, die nicht gemordet, getötet worden sind, die aber auch betroffen sind vom Tod und übrigens auch von der Inhaftierung dieses Täters. Genau um diese Frage, ob man nicht auch den Opfern gegenüber, nicht nur den Tätern, durch Haftverschonung oder Hafturlaub eine Chance gibt, diese Art von Beziehung wieder zu kitten, ist ein Versuch, seit 35 Jahren dieses so zu tun. Da sagen die Fachleute aus zehn Ministerien nun, das sollte man im Einzelfall schon nach fünf Jahren tun und nicht erst nach zehn. Wir sind hier der Meinung, in fünf Minuten das Gegenteil behaupten zu müssen. Das finde ich nicht angemessen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(Abg. Meyer)

Nebenbei bemerkt: Dass das funktioniert und dass es seltenst - es kommt vor und wer macht keine Fehler - dazu kommt, dass entsprechende Haftverschonungen oder auch Hafturlaube zu weiteren Straftaten führen, sieht man an der Realität der letzten 35 Jahre. Dass wir dieses Vertrauen in die Mitarbeitenden in den Strafvollzugsanstalten nicht haben, dass sie das nicht einschätzen können, auch schon nach fünf Jahren - ich meine, wer von uns kann sich vorstellen, wie lang fünf Jahre sind in dieser Situation, in der man mit seiner Tat und seiner Resozialisierung zu tun hat -, und da jetzt sozusagen diese Art von wissenschaftlichen Tätigkeiten zu negieren, ist meiner Ansicht nach schade. Die Frage müsste man stellen und das wäre eine, die vielleicht an Herrn Fiedler geht: Ist ein Mörder nach 10 Jahren weniger gefährlich als nach fünf oder ist die Chance bei einigen von diesen Menschen höher, in das normale Leben resozialisiert zu werden, wenn es bereits nach fünf Jahren eine Perspektive gibt oder nicht? Diese Frage muss man stellen, und zwar so herum stellen. Dann hat man möglicherweise auch die Antwort, dass es sich um Einzelfälle handelt und nicht um Pauschalurteile. Da sollten wir hinkommen meiner Ansicht nach. Ich finde es, wie gesagt, sehr schön, dass die Länder wenigstens versuchen, Föderalismus so zu leben, dass man auch gemeinsame Lösungen findet, ohne sie gleich wieder zu zerreden. Das sollten wir uns gut überlegen als Parlament hier, wenn es dann dazu kommt, dass der Entwurf ins Parlament hineinkommt, das dann auch entsprechend zu würdigen und wir sollten natürlich dafür sorgen, dass das Primat der Resozialisierung weiterhin gilt, und nicht Sühne und nicht Strafe. Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsidentin Diezel:

Vielen Dank. Für die Landesregierung spricht Herr Prof. Herz. Bitte sehr, Herr Staatssekretär.

Prof. Dr. Herz, Staatssekretär:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, die derzeit etwas gespenstische Diskussion zur Reform des Strafvollzugsgesetzes wird leider - ich sage das mit besonderer Betonung, dies gilt zumindest für viele der in den letzten Wochen zu lesenden publizistischen oder politischen Beiträge - ohne das für eine rationale Auseinandersetzung mit der Reform notwendige kriminologische und empirische Wissen geführt. Dadurch entsteht allzu leicht ein Klima, das eher von Ängsten und Emotionen als vom Austausch sachlicher Argumente gekennzeichnet ist. Solche Umstände dürfen jedoch nicht unsere fachlichen Überlegungen zu einem neuen, durch die Föderalismusreform notwendig gewordenen Strafvollzugsgesetz beeinflussen, weder zur

Reform als Ganzes noch zu einzelnen Aspekten, wie dem sogenannten Hafturlaub.

Lassen Sie uns nun etwas über diesen letzten Aspekt sprechen. Wir müssen, wenn wir uns ernsthaft mit dieser Problematik auseinandersetzen wollen, jenseits von recht simplizistischer Polemik einen genauen Blick darauf werfen, wie sich die Gewährung eines Hafturlaubs in der Vergangenheit in der Strafvollzugspraxis tatsächlich bewährt und welche Folgen es hat, Gefangene ohne die Gewährung eines solchen Urlaubs erst zum Ende ihrer Haftdauer unvorbereitet, zumindest in dieser Hinsicht unvorbereitet, in die Freiheit zu entlassen. Der beste Opferschutz ist nach wie vor eine erfolgreiche Resozialisierung und Wiedereingliederung eines Strafgefangenen in die Gesellschaft.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich zunächst kurz darstellen, wie weit derzeit die Arbeit zur Verabschiedung eines neuen Strafvollzugsgesetzbuchs in Thüringen gediehen ist. Da gibt es auch allerlei Gerüchte. Im September 2011 haben zehn Bundesländer einen gemeinsamen Musterentwurf für ein Landesstrafvollzugsgesetz vorgelegt. Dieser Musterentwurf stellt ein Kompromisspapier dar, das als eine Orientierungsgrundlage - mehr ist das zunächst nicht - für die Erstellung der einzelnen Landesstrafvollzugsgesetze dienen soll. Natürlich war auch damit beabsichtigt, eine größere Einheit des Strafvollzugs unter den Bundesländern sicherzustellen. Es besteht aber keine Pflicht zur Übernahme einzelner Regelungen. Das Thüringer Justizministerium prüft derzeit, ob dieser Entwurf den Besonderheiten des Thüringer Strafvollzugs gerecht wird, und wird zu diesem Zweck alsbald auch noch mit den Thüringer Strafvollzugsanstalten, der Generalstaatsanwaltschaft und dem Thüringer Oberlandesgericht im Detail sprechen und diskutieren. Erst danach wird abschließend entschieden werden, welche Bestimmungen des Musterentwurfs Einzug in ein neues Thüringer Strafvollzugsgesetzbuch finden werden. Danach, erst nach der dann nötigen Ressortabstimmung, wird vom Parlament über diese Reform zu entscheiden sein.

Ein Punkt ist jedoch bereits derzeit zu betonen. Im Mittelpunkt der Vollzugsmaßnahmen soll auch in Zukunft die erfolgreiche Resozialisierung und Eingliederung des Gefangenen in die Gesellschaft stehen. Dies entspricht bereits der derzeitigen Rechtslage und auch in Zukunft wird sich das vollzugliche Handeln an dieser Maxime orientieren müssen.

Werfen wir an dieser Stelle einen Blick auf die momentan bestehende Rechtslage zum Thema Hafturlaub. Hafturlaub kann derzeit auf der Grundlage des § 13 des noch geltenden Strafvollzugsgesetzes für die Dauer von bis zu 21 Tagen gewährt werden. Dessen Absatz 3 regelt speziell für zu lebenslanger Freiheitsstrafe Verurteilte, dass ihnen erst nach 10 Jahren Freiheitsentziehung Hafturlaub gewährt

(Staatssekretär Prof. Dr. Herz)

werden kann, oder wenn sie in den offenen Vollzug überwiesen worden sind, was gemäß § 10 Absatz 1 Strafvollzugsgesetz allerdings auch schon vor Ablauf einer Inhaftierung von 10 Jahren grundsätzlich möglich ist. Soweit die derzeitige Rechtslage.

Der Musterentwurf hat diese Regelung des geltenden Strafvollzugsgesetzes im wesentlichen übernommen. Es wurde in § 38 nur insoweit eine Modifikation vorgenommen, als dass zukünftig bereits nach fünf Jahren eine Prüfung stattfinden soll, ob ein Hafturlaub, der im Musterentwurf Langzeitausgang genannt wird, gewährt werden kann. Über die Dauer dieses Langzeitausgangs wird dann gesondert zu diskutieren sein. Keinesfalls - und das möchte ich noch einmal ausdrücklich betonen - wurde darin geregelt, dass solch eine Vollzugslockerung automatisch und ohne Vorliegen weiterer Voraussetzungen nach Ablauf dieser Frist gewährt werden muss. Prüfungsmaßstab im Rahmen einer Einzelfallprüfung soll vielmehr auch in Zukunft sein, ob es verantwortet werden kann, zu erproben, dass die Gefangenen sich dem Vollzug der Freiheitsstrafe nicht entziehen oder die Lockerung nicht zu Straftaten missbraucht werden.

Hierfür wird unter anderem auch regelmäßig Voraussetzung sein, dass sich diese Gefangenen zuvor im Rahmen eines gestuften Systems bewährt haben. Nur im Falle des erfolgreichen Absolvierens von mehreren Begleitausgängen mit Bediensteten sowie daran anschließend von mehreren kurzen Alleinausgängen, die sich anfangs nur auf wenige Stunden beschränken werden, wird es überhaupt möglich sein, dass ein Straftäter einen Langzeitausgang erhalten kann. Dieser wird jedoch nicht sofort in einem Umfang von drei Wochen gewährt werden, wie das unlängst in einer Pressemitteilung falsch und in polemischer Absicht dargestellt worden ist.

An dieser Stelle ist der von mir eingangs geforderte Blick auf die Zahlen und Fakten aus der kriminologischen Forschung zu richten und die Frage zu stellen, wie hoch ist die Missbrauchsquote bei der Gewährung eines Urlaubs für Straftäter überhaupt und wie wirkt es sich aus, falls man diese Urlaube häufiger bzw. seltener gewährt. Nur die Beantwortung dieser Frage ermöglicht eine rationale Diskussion über diese Problematik.

Nach der Untersuchung rechtstatsächlicher Analysen, aktueller Entwicklungen und Problemlagen des Strafvollzugs in Deutschland des renommierten Kriminologen Frieder Dünkel aus Greifswald, die er im Jahr 2010 mit zwei Kollegen erstellt hat, liegen die Fälle eines sogenannten Lockerungsmissbrauchs deutschlandweit bei unter 1 Prozent. Als Lockerungsmissbrauch betrachtet er dabei auch die Fälle, in denen Strafgefangene aus einem Urlaub nicht zurückkehren, ohne gleichzeitig während der Urlaubszeit Straftaten verübt zu haben. Die Fälle, in

denen es tatsächlich zu neuen Straftaten während des Urlaubs gekommen ist, wies er zwar statistisch nicht aus, bezeichnet sie aber als die noch extremere Ausnahme.

Insofern sind die Zahlen, die ich im Folgenden nennen werde, noch um einen erheblichen Prozentsatz zu reduzieren, wenn man feststellen möchte, wie viele Strafgefangene tatsächlich während eines Hafturlaubs erneut straffällig geworden sind. Professor Dünkel legte bei seiner Untersuchung zunächst die Zahl der Beurlaubungen pro 100 Gefangene pro Jahr seiner Untersuchung zugrunde. Thüringen liegt mit 220 Beurlaubungen pro 100 Strafgefangene bei etwa der Hälfte des Bundesdurchschnitts, keineswegs ein besonders herausragender Wert. Der Anteil an Missbräuchen von Beurlaubungen liegt in Thüringen bei 0,1 Prozent und damit unter dem Bundesdurchschnitt von 0,15 Prozent.

Bei der Frage, ob wir uns dafür entscheiden, in Zukunft nach 10 oder bereits nach 5 Jahren die Möglichkeit der Prüfung der Gewährung einer Lockerung zu ermöglichen, ist noch ein weiterer Aspekt von Bedeutung. Das Bundesverfassungsgericht - und Herr Hauboldt hat dankenswerterweise die Quelle und die Stelle, wo man das finden kann, bereits genannt - hat in der Vergangenheit immer wieder betont, dass auch der Vollzug einer lebenslangen Freiheitsstrafe Gefangene nicht vollständig von der Außenwelt isolieren darf und ihre Lebenstätigkeit zu erhalten hat.

(Beifall DIE LINKE)

Heribert Prantl bemerkte unlängst in der Süddeutschen Zeitung, Straftäter, die nach mehr als 15, 20 oder noch mehr Jahren erstmals wieder einen Schritt in die Öffentlichkeit unternehmen, dürften als Wracks zu bezeichnen sein. Folgt man dieser von vielen Kriminologen und Strafrechtlern geteilten Auffassung - oder wenn man sie nicht teilt, muss man diese Auffassung zumindest in Betracht ziehen und diskutieren -, so muss man zwingend zu dem Schluss kommen, dass die Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts derzeit noch nicht erfüllt sind. Zumindes bedarf es hierfür aber einer intensiven Diskussion. Denn es ist nicht zu bestreiten, dass eine sehr lange Haftdauer ohne Kontakte zur Lebenswirklichkeit außerhalb des Gefängnisses oftmals zu einem Hospitalismus bei den Gefangenen führt, der diese zu einem selbstbestimmten Leben in Freiheit nicht mehr ausreichend befähigt.

In diesem Zusammenhang und im Hinblick auf die Gefährdungsdiskussion ist auf eine weitere kriminologische Untersuchung hinzuweisen. Nach der bundesweiten Rückfalluntersuchung, Legalbewährung nach strafrechtlichen Sanktionen von Jehle und anderen aus dem Jahr 2010, für die Jahre 2004 bis 2007 nimmt die Rückfallquote mit der Dauer der Freiheitsstrafe sogar ab. Während diejenigen, die zu weniger als 6 Monaten Haft verurteilt werden, zu

(Staatssekretär Prof. Dr. Herz)

53,7 Prozent wieder strafrechtlich in Erscheinung treten, liegt dieser Wert bei denen, die zu einer Freiheitsstrafe zwischen 120 und 180 Monaten verurteilt wurden, mit 29,9 Prozent bei der Hälfte. Generell liegt der Anteil derer, die eine Freiheitsstrafe verbüßt haben und nicht wieder strafrechtlich in Erscheinung treten bei 43,6 Prozent.

Länger als 10 Jahre in Haft befinden sich fast ausschließlich nur noch Personen, die infolge eines Tötungsdelikts verurteilt wurden. Bei den zu einer lebenslangen Freiheitsstrafe Verurteilten beträgt der Anteil derer, die nicht mehr rückfällig werden, 78,9 Prozent, insbesondere - auch darauf ist vorhin in der Debatte schon hingewiesen worden - weil es sich bei der überragenden Mehrzahl dieser Fälle um sogenannte Beziehungsstraftäter handelt. Gerade in diesen Fällen ermöglichen Kontakte zur Lebenswelt außerhalb der JVA ein Leben in Freiheit, wie es das Bundesverfassungsgericht vorsieht.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich zum Abschluss erneut betonen: Das Justizministerium hat sich noch nicht abschließend entschieden, ob von der Verkürzung auf 5 Jahre bei Hafturlaub Gebrauch gemacht wird. Wir werden alle Argumente dafür und dagegen sorgfältig prüfen, allerdings nur Argumente. Ich hoffe, dass ich Ihnen mit meinen Ausführungen den aktuellen Stand der Diskussion in dieser Frage vermittelt habe und vielleicht die Emotionalität ein bisschen durch Argumente ersetzen konnte.

(Beifall DIE LINKE, SPD)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Vielen Dank, ich sehe keine weiteren Redeanmeldungen in diesem Teil der Aktuelle Stunde und schließe ihn. Ich rufe auf den **dritten Teil**

c) Aktuelle Stunde auf Antrag der Fraktion der FDP zum Thema: „Ladenöffnung unter erschwerten Vorzeichen - eine Zwischenbilanz vier Monate nach Änderung des Thüringer Ladenöffnungsgesetzes“

Unterrichtung durch die Präsidentin des Landtags
- Drucksache 5/4353 -

Als Erster hat das Wort für die FDP-Fraktion der Abgeordnete Kemmerich.

Abgeordneter Kemmerich, FDP:

Sehr verehrte Frau Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Arbeitnehmer und Arbeitgeber im Thüringer Einzelhandel, die aufgrund der jetzigen Arbeitszeit aber oftmals nur zugeschaltet sind. Wir haben die Aktuelle Stunden beantragt, um

vielleicht heute eine ehrliche Position der Landesregierung zu erhalten, wie denn mit dieser in unseren Augen absurden Neuregelung der Thüringer Ladenöffnungszeiten umgegangen werden soll

(Beifall FDP)

im praxisnahen Einsatz und nicht im theoretischen Geplänkel, was wir hier oftmals vor uns haben. Betroffen sind alle Arbeitnehmer in Thüringer Verkaufsstellen, was immer das heißt, die seit dem 01.01. ein Arbeitsverbot an mindestens zwei Samstagen im Monat haben. Egal, welche Konstellation sich darüber ergibt, ich denke, wir haben eine Position geschaffen in Thüringen für den Thüringer Einzelhandel und vor allen Dingen deren Beschäftigte, die fast nur Verlierer produziert.

Keiner weiß, wie diese Regelung zustande gekommen ist. Jedenfalls in den Ausschüssen wurde es weder ausreichend vorher beraten noch in den entsprechenden Anhörungen konnten es die Akteure der Thüringer Wirtschaft, die richtigerweise angefragt worden sind, inklusive der Gewerkschaften behandeln und thematisieren. In der letzten Ausschuss-Sitzung, ich denke, das weiß hier jeder, wurde es einfach präsentiert und die Folgen missachtend, auch von uns damals schon thematisiert, wurde darauf hingewiesen, jawohl, es kommt bald eine Rechtsverordnung, die Ausnahmen regelt, die Praktikabilität herstellt und verschiedenste Interessenlagen herstellt und berücksichtigt. Das ist bis heute nicht geschehen.

Fakt ist heute, dass zum Beispiel nach einer Umfrage der IHK Südthüringen ein Drittel der Händler ihre Existenz gefährdet sieht. Das Problem ist, dass bei dem Arbeitsverbot von zwei Samstagen Leute, die aus persönlichen Gründen gern jeden Samstag, mehrere Samstage arbeiten möchten, dass Personenkreise innerhalb von Belegschaften - die sich darauf einigen, du kannst mich ja diese Woche mal vertreten, mein Kind ist krank oder mein Urlaub steht an - diese Vertretungsregelungen nicht mehr unter sich regeln können, sondern völlig unpragmatisch auf das Gesetz angewiesen sind, dieses Gesetz einzuhalten, dieses Gesetz umzusetzen, aber in der Tageswirklichkeit eines einzelhandelsgeführten Betriebs - im Großen wie im Kleinen übrigens - eine Umsetzung nicht möglich ist.

Wir haben auch mit Betriebsräten von Unternehmen gesprochen, die mehrere Hundert Arbeitnehmer beschäftigen, auch die haben die Praktikabilität angemahnt und gesagt, das ist für uns nicht mehr durchführbar, weil es in Teams - Teamarbeit sollte vorstehen - nicht mehr möglich ist zu sagen, du trittst mich mal auf die Schnelle, dafür übernehme ich deinen Dienst vom nächsten Samstag, denn es könnte innerhalb eines Monats liegen. Und hier droht dann die Gefahr, dass die Möglichkeit von drei Samstagen, die maximal besteht, wenn wir fünf haben, schon ausgeschöpft ist und deshalb ein

(Abg. Kemmerich)

kurzfristiges flexibles Handeln auch unter den Beschäftigten nicht mehr möglich ist. Hinzu kommt, dass gerade im beratungsintensiven Einzelhandel viele Geschäfte erst am Samstag erledigt werden. Das wissen wir alle. Man schaut sich zwar um in allerlei Gefilden, aber die Entscheidung für eine Küche, für einen Umbau im Garten, für viele Dinge, die auch gemeinsam in der Lebensgemeinschaft ausgeführt werden, man beraten werden will, wo wir Kinder mitnehmen wollen, die macht man eben am Wochenende.

(Beifall FDP)

Dort sind eben gerade auch beratungsstarke, beratungsfirme Mitarbeiter gefragt, die auch ihre Möglichkeiten des Erwerbs und der Erwerbseinnahmen auf den Samstag gelegt haben, weil am Samstag natürlich über höhere Umsätze der einzelnen Händler als Arbeitgeber, aber auch der angestellte Mitarbeiter über Provisionen die höchsten Einnahmen erzielen kann. Dafür braucht man auch nicht lange und ausführliche Gesetzeshandlungen durchzuführen, sondern es ist relativ einfach - mit ein paar Gesprächen im Einzelhandel, die man als Kunde erleben kann, da erfährt man diese Realität.

(Beifall FDP)

Deshalb die Frage sowohl an den jetzt nicht anwesenden Vertreter des Wirtschaftsministeriums, aber auch an Sie, Frau Taubert: Wann kommt denn nun diese Verordnung? Was soll sie regeln? Werden wir wirkliche Ausnahmeregelungen bekommen? Werden wir wirklich praktikable Regelungen bekommen, die die Arbeitgeber in die Lage versetzt, dass sie, wenn sie ausdrücklich wollen, auch arbeiten können? Werden wir die Tarifhoheit wieder achten? Denn es gibt einen Tarifvertrag im Einzelhandel, der, ich denke, unter den ausgewogenen Verhandlungen der Tarifpartner zustande gekommen ist und eben das geregelt hat. Werden wir den Leuten wieder zubilligen, dann arbeiten zu können, wenn sie es wollen? Und wollen wir vielleicht nur die schützen, die auch ausdrücklich geschützt werden wollen? Denn jetzt haben wir den Eindruck, dass das Gesetz durchaus Leute in Schutz nimmt und damit in Sippenhaft, die gar nicht geschützt werden wollen, weil sie samstags arbeiten wollen. Vielen Dank.

(Beifall FDP)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Für die CDU-Fraktion hat Abgeordneter Gumprecht das Wort.

Abgeordneter Gumprecht, CDU:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, ja, der Start des Ladenöffnungsgesetzes war holprig.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren von der FDP, Sie beantragen aber heute gleichzeitig eine Zwischenbilanz zum Ladenöffnungsgesetz und wollen darüber diskutieren, ich habe darüber noch nichts gehört. Meinen Sie, Zwischenbilanz zu ziehen, wäre heute schon seriös möglich? Ich denke, das ist erst dann machbar, wenn Erfahrungen vorliegen. Eine Bewertung braucht immer verlässliche Daten, und das ist aufgrund der kurzen Zeit und - ich muss auch sagen - aufgrund der noch nicht vorhandenen Rechtsverordnung bisher nicht möglich.

Und darin liegt des Pudels Kern. Man kann auf keinerlei verlässliche Erfahrungen zurückgreifen, denn für zahlreiche Änderungen - beispielsweise auch die Adventsregelungen - können bisher gar keine Erfahrungen vorliegen. Weihnachten ist ja nur einmal im Jahr.

Sie aber meinen, meine Damen und Herren, sicherlich das öffentliche Echo zu einer Passage im Gesetz. Sie haben es gerade noch mal gesagt, ich bin hier für Klarheit, dann sollten Sie es auch im Antrag sagen. Es geht Ihnen um die Regelung in § 12 Abs. 3, also die Passage zur Einschränkung der Samstagsarbeit, die auch öffentlich kritisiert wurde. Unser Anliegen war, mit dieser Regelung eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu ermöglichen. Wer mehr als 30 Stunden wöchentlich arbeitet, soll die Möglichkeit haben, an zwei Samstagen für seine Familie da zu sein. Das ist und bleibt unsere Meinung. Ich hatte bereits im Plenum auf weitere Ausnahmeregelungen hingewiesen. Natürlich weiß ich aus zahlreichen Gesprächen um den Stand der Einführung. Bisher ist dies noch nicht einheitlich vollzogen. Einige Handelseinrichtungen warten ab, denn sie wollen auf die Rechtsverordnung warten. Ich hatte diese bereits im Dezember-Plenum angemahnt. Meine Forderung, diese möglichst im I. Quartal schon bestätigen zu können, hat sich nicht erfüllt. Derzeit, hört man, sei diese in Vorbereitung zur Anhörung. Ich habe heute noch mal nachgefragt bei einem wesentlichen Anzuhörenden, bei ihm lagen die Unterlagen leider noch nicht vor.

Meine Damen und Herren, die Diskussion zum Ladenöffnungsgesetz war wirklich Anfang des Jahres kurz nach der Verabschiedung sehr scharf und vielschichtig. Zur Wahrheit gehört aber auch, dass sich im Vorfeld niemand bei der Anhörung dazu geäußert hatte, obwohl der Vorschlag hier im Plenum vorgetragen wurde. Vonseiten des Handels und von der IHK wurde

(Zwischenruf Abg. Barth, FDP: Das ist nicht wahr.)

ein sehr dramatisches Szenario vorgetragen. Die Argumente sind zum Teil nachvollziehbar, andere

(Abg. Gumprecht)

sind für mich stark überzogen. Es wurde sogar mit Verfassungsbeschwerde gedroht.

Meine Damen und Herren, von Arbeitnehmerseite ernteten wir anfangs Kritik, weil beispielsweise die 20.00-Uhr-Regelung nicht aufgenommen wurde. Die Kritik wandelte sich aber sehr schnell in echte Dankeschreiben wegen der Samstagregelung um.

(Zwischenruf Abg. Hennig, DIE LINKE: Von denselben Leuten?)

Meine Damen und Herren, Aufschluss brachte das Schreiben des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales, das das Argument, wir hätten das nicht gedurft, entkräftete. Der Vorwurf, die Gesetzgebungskompetenz würde nicht beim Freistaat liegen, wurde nicht bestätigt. Darüber hinaus verweist der Staatssekretär Hoofe in dem Schreiben auf eine Rechtsverordnung, in der Ausnahmen für bestimmte Personengruppen und Einzelfälle vorgesehen werden sollen.

Meine Damen und Herren, warten wir ab, bis die Rechtsverordnung im Sozialausschuss vorliegt. Dann haben wir selbst noch einmal die Möglichkeit, unsere Vorstellungen einzubringen. Ich werde - und damit alle Seiten hier auch zu Wort kommen können - im Ausschuss eine mündliche Anhörung zur Rechtsverordnung beantragen. Ich sage auch deutlich, eine Zustimmung, das heißt, das Einvernehmen hängt hier vom Ergebnis der Anhörung ab. Vielen Dank.

(Beifall CDU, SPD)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Für die Fraktion DIE LINKE hat Frau Abgeordnete Stange das Wort.

Abgeordnete Stange, DIE LINKE:

Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Herr Kemmerich, wir und DIE LINKE sehen keine Verliererinnen bei der Regelung der zwei freien Samstage im Monat.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es ist für unsere Fraktion und somit auch für mich überhaupt nicht nachvollziehbar, dass Sie uns heute schon wieder mit dem Thema „Ladenöffnungszeit“ hier strapazieren, denn im Landtag ist alles bereits dazu gesagt und auch letzte Woche im zuständigen Sozialausschuss. Richtig ist, es fehlt noch eine Verordnung - da sind wir uns einig -, die brauchen wir sehr, sehr schnell. Aber getreu dem Sprichwort „Die Wiederholung ist die Mutter der Weisheit“ will ich es gern noch mal versuchen, Ihnen von der FDP unsere Argumente nahezubringen, wie wir zur Thematik „Ladenöffnungszeitgesetz“ stehen.

Sie wissen alle selbst, wir hatten vor einigen Monaten unseren eigenen Gesetzentwurf zum Thema „Ladenöffnungszeiten“ hier eingebracht. Wir wollten ordentliche Regelungen für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Verkaufsstellen. Wir wollten, dass maximal von 6.00 bis 20.00 Uhr gearbeitet werden darf, um somit einen echten Arbeitnehmerschutz gesetzlich festzulegen. Es war nicht gewollt und ich kann mich auch nicht erinnern, dass Sie von der FDP unserem Gesetzentwurf zugestimmt haben. Wir haben auch hier an dieser Stelle bereits öfter darüber gesprochen, dass Thüringen leider ein Niedriglohnland ist. Das Geld, was in einem Monat nicht verdient wird, kann halt nicht noch zusätzlich samstags oder sonntags nach 22.00 Uhr ausgegeben werden. In der ersten Aktuellen Stunde haben wir das Thema ja gehabt, gute Arbeit, gute Löhne, und an der Stelle sollten Sie sich messen lassen, meine Kolleginnen und Kollegen von der FDP.

(Beifall DIE LINKE, SPD)

Ich habe mich auch noch einmal kundig gemacht und ich lese Ihnen einen Brief vor, der von Betriebsräten kam. Ich habe vorhin noch einmal telefoniert und sie haben darum gebeten, dass ich ihn hier zitieren darf - den Brief des Betriebsrats von REAL hier in Erfurt. Sie schreiben an die Abgeordneten: „Wir, die Betriebsräte und Beschäftigten des REAL Warenhaus hier in Erfurt können bisher in keiner Weise verstehen, dass die zwei freien Samstage laut Ladenöffnungsgesetz vom 21.12. mit Gültigkeit vom 01.01.2012 neu beraten, verhandelt oder ebenso eingeklagt werden sollen. Seit Januar 2012 wird dies nun neu beschlossene Ladenöffnungszeitengesetz in Bezug auf die daraus resultierenden zwei freien Samstage in unserem Markt konsequent umgesetzt. Ebenso können wir an der Stelle erfreulicherweise feststellen und mitteilen, dass die neue Gesetzgebung zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen hat, wenn auch nur in Teilzeit. Unsere Kolleginnen und Kollegen haben es begrüßt, dass auf Landesebene etwas für die Beschäftigten im Einzelhandel getan wurde, um Familie und Beruf in Einklang zu bringen. Da von vielen Beschäftigten im Einzelhandel die Lebenspartner die ganze Woche von Montag bis Freitag auf Montage arbeiten und ihre Familien nebst Kinder nur am Wochenende sehen, stehen wir auf dem Standpunkt, dass wir diese zwei freien Samstage zur Verfügung benötigen. An dieser Stelle wäre es noch sinnvoll, über einen zusätzlichen Samstag nachzudenken, damit wir das Thema Vereinbarkeit von Familie und Beruf wirklich leben können.“

Die Mitarbeiterinnen vom Kaufland in Altenburg schrieben Ähnliches. Auch hieraus zitiere ich. Sie sind eigentlich sehr traurig darüber, dass der Gesetzentwurf der Fraktion DIE LINKE nicht angenommen wurde, wo zumindest die Arbeitszeiten von 6.00 Uhr bis 20.00 Uhr geregelt waren. Sie sa-

(Abg. Stange)

gen, die zwei Samstage sind für sie ein Tropfen auf den heißen Stein und auch sie könnten sich vorstellen, sogar drei Samstage frei haben zu können, da die Arbeit im Einzelhandel sehr anstrengend ist und ein hoher Krankenstand aufgrund der hohen psychischen Belastung zu verzeichnen ist.

Ich denke, diesen zwei Briefen der Betriebsrätinnen und Betriebsräte von großen Handelseinrichtungen ist nichts hinzuzufügen. Wir warten auch auf eine Richtlinie, die Ausnahmeregelungen konkretisiert. Ansonsten hat das Thema bei der FDP keinen guten Stand, denn auch hier haben wir die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an der Seite, und das ist gut so. Danke schön.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Für die SPD-Fraktion hat sich der Abgeordnete Lemb zu Wort gemeldet.

Abgeordneter Lemb, SPD:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich habe mir überlegt, als ich das Thema der Aktuellen Stunde, von der FDP beantragt, gelesen habe, wo könnte möglicherweise ein Fehler liegen in der gesamten Debatte um die Frage des Ladenöffnungsgesetzes. Vielleicht hätten wir doch mehr darüber reden müssen, dass wir früher mal ein Ladenschlussgesetz hatten und wir seit ein paar Jahren ein Ladenöffnungsgesetz haben und dieses Ladenöffnungsgesetz reformiert und verändert worden ist. Was will ich damit sagen? Ich glaube, die Frage der Betrachtung beider Elemente, nämlich der Bedingungen, der Anforderungen des Einzelhandels, aber eben auch die Frage des Arbeitnehmerschutzgedankens beim Ladenöffnungsgesetz sind möglicherweise in der Debatte zu kurz gekommen. Anders kann ich mir bestimmte Vorgehensweisen bei dem Thema nicht erklären. Die Bedingungen werden ja nicht besser, und zwar für beide Seiten, sowohl für den Einzelhandel als auch die Betroffenen, die Arbeitnehmer, wenn man das, was die FDP in den letzten Wochen getan hat, nämlich immer wieder das Thema hochzupuschen, gleichwohl die Kollegen der FDP natürlich wie jeder andere hier im Hohen Hause weiß, dass die mehrfach schon angesprochene Verordnung noch nicht vorliegt und auf dieser Grundlage bestimmte Ausnahmetatbestände noch geregelt werden müssen. Es bleibt aber dabei, dass es Ausnahmetatbestände sein werden, die wir auf der Grundlage der Verordnung zu diskutieren haben und die wir gemeinsam regeln müssen. Sich hierher zu stellen und zu fragen, keiner wüsste angeblich, wie diese Regelung überhaupt in das Gesetz aufgenommen worden ist, das ist ja nun - gelinde gesagt - eigentlich schon fast lachhaft, weil der Kollege Gumprecht natürlich völlig zu Recht darauf hingewiesen hat, dass

der Kollege Günther - der war es damals, glaube ich - von diesem Pult aus in diesem Hause deutlich gemacht hat, was die Vorstellungen und die Vorschläge der Kolleginnen und Kollegen der CDU zu einem besseren Arbeitnehmerschutz sind. Das ist genau diese Regelung gewesen, auf die wir uns dann, auch wenn sich meine Fraktion andere Regelungen, sprich andere Öffnungszeiten auch über die Woche hätte vorstellen können, verständigt haben.

Natürlich ist es so, dass es Diskussionen im Nachgang des Inkrafttretens des Gesetzes gab und gibt. Auch mit mir haben natürlich der Einzelhandelsverband, Vertreter des Einzelhandelsverbandes, aber eben auch Vertreter der Betriebsrätinnen und Betriebsräte, Vertreter der Gewerkschaften gesprochen und es ist natürlich so, wie es immer ist. Die unterschiedlichen Einschätzungen ergeben sich aus der unterschiedlichen Interessenlage. Es ist natürlich auch richtig, da hat die Kollegin Stange völlig recht, dass es eine Vielzahl von Arbeitnehmervertretungen gibt, die sagen, im Prinzip ist das richtig, was ihr dort gemacht habt, im Prinzip geht es aber eigentlich, was den Schutzgedanken der Arbeitnehmerschutzbestimmungen des Ladenöffnungsgesetzes beinhaltet, nicht weit genug. Insofern können wir noch lange darüber streiten, ob das, was wir verabschiedet haben, ein hinreichender Kompromiss ist oder nicht. Aus meiner Sicht und aus Sicht meiner Fraktion ist die Neuregelung des Ladenöffnungsgesetzes eine Kompromissregelung gewesen. Denn ich will auch nicht unerwähnt lassen, dass es ja auch an der einen oder anderen Stelle neue flexible Regelungen im Hinblick auf beispielsweise die Adventsöffnungszeit gibt, die durchaus auch positiv von dem Einzelhandelsverband gesehen wird. Insofern würde ich einmal bei dem Thema dafür plädieren, ein bisschen mehr Sachgerechtigkeit in die Debatte zu bringen und in der Tat jetzt zu schauen und dann gemeinsam zu beraten, wie sieht die Verordnung des Sozialministeriums aus. Das wird ja noch einmal Thema im Ausschuss sein. Es wird dann sicher auch noch einmal Thema hier im Hause sein. Aber das Thema alle zwei oder drei Wochen neu durchs Dorf zu treiben, ist, glaube ich, am Ende des Tages auch nicht zielführend und hilft im Übrigen auch keinem Einzelhändler und auch keinem Arbeitnehmer und keiner Arbeitnehmerin. Insofern würde ich gerne mehr Sachlichkeit in der Debatte anmahnen. Ich weiß auch nicht, ob es hilfreich ist, das Thema Verfassungsklage immer wieder hoch und runter durch die Gazetten zu jagen. Auch damit wird kein Problem gelöst. Wenn Sie der Auffassung sind, diesen Weg gehen zu wollen, dann müssen Sie das tun. Das ist Ihnen unbenommen. Da wünsche ich Ihnen jetzt schon einmal viel Spaß.

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Herr Abgeordneter Lemb!

Abgeordneter Lemb, SPD:

Aber es ist ja auch bereits darauf hingewiesen worden, was das Bundesministerium hier mit Blick auf unsere Regelungskompetenz ausgesagt hat. Herzlichen Dank.

(Beifall SPD)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat Frau Abgeordnete Siegesmund das Wort.

Abgeordnete Siegesmund, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, es ist völlig richtig, wir haben im Februar das letzte Mal hier über die Ladenöffnung gesprochen und über das Ladenschlussgesetz bzw. über Ladenschlussregelungen. Jetzt kommt der lyrische Titel „Ladenöffnung unter erschwerten Vorzeichen“. Wenn es der FDP - deswegen finde ich das auch gar nicht so schlecht, darüber zu sprechen - darum geht es zu hinterfragen, hat das Gesetz denn nun eine breite Akzeptanz, ja oder nein, warum dann eigentlich nicht immer wieder darüber reden. Dann frage ich mich nur, wo Ihr konkreter Vorschlag bleibt, diese Akzeptanz abzufragen?

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Versuchen Sie es. Eine Idee wäre, direkt demokratische Elemente bemühen ja manche Fraktionen oder manche Parteien in diesem Hause hier gerne, warum nicht eine Onlinebefragung machen? In NRW haben das DIE GRÜNEN beispielsweise sehr erfolgreich gemacht. Vielleicht kann sich der eine oder die andere dafür erwärmen. Die gleichen Argumente uns immer wieder vorzuführen, führt ein bisschen zu kurz. Stattdessen finde ich es spannend, darüber nachzudenken, wie kommen wir denn zu dem Punkt zu erfahren, was die Bürgerinnen und Bürger in Thüringen wirklich wollen. Dass ökonomische und soziale Probleme, die Wirtschaftswachstum betreffen, in den vergangenen Jahren zu oft mit wirtschaftspolitischen Einlassungen beantwortet wurden, das ist uns doch allen klar. Vielleicht kriegen wir darüber ja auch eine Debatte rein, wie eine entschleunigte, eine Gesellschaft, die in Thüringen auch auf wohlfahrtstaatliche Argumente vor allen Dingen setzt, tatsächlich aussehen kann. Ich will mich dem gar nicht verschließen. Ich finde die Debatte unter dieser Überschrift sehr spannend. Wie bekommen wir denn mehr Lebensqualität in das Bundesland rein? Da kann man, finde ich, auch über Ladenschluss und darüber reden, wie nachhaltige Entwicklung und Konsumverhalten aussieht. Ich halte aber den Weg, den Sie vorschlagen, nämlich, je mehr, je länger, je besser für den falschen Weg und würde mir wünschen, dass über eine wie auch immer geartete Be-

fragung online, wie auch immer man sich das am Ende überlegt, tatsächlich wir zu dem Ergebnis kämen, zu hören, dass es genau das ist, was die Menschen in Thüringen nicht wollen.

Was haben wir denn jetzt anderes vorliegen, als es vorher war. Im Wesentlichen hat sich ganz wenig geändert. Deswegen ist die Aufregung, die die FDP hier immer wieder durch den Saal treibt, für mich auch schwerlich nachvollziehbar. Es geht vor allen Dingen um die Samstagsregelung, die manche offenbar stört. Ansonsten kann ich nicht erkennen, dass wir eine andere Regelung bekommen haben, im Gegenteil. Deswegen ist dieser Gesetzentwurf, den die Landesregierung uns vorgelegt hat, auch nichts anderes gewesen als ein Reförmchenchen, mehr war es nicht. Der wurde zudem auch noch kurz vor Ladenschluss eingebracht, Sie erinnern sich, im September 2011. Dann finde ich es witzig, Herr Gumprecht, wenn Sie sich hier hinstellen und sagen, zu dieser Verordnung machen wir eine Mündliche Anhörung. Ich erinnere mich sehr gut, in unserem Ausschuss haben wir darüber diskutiert. Wir GRÜNE wollten gern eine mündliche Anhörung beantragen, da hieß es von Ihrer Seite, keine Zeit, brauchen wir nicht, machen wir ganz schnell schriftlich. Jetzt machen Sie die mündliche Anhörung. Warum haben wir das nicht vor einem halben Jahr gemacht?

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Da müssten wir jetzt nicht diskutieren und müssten uns auch nicht überlegen, was die Bürgerinnen und Bürger in Thüringen eigentlich wollen. Wenn Sie noch mal in andere Bundesländer gucken und die Liberalisierung der Frage der Ladenöffnungszeiten sich anschauen, was hat es denn in den Ländern gebracht? Wir haben vorhin in der ersten Aktuellen Stunde über die Frage geredet, was eigentlich gute Arbeit ist. Ist gute Arbeit, wenn wir hören, dass Konsumenten dann vor allen Dingen später einkaufen gehen und dementsprechend mehr Minijobs entstehen und Teilzeitjobs? Ist das gute Arbeit, ist es das, was wir wollen? Ich glaube, dass das ein Märchen ist, zu glauben, dass die Verlängerung der Ladenöffnungszeiten dafür sorgt, dass mehr umgesetzt wird. Im Gegenteil, das erhöht die Kaufkraft nicht. Und rund um die Uhr Shopping wird es nicht ändern, dass die Leute nun mal jeden Euro nur einmal ausgeben können.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Von daher bitte ich, in der Debatte einfach noch mal darüber nachzudenken, wie wirklich ein arbeitnehmerinnen- - ein großes I, Herr Kemmerich, die Frauen auch immer mitdenken -, familien- und wirtschaftsfreundliches Ladenöffnungsgesetz aussieht.

(Beifall DIE LINKE)

(Zwischenruf Abg. Barth, FDP)

(Abg. Siegesmund)

Herr Barth, das war jetzt nicht verständlich, aber wenn es wichtig ist, wiederholen Sie es noch mal.

(Zwischenruf Abg. Barth, FDP: Da spielen die Kundinnen auch eine Rolle.)

Kunden und Kundinnen, deswegen großes „I“. Wir können uns gern über die Schreibweise noch mal unterhalten, wenn Ihnen das so wichtig ist.

Wenn Sie nach Bayern schauen, hier nicht nur meines, sondern auch Ihres Wissens CSU-geführt, also ganz unverdächtig, wenn das eine GRÜNE hier vorn erwähnt, da kann man durchaus gut leben, weil die Ladenöffnungszeiten auf 20.00 Uhr begrenzt sind.

(Beifall Abg. Ramelow, DIE LINKE)

Und warum ist das eigentlich kein Ziel? Warum spricht das keiner aus? Herr Ramelow, wissen Sie, wie es sich in Bayern mit 20.00-Uhr-Ladenöffnungszeiten lebt?

(Zwischenruf Abg. Ramelow, DIE LINKE: Kein Bayer und keine Bayerin verhungert, wunderbar!)

Niemand verhungert, unfassbar.

(Zwischenruf Abg. Ramelow, DIE LINKE: Nach 20.00 Uhr genießen die Bayern ihr Wirtshaus.)

Das ist aber ein anderes Thema, das Wirtshaus Thema können wir jetzt nicht mehr anschneiden und ich sehe, ich muss zum Schluss kommen.

Wenn es denn so ist, dass die FDP - mein letzter Satz - das tatsächlich wissen müsste, wie steht es um die Akzeptanz. Suchen Sie einfach andere Wege und Mittel, da sind wir bei Ihnen, das herauszufinden und dann kommen wir auch einen Schritt weiter und lassen Sie uns nicht „Täglich grüßt das Murmeltier“ hier spielen.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Für die Landesregierung hat Frau Ministerin Taubert das Wort.

Taubert, Ministerin für Soziales, Familie und Gesundheit:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren Abgeordneten, zunächst eine Vorbemerkung. Herr Kemmerich, die Landesregierung antwortet immer ehrlich.

(Beifall SPD)

(Zwischenruf Abg. Siegesmund, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Das war eine steile Hypothese.)

(Zwischenruf Abg. Barth, FDP: Das war aber eine Schrecksekunde, bevor der Beifall kam.)

Die Frage ist nur, für wen.

Meine Damen und Herren, am 31.12.2011 ist die Änderung des Thüringer Ladenöffnungsgesetzes in Kraft getreten. Wie Sie wissen, musste das Gesetz auch geändert werden. Es musste zumindest verlängert werden. Es ist gerade angesprochen worden, wir haben relativ wenige Änderungen vorgenommen, es steht uns als Landesregierung natürlich gar nicht zu, wie sich am Ende auch der Thüringer Landtag entschieden hat, ein Gesetz auf den Weg gebracht hat. Es ist bereits erwähnt worden, dass wir nicht nur die eine Regelung, die von der FDP offensichtlich gemeint ist mit dem Antrag, Zwischenbilanz in dem Gesetz enthalten haben, sondern dass wir sehr wohl auf die Wünsche des Einzelhandels eingegangen sind, die sie formuliert haben, nämlich die waren im Wesentlichen gewesen einmal die Ortsteilregelung für die außergewöhnlichen Sonntagsöffnungen mit hineinzubringen, und zum Zweiten auch das Thema 2. Advent, also eine Flexibilisierung in der Adventszeit. Dass natürlich die Wünsche vom Einzelhandel weitergegangen sind, auch über den Nachadventssonntag zum Beispiel, oder auch andere Wünsche, andererseits auch von den Gewerkschaften natürlich die 20.00-Uhr-Regelung nochmals vorgebracht wurde, ist ganz verständlich.

Im Dezember wurde das Gesetz dann so verabschiedet, wie wir es jetzt haben. Wir sind als Landesregierung aufgefordert, Ausnahmeregelungen zu formulieren von diesem Regelatbestand. Es ist relativ einsichtig, von den meisten auch gar nicht bestritten, weder von Gewerkschaften noch vom Einzelhandel, dass wir gerade im studentischen Bereich, also für diejenigen, die ausschließlich samstags arbeiten oder weit überwiegend samstags arbeiten, auch eine Ausnahmeregelung schaffen sollten. Ich denke, das ist eigentlich völlig unstrittig. Aber danach ist alles ganz strittig, und zwar innerhalb des Einzelhandels und innerhalb der Gewerkschaften. Wir haben alle möglichen Varianten aus den beiden Parteien - das sage ich es jetzt mal in Führungsstrichen - gehabt. Und das macht es natürlich auch etwas schwieriger, dann am Ende eine Lösung zu haben, die lange trägt und die zumindest den allermeisten auch entgegenkommt. Da ist nun mal der Schutz der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und der Schutz der Familie im Vordergrund. Ich habe sehr oft gehört, wie schwierig es ist, dass Familien mit den Öffnungszeiten auch ihr Familienleben unter einen Hut bekommen und, Herr Kemmerich, ich streite allerdings auch gar nicht ab, dass es Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gibt, die - wie Sie es beschrieben haben - sich auf die Situation eingestellt haben, gilt vor allen Dingen denen, die einen Tarifvertrag haben. Am meisten haben die Arbeitgeber geschrien, die kei-

(Ministerin Taubert)

nen Tarifvertrag haben, die ihre Arbeitnehmer unter Druck setzen und dann mit der Frage der Provision dann auch ein Druckmittel in der Hand haben. Ich denke, dem müssen wir als Freistaat nicht nachgeben. Wir wollen allerdings eine gangbare Lösung haben. Das geht nicht gegen den einen oder gegen den anderen, sondern wir wollen versuchen, eine tragfähige Lösung, also einen Kompromiss auch im Rahmen der Ausnahmemöglichkeiten zu haben.

Natürlich ist es auch verständlich, dass die inhabergeführten Läden weniger Spielraum haben als die größeren Ketten. Auch das, denke ich, ist ganz offensichtlich. Wir wollen natürlich auch nicht, dass Arbeitsplätze abgebaut werden. Das wäre das Letzte, denke ich, was die Koalitionspartner im Blick hatten, als sie den Menschen besserstellen wollten in ihrer familiären Situation. Das haben wir uns alles angehört und wir haben auch intensiv darum gestritten. Das ist auch, glaube ich, wichtig, dass wir uns intern zunächst einmal dazu eine Meinung bilden. Wir werden jetzt die Sache in die Anhörung geben. Wir sind mit der Staatskanzlei auf einem guten Weg, dass wir dieses vorgestellte Modell in die Anhörung bringen. Dazu kann ich momentan noch gar nichts sagen. Dann wird es dem Ausschuss zugeführt, so wie es im Gesetz steht. Der Ausschuss muss sich dazu eine Meinung bilden und kann nur zustimmen oder ablehnen. Auch das ist, denke ich, ein Argument dafür, dass wir ein Stück weit länger darüber beraten, um am Ende eine Lösung zu haben, die auch der Ausschuss mittragen kann, so dass wir dann eine Lösung haben, die auch längere Zeit gangbar ist.

Wir wissen, wir sind uns bewusst, dass auf Thüringen auch geschaut wird mit diesem zweiten Samstag. Ich habe natürlich zur Kenntnis genommen, dass es ein Gutachten der IHK gibt, ich war letztes auch dort, da ging es um Pflege und Beruf, und da ist das auch noch einmal vorgebracht worden. Aber ich sehe momentan aufgrund der Äußerung des zuständigen Bundesministeriums, dass wir die Möglichkeit haben, auch hier ein Gesetz geschaffen zu haben, und damit am Ende auch die Pflicht haben, ein paar Ausnahmeregelungen zu bringen. Was wir nicht haben, was wir wirklich nicht haben, ist das Recht, mit einer Ausnahmeregelung das Gesetz wieder auszuhebeln. Das Recht haben wir als Landesregierung nicht. Deswegen, ich weiß, dass Sie alle darauf warten, bitte aber um die nötige Geduld, damit wir dann auch eine Regelung haben.

(Zwischenruf Abg. Barth, FDP: Bis wann denn, damit wir einschätzen können, ob wir der Bitte nachkommen können.)

Das kann ich Ihnen jetzt so nicht sagen, es kommt auf die Anhörung an und auf die Frage, wie lange der Ausschuss sich damit beschäftigt. Dann haben wir die Regelung. Wir haben sie jetzt in Umlauf ge-

bracht. Sobald sie fertig ist, abgestellt ist, können wir damit umgehen.

(Zwischenruf Abg. Barth, FDP: Im Umlauf der Landesregierung?)

Der ist beendet. Wir haben jetzt eine Anhörung in der Landesregierung, die Landesregierung hört noch einmal an und danach wird das Ergebnis dem Ausschuss vorgelegt zur Zustimmung. Herzlichen Dank.

(Beifall CDU)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Es gibt noch eine Redemeldung seitens der FDP-Fraktion, Herr Abgeordneter Kemmerich. Mir ist gesagt worden, 4:20 Minuten ist noch Redezeit.

Abgeordneter Kemmerich, FDP:

Frau Präsidentin, Frau Ministerin vielen Dank erst einmal. Genau das war eigentlich meine Frage. Wann ist denn damit zu rechnen? Es ist jetzt im Umlauf, wie wir gehört haben, kommt dann an den Ausschuss, so dass vor der Sommerpause zumindest parlamentarisch darüber diskutiert werden kann. So würden Sie das bejahen?

(Zuruf Taubert, Ministerin für Soziales, Familie und Gesundheit: Danke ich mal.)

Sie haben ja sehr richtig Bilanz gezogen. Wichtig ist, dass wir beide Seiten berücksichtigen und tatsächlich der Student, der sagt, ich kann nur samstags arbeiten aus vielen Gründen und deshalb sollten wir da wirklich schwarz-weiß malen. Frau Siegesmund, genau darum geht es ja, wirklich ehrlich Bilanz zu ziehen. Wenn man eine Regelung hätte treffen müssen, nach dem Schutzzweck der Norm zu sagen, wen will ich eigentlich schützen. Das sollen nämlich die sein, die 40 Stunden in der Woche arbeiten und dann noch vielleicht vier Samstage, die aus irgendeinem Grund sich nicht dagegen wehren können. Das kann man ja nachvollziehen. Aber eben alle und ganz Thüringen damit zu belegen, ohne an die Endfolgen zu denken, das ist ein bisschen schwierig. Herr Gumprecht, da kann man nicht sagen, wir warten mal ab. Vier Monate sind rum, die Sommerzeit kommt. In der Sommerzeit mit Urlaubsvertretung wird die ganze Sache nur noch viel enger und ist noch weniger praktikabel. Da müssen wir an die Menschen denken auf beiden Seiten des Tresens. Es ist eine Mär, zu sagen, wir haben ja Arbeitsplätze geschaffen, nämlich gerade die, die wir nicht wollten. Frau Stange hat etwas vorgelesen, wenn ich mich da recht entsinne. Wer da nicht ganz zugehört hat, dem würde ich es gerne noch einmal sagen. Auch wenn es nur Teilzeitbeschäftigte sind. Wir haben anderen Leuten Arbeitszeit genommen aus der Vollzeit heraus, weil sie nicht mehr Vollzeit ausüben können und dafür

(Abg. Kemmerich)

Teilzeit und Teilzeitbeschäftigte geschaffen. Auch an diese Folgen sollte man einfach mal denken und abwägen, soll das denn so sein oder wollen wir wirklich nur die schützen - das hätte man per Gesetz ja machen können -, die wirklich ausdrücklich wollen, unter diesen Schutz des Gesetzes zu geraten. Da könnte ja ein einfacher Antrag des Arbeitnehmers beim Arbeitgeber ausreichen, um zu sagen, jawohl, bitte stelle mich zwei Samstage pro Monat frei. Das ist nicht diskutabel von der Arbeitgeberseite. Da hätte man den Schutzzweck der Norm erfüllt, aber ein Mittel in der Hand, was nicht wirklich jeden trifft und damit eine unflexible und für manche mit negativen Folgen behaftete Lösung geschaffen. Das gebe ich zu bedenken und wir freuen uns auf die Verordnung. Vielen Dank.

(Beifall FDP)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Mir liegen keine weiteren Redeanmeldungen mehr vor.

Ich schließe damit auch diesen Teil der Aktuellen Stunde und rufe auf den **vierten Teil**

d) Aktuelle Stunde auf Antrag der Fraktion DIE LINKE zum Thema: „Neues von der 380-kV-Leitung! Veränderung der Haltung der Landesregierung zur Notwendigkeit des Baus der Leitung?“

Unterrichtung durch die Präsidentin des Landtags
- Drucksache 5/4380 -

Als Erste hat das Wort für die Fraktion DIE LINKE Frau Abgeordnete Enders.

Abgeordnete Enders, DIE LINKE:

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Anlass der heutigen Aktuellen Stunde sind die Verlautbarungen der Ministerpräsidentin vor wenigen Tagen in der „Süddeutschen Zeitung“, der „Neuen Presse“ und im „Freien Wort“, in denen sie ganz konkrete Zweifel an der Notwendigkeit der geplanten 380-kV-Leitung durch Thüringen nach Bayern äußert.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich möchte hier kurz noch mal die „Süddeutsche Zeitung“ zitieren mit Zustimmung der Präsidentin. Dort sagt die Ministerpräsidentin: „Ich habe mich ja für die Trasse in die Pflicht nehmen lassen.“ Angesichts der neuen Pläne zur Erzeugung eigener Energie in Nord- und Süddeutschland, wolle sie - jetzt noch mal die Ministerpräsidentin -, „den Sachverhalt noch einmal überprüfen“. Laut SDZ seien der Grund für ihre Zweifel die Bestrebungen von

Baden-Württemberg und Bayern, energiepolitisch autark zu werden. Ich zitiere weiter: „Wenn man dort gar keinen Transferstrom haben will, brauchen wir auch diese Leitung nicht.“

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Und sie verlange tatsächliche Zahlen von der Bundesnetzagentur und sie vermisse ein Konzept der Bundesregierung.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Also ich muss ja ganz deutlich sagen, so einig waren wir uns mit der Ministerpräsidentin noch nie.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich freue mich, dass sie nun die gleichen Fragen, die gleichen Prüfansätze hat, wie wir sie ja bereits seit Jahren gebetsmühlenartig

(Beifall DIE LINKE)

hier in diesem Plenum und überall wiederholen. Seit Jahren reden wir über dezentrale Erzeugerstrukturen.

(Beifall DIE LINKE)

Die Bemühungen von Baden-Württemberg und Bayern auf dem Weg dahin, auch das möchte ich hier an dieser Stelle sagen, sind dabei überhaupt nichts Neues. Die Ministerpräsidentin hat recht. Wenn das so ist, dann ist die Planrechtfertigung für die 380-kV-Leitung nicht mehr gegeben,

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

wenn man 50Hertz Glauben schenkt, wenn die sagen, die Leitung dient als Transitleitung von Windstrom von Nord nach Süd, um dort Versorgungssicherheit zu gewährleisten. Aber wenn man mal ins „Freie Wort“ schaut, da steht jetzt mittlerweile drin: Wenn der Süden keine Energie mehr braucht, dann transportieren wir eben den Strom vom Süden in den Norden. Also ich muss Ihnen sagen, das ist auch eine Aussage, die wir hier mal bewerten müssen.

(Zwischenruf Abg. Ramelow, DIE LINKE:
Das ist Wechselstrom.)

(Beifall DIE LINKE)

Ja, im wahrsten Sinne des Wortes. Ich gebe auch der Ministerpräsidentin recht. Bis zum heutigen Tag liegt noch immer kein schlüssiges und aktuelles Gesamtkonzept der Bundesrepublik Deutschland zur nachhaltigen, zukunftsfähigen Energieversorgung

(Beifall DIE LINKE)

(Abg. Enders)

unter Berücksichtigung der dezentralen Energieerzeugerstrukturen und den Zielen der einzelnen Bundesländer vor. Ich sage das auch mal, weil sich immer wieder berufen wird auf dena I und dena II. Ich sage Ihnen ganz deutlich hier, dena I und dena II genießen den Aktualitätsgehalt des Wasserstands am Nil aus der Pharaonenzeit.

(Beifall DIE LINKE)

Ich sage noch etwas anderes ganz deutlich. Auch der Bundesnetzplan, der sogenannte Plan N, geht derzeit von völlig falschen Grundannahmen aus. Die Frage, die wir uns tatsächlich stellen müssen, ist doch: Wie viel Energie brauchen wir tatsächlich unter Berücksichtigung von Energieeinsparungs- und Energieeffizienzmaßnahmen.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Frage, die wir uns stellen müssen, ist: Wie und wo wollen wir sie erzeugen? Danach muss sich die Struktur richten. Das gebietet schon der gesunde Menschenverstand. Nicht Strom auf Teufel kommt raus zu produzieren, den wir hin und her mit riesigen Leitungsverlusten durch immer mehr und größere Netze jagen. Wem würde das wohl nützen, meine sehr verehrten Damen und Herren? Ich sage Ihnen das: dem Stromhandel der großen Energiekonzerne und der Manifestierung der Strompreispolitik. Nur darum geht es.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich gebe der Ministerpräsidentin heute noch mal recht. Wir brauchen konkrete belastbare Zahlen. Nach jahrelangem Ringen kommt der Netzbetreiber 50 Hertz nun unserer Forderung nach und veröffentlicht Lastflussdaten im Internet. Aber auch die müsst ihr euch mal anschauen. Die Veröffentlichung von Lastflussdaten ist ein längst überfälliger Schritt hin zu mehr Transparenz. Aber ich muss sagen, die zusammengefasste Darstellung ist völlig unzureichend, weil aus den veröffentlichten Daten nicht hervorgeht, ob zur Sicherung der Netzstabilität zum Beispiel bei Starkwind die erneuerbaren Energien gemäß EEG wirklich Vorrang vor den fossilen Energien haben oder ob zum Beispiel Windräder abgeschaltet werden, damit möglicherweise ein Atomstrom fließen kann. Das kann doch nicht sein, das konterkariert doch die Ziele der Bundesrepublik, was die Energiepolitik anbetrifft.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aber ich sage Ihnen heute auch, was wir wirklich brauchen: Wir brauchen einen Netzbau. Das ist richtig. Seit Jahren fordern wir eine Modernisierung bestehender Leitungsnetze. Da geht es um die Höchstspannungsnetze, da geht es aber auch um die Verteilernetze. Diese gilt es zu optimieren, gilt

es fit zu machen für regenerative Energien. Dafür brauchen wir keine neuen Höchstspannungsleitungen, sondern Netzoptimierung, Netzbau, intelligente regelbare Netzstrukturen und Amprion zeigt das ja so deutlich. Frau Ministerpräsidentin hat angekündigt, den Sachverhalt noch einmal überprüfen zu wollen, deshalb sage ich noch einmal an die Ministerpräsidentin, sie hat die Möglichkeit, den Planfeststellungsbeschluss zum geplanten Neubau der 380-kV-Leitung durch Thüringen nach Bayern durch das zuständige Fachministerium von Amts wegen überprüfen und aufheben zu lassen, auch wenn schon bereits ein Gerichtsverfahren hier anhängig ist.

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Enders, DIE LINKE:

Das Bundesverwaltungsgericht gibt der Ministerpräsidentin dazu die Rechtsgrundlagen in die Hand - ich bin gleich fertig - und ich fordere Sie auf, einfach mal Mut zu zeigen und mal das zu tun, was Bürgerrinnen und Bürger seit Langem hier in Thüringen nämlich tun, sich dagegengustellen und zu sagen, wir brauchen eine andere Energiepolitik. Danke schön.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Für die SPD-Fraktion hat Abgeordneter Weber das Wort.

(Heiterkeit im Hause)

Abgeordneter Weber, SPD:

Jetzt habe ich den Joke verpasst. Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, mal wieder 380-kV-Leitung, mal wieder was Neues, mal wieder nichts Neues von Frau Enders.

(Zwischenruf Abg. Enders, DIE LINKE: Viel Neues von der Landesregierung.)

Aber ich gebe Ihnen ja recht, wenn Sie sagen, dass in der Frage Planung der 380-kV-Leitung einiges nicht so gelaufen ist, wie es hätte laufen können. Das wissen Sie, das habe ich ja schon mehrfach angedeutet. Das ist aber nicht in der Verantwortung dieser Landesregierung, sondern der Vorgängerlandesregierung, weil da hat man versäumt, beim Planfeststellungsverfahren ...

(Zwischenruf Abg. Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Beenden Sie den falschen Weg.)

Lassen Sie mich doch mal ausreden, ich habe doch Frau Enders aufmerksam zugehört, Herr Ramelow.

(Abg. Weber)

(Zwischenruf Abg. Ramelow, DIE LINKE: Ich habe doch zugestimmt.)

Ja, ist doch gut, aber das ist jetzt meine Redezeit. Ich würde sie auch gern nutzen.

Bei der Planung der A 71 hätte man natürlich im Planfeststellungsverfahren dafür sorgen können, dass der Trassenverlauf entsprechend dort mitgeführt wird. Man hätte bei der Planung des ICE-Tunnels dafür sorgen können, dass die Leitung mitgenommen wird. All diese Dinge - unstrittig, da sind wir uns einig. Das ist aber auch der einzige Konsens, den wir haben.

Frau Enders, wer tatsächlich behauptet, dass die Bestrebungen von Baden-Württemberg und Bayern, in dezentrale und erneuerbare Energien zu setzen, nichts Neues wären,

(Zwischenruf Abg. Enders, DIE LINKE: Das ist nichts Neues.)

das ist völlig irre. Vor Fukushima haben diese Länder auf Kernkraft gesetzt und immer wieder darauf gewartet, dass sie Regierungsmehrheiten kriegen, um die Kernkraft noch 20 Jahre länger laufen zu lassen.

(Zwischenruf Abg. Enders, DIE LINKE: Seit einem Jahr ...)

Völlig irre, was Sie hier erzählen. Wissen Sie, wir haben es ja schon tausendmal gehabt, ich empfehle Ihnen wirklich mal ein Buch, das ist von Rainer Knauber „Neinsagerland: Wege zu einem Konsens für Fortschritt“. An der Stelle kann man mal nachlesen, was alles auf Eis gelegt wird, weil einige versuchen, politisch Kapital zu schlagen mit Unwissenheit oder mit Fehlinformationen der Bürgerinnen und Bürger. Das gilt auch in der Frage der 380-kV-Leitung, weil, wie Sie wissen, läuft dieses Verfahren seit 10 Jahren, mittlerweile seit mehr als 10 Jahren, und wer wirklich glaubt, dass wir Energiewende auf der einen Seite in Sonntagsreden predigen können und bei 90 Kilometern Leitung 10 Jahre streiten können, wenn man glaubt, dass wir uns das erlauben können, 10 Jahre zu streiten, um 90 Kilometer Leitung zu bauen, der ist schief gewickelt. Das wird nicht funktionieren, Frau Kollegin Enders und meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen der Fraktion DIE LINKE. Einige von Ihnen haben das schon erkannt und ich kann Ihnen nur sagen, weil ich will es kurz machen, auch meine Redezeit einhalten, ich habe mich sehr gefreut darüber, dass Sie eine breite Unterstützung der demokratischen Parteien bekommen für die Landratswahl im Ilm-Kreis und deswegen freue ich mich darauf. Nach dem Spruch am 6. Mai ist alles vorbei; das ist ein guter Tag für die Energiewende auf Landesebene. Danke schön.

(Beifall SPD)

(Zwischenruf Abg. Barth, FDP: Aber die Rede ist ein Verstoß gegen die gemeinsame Erklärung.)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Wir reden jetzt über die 380-kV-Leitung und als Nächster hat der Abgeordnete Kemmerich für die FDP-Fraktion das Wort.

Abgeordneter Kemmerich, FDP:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, sehr geehrter Herr Weber, bemerkenswerte Rede. Das Buch werden wir uns auch anschauen bzw. das ist ja nichts Neues. Nur eine Korrektur: Die Große Koalition in Berlin hat bei uns die Leitungsfestlegung getroffen noch in 2005, insofern soll sich hier keiner aus der Verantwortung stellen.

(Beifall CDU, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Frau Enders, es ist auch sehr interessant, wie Sie hier um die Wahrheit kämpfen, buchen wir es ein bisschen unter die Rhetorik zum Wahlkampf. Aber eines muss ja gesagt werden, die überhastete Energiepolitik, -wende und die Festlegungen, die wir getroffen haben unter dem Eindruck von Fukushima, stellt uns genau vor das Problem, wo jetzt scheinbar keine Lösung da ist. Wir können eben hier nicht mit technischem Fortschritt von Zeit zu Zeit überprüfen und abwarten und die optimalen Lösungen für den Weg aufzeichnen, wie wir denn aus dem Atomzeitalter herauskommen, wie wir CO₂-Ausstoß reduzieren, darüber spricht nämlich keiner mehr, und wie wir damit eine vernünftige Energiepolitik für die nächsten Jahre, Generationen, für die nächste Zeit aufbauen können. Die Zeit ist einfach nicht da,

(Beifall FDP)

weil wir eine Energiewende beschlossen haben, die weder ökologisch noch ökonomisch zu Ende gedacht worden ist. Vor diesen Problemen stehen wir gerade. Wir haben auch immer wieder bei den wiederholten Diskussionen hier im Hause über die 380-kV-Leitung gesagt, dass dieser Streckenverlauf mehr als ungünstig ist. Also er ist festgelegt worden von Rot-Schwarz kurz vor Ende der Periode der Großen Koalition. Dass wir vielleicht damit leben müssen, dass die Trasse so läuft, wie sie eben jetzt festgelegt worden ist, ich weiß nicht, ob das Verfahren aufzuhalten ist. Wir werden eben nicht die Möglichkeit haben, dieses Ultranet zu nutzen, was eine sehr erwägenswerte Tendenz ist, mit der wir sicherlich diese massiven ökologischen Eingriffe in den Thüringer Wald vermeiden können.

Vielleicht sollte man auch mal darüber nachdenken, eben nicht manchmal völlig sinnfrei an jeder Ecke dieses Landes Photovoltaik zu schrauben und dann

(Abg. Kemmerich)

zu sagen, jetzt ist der Strom da, aber wie er von A nach B kommt, wissen wir nicht. Oder genau sinnfrei oftmals Windräder irgendwo hinstellen und sagen, transportieren müsst ihr jetzt den Strom. Denn hier kommt zutage, wo das Problem ist, Strom transportiert sich eben nur über diese Leitungen und die Leitungen sind in einem langfristigen Investitionsplan entstanden und mal gebaut worden und ähnlich langfristig, Herr Weber hat es gesagt, 10 Jahre und mehr, dauert es, jetzt hier für Nachfolge zu sorgen. Wenn wir das nicht schneller machen, werden wir das Problem einfach so nicht lösen können, zu sagen, produziert wo ihr wollt, transportiert wo ihr wollt, aber bitte nicht vor meiner Haustür.

(Beifall FDP)

Für diejenigen, die dann am 6. Mai tatsächlich noch ihr Kreuzchen machen dürfen, müssen, können, steht bei Ihnen in der Gegend ja folgendes Schild: Gegen Atomstrom, für eine andere Energiepolitik, aber ohne 380-kV-Leitung. Also in diesem Widerspruch werden wir natürlich keine Verantwortung und keine Lösung finden.

(Beifall SPD)

Wenn es das ist, wie Sie Verantwortung tragen wollen, dann wird es halt schwierig.

(Unruhe im Hause)

Aber wir können ja vielleicht auch Mobilstrom oder Strom beim Drive-in mal entwickeln, vielleicht funktioniert es damit.

(Zwischenruf Abg. Ramelow, DIE LINKE: Dezentrale Energiekonzepte, Herr Kemmerich, darüber sollte man mal nachdenken.)

Ich habe darüber nachgedacht, es geht um die Verantwortung zu sagen, wir bauen Windparks da hin und das haben Sie mitentwickelt. Sie fordern eine andere Energiepolitik, aber wie der Strom transportiert wird, das wird dem geneigten Leser überlassen. Aber da wird mit Angst Politik gemacht, Herr Weber hat es richtig zitiert, so werden wir nicht vorkommen in diesem Land. Nur mit Nein sagen, alternativen Konzepten werden wir hier nichts bewegen können. Vielen Dank.

(Beifall FDP)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Für die CDU-Fraktion hat der Abgeordnete Worm das Wort.

Abgeordneter Worm, CDU:

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, ich danke erst einmal dem Herrn Kemmerich in zweifacher Weise. Erstens, dass er die Aufgeregtheit etwas nach unten gefahren hat und

zweitens, dass er klargestellt hat, wer für die Planung der 380-kV-Trasse durch Thüringen zuständig war. Das geht an den Kollegen Weber.

(Zwischenruf Abg. Weber, SPD: Ihr wart doch dabei.)

Es ist richtig, in einer Veranstaltung im Landkreis Sonneberg, Kollegin Enders, und zwar konkret in Schalkau, hat sich die Ministerpräsidentin zum Thema 380-kV geäußert. Hier ging es natürlich auch um die Frage der Notwendigkeit des Baus der 380-kV-Leitung durch die betroffene Region mit all ihren Auswirkungen und die Ministerpräsidentin hat gesagt - und hier zitiere ich das „Freie Wort“ vom 19.04.2012, da ich selbst bei dieser Veranstaltung nicht zugegen war: „Baden-Württemberg und Bayern hätten erklärt, sich energieautark zu machen. Damit stelle sich wiederum die Frage, ob dann diese Leitungen wirklich gebraucht werden.“ Mit Blick auf die Auswirkungen solch eines Netzausbaus für die betroffenen Regionen ist diese Fragestellung durchaus legitim und nachvollziehbar.

(Zwischenruf Abg. Korschewsky, DIE LINKE: Das finde ich auch.)

Denn natürlich muss geprüft werden, ob es die energiepolitischen Zielsetzungen der einzelnen Bundesländer durch eine entsprechende Koordination und Vernetzung überhaupt notwendig machen, die laut den anvisierten 4.600 km an Netzausbau quer durch die Republik so zu realisieren. Ich sage hier an dieser Stelle auch sehr deutlich, dass das in diesem prognostizierten Umfang aller Voraussicht nach nicht notwendig sein wird. Voraussetzung hierfür ist jedoch eine konkrete Abstimmung der Energiekonzepte zwischen den einzelnen Ländern im Bund. Genau das hat die Ministerpräsidentin auf dieser Veranstaltung ebenfalls deutlich gesagt, ich zitiere: „Eine koordinierte Energiepolitik zwischen den Bundesländern sei längst überfällig.“ Bei dieser Frage, meine sehr geehrten Damen und Herren, geht es nicht darum, wer, wo, welche erneuerbaren Energien erzeugt, sondern auch darum, wie diese Energie dann transportiert werden soll und in welcher Form - als Wechselstrom in den üblichen Leitungssystemen oder als Gleichstrom in HGÜ-Technik mit der Möglichkeit des doppelten Transportvolumens. Ob das allerdings bei der Umsetzung der geplanten 380-kV-Leitung Halle - Schweinfurt im zweiten und dritten Bauabschnitt wirklich eine Rolle spielen könnte, ist zumindest für mich fraglich, nicht nur weil wir uns hier in einem laufenden und keinem zukünftigen Verfahren befinden, sondern auch, weil ich weder von Bayern noch von Baden-Württemberg konkrete Aussagen dahin gehend kenne, dass sie bis zum Jahre 2015 energieautark sein wollen. Das wäre aber eine grundlegende Voraussetzung dafür, um den Weiterbau der 380-kV-Leitung zu stoppen. Denn ich erinnere auch gern an die Aussage von Professor Jarass, der in sei-

(Abg. Worm)

nem Gutachten den mittelfristigen Ausbau bis zum Jahr 2015 nicht als notwendig erachtet. Der Umkehrschluss an dieser Stelle lautet für mich deshalb in dieser Frage, nach 2015 ist also der Ausbau notwendig, außer Bayern und Baden-Württemberg sind bis dahin energieautark. Genau das gilt es zu prüfen, nicht mehr und nicht weniger. Da ich hier durchaus meine Zweifel habe und denke, dass sowohl der zweite als auch der dritte Bauabschnitt umgesetzt werden wie vorgesehen, plädiere ich - wie schon im Vorfeld oft genug gesagt - für eine Splittung der vier Systeme ab Altenfeld.

Was bei diesem Thema noch viel wichtiger ist, ist der Punkt, dass sich unsere Thüringer Bundestagsabgeordneten jetzt hinsetzen müssen und ganz konkret auf die Energienetzplanung von der dena und vom Bund schauen müssen, nicht dass wir in Zukunft über vier Systeme, die den Thüringer Wald kreuzen, reden müssen, sondern vielleicht über sechs oder über acht, denn das wäre tatsächlich in keinster Weise akzeptabel. Vielen Dank.

(Beifall CDU, SPD)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat sich der Abgeordnete Adams zu Wort gemeldet.

Abgeordneter Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Lieber Herr Kollege Weber, Sie haben gesagt „nichts Neues“ bzw. das haben Sie gefragt, ja - Fragezeichen, Ausrufezeichen - das Einzige, was hier tatsächlich nicht neu ist, ist Ihr Spruch „nichts Neues“. Dabei merken Sie gar nicht, dass Ihnen die Ministerpräsidentin von der Fahne geht und sagt, wir müssen natürlich neu nachdenken.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(Zwischenruf Abg. Höhn, SPD: Wenn Sie es aber im Kabinett ...)

Das, was wir hier immer eingefordert haben, ist jetzt hartnäckig in Ihrem Nacken angekommen. Sie haben bisher nicht würdigen wollen, dass Bayern - und zwar nicht erst seit Fukushima, sondern lange schon - darüber nachdenkt, seine Windkraftkapazitäten vollumfänglich zu nutzen und deshalb bei Windkraft im Wald zum Beispiel weit vorangegangen ist und damit auch Debatten angestoßen hat, die bis hier herüberschwappen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Herr Kemmerich, vielen Dank, zumindest in Teilen konnte ich Ihnen zustimmen. Wichtig, finde ich, ist es für die FDP, auch ein Stück Klarheit dann hervorzu bringen, wenn Sie selbst immer sagen hier im Landtag, wir müssen über diese Leitung sprechen, sie ist nicht optimal gewählt - so habe ich Sie ver-

standen, immer wieder verstanden -, dann müssen Sie das auf der Bundesebene auch einmal klarmachen und nicht dort auf der Bundesebene GRÜNEN-Bashing und LINKEN-Bashing betreiben und hier im Landtag sagen, natürlich wollen wir den Leuten im Thüringer Wald das nicht zumuten.

Herr Worm, an Sie habe ich eigentlich nur eine Frage: Sind Sie nun dafür oder dagegen, dass diese Anlage gebaut wird?

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Weitere Reden, die einfach nur in Fragen sprechen, helfen den Menschen vor Ort überhaupt nicht weiter. Sie brauchen eine Positionsbestimmung

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

der größten Landtagsfraktion hier in Thüringen. Die bleiben Sie seit Jahren schuldig, weil Sie immer wieder sagen, das sollen doch mal die Planer machen, das soll doch mal dieser oder jener machen, aber wir nehmen hierzu keine exakte Stellung.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, DIE LINKE hat ein Thema auf die Tagesordnung gesetzt, das auf diese Tagesordnung gehört. Starke Eingriffe in unsere Natur und Landschaft brauchen gute Argumente, dies fortzuführen. Die Debatte heute hat wieder gezeigt, dass die guten Argumente wenig vorhanden sind.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn Sie sagen, wir brauchen diese Anlage - ganz klar -, sagen wir, bitte rechnen Sie es vor, so dass wir es nachprüfen können. Die Daten dafür sind bis heute nicht da. Auch wenn es hilft, was 50Hertz jetzt gemacht hat im Internet, in einem Schaubild darzulegen, dass zum Beispiel am 01.04. für eine Stunde die Leitung, über die wir hier sprechen, mit über 70 Prozent belegt war. Das kann man dort nachsehen. Das ist gut, das ist mehr Transparenz, aber der Nachweis, dass wir diese Anlage, diese 380-kV-Leitung brauchen, ist damit keineswegs erbracht. Bürgerbeteiligung - auch in der Debatte mehrfach angesprochen, aber es kann nicht oft genug gesagt werden. Derjenige, der versucht, ein solches Projekt durchzudrücken, indem er sagt, wir setzen Beteiligungs- und Planungsverfahren aus, indem wir ein Beschleunigungsgesetz einfügen und damit nicht mehr nach dem Grund für die Anlage hier konkret vor Ort fragen müssen, wer diesen Weg geht, wird immer eine Watschen bekommen, indem er nämlich überlange Planungszeiträume - und das ist Effekt Ihrer Verweigerungshaltung, dass Sie diese langen Planungszeiträume haben - hat. Er wird auch eine Watschen bekommen des technischen Fortschritts, denn Amprion zeigt es auf. In der FAZ kommentiert, also nicht im ND oder der „Jungen Welt“, sondern in der FAZ, spricht Amprion, ein Netzbetreiber, also auch keine Bl, davon, dass sie ein Verfahren haben, mit dem sie in kürzester Zeit ab 2017 große Mengen von Elektroener-

(Abg. Adams)

gie Punkt zu Punkt übertragen können. Diese Alternativen zu prüfen, nicht mehr und nicht weniger, haben die Bürgerinitiativen hier eingefordert.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dank gilt all denen, die sich hierfür lange engagiert haben. Ich persönlich füge hinzu: Sehr geehrte Frau Enders, vielen Dank für Ihr Engagement an der Stelle, wo auch immer Sie es fortführen werden, wünsche ich Ihnen dafür Erfolg. Vielen Dank.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Frau Enders hat sich für die Fraktion DIE LINKE zu Wort gemeldet.

Abgeordnete Enders, DIE LINKE:

Es ist nicht mehr so viel Zeit, deshalb kann ich nicht alles, was ich gern hier sagen möchte, heute noch sagen, aber eines möchte ich noch richtigstellen. FDP und SPD - wieder mal an mich gerichtet und wieder mal Unterstellungen, dass das jetzt hier Wahlkampf usw. ist.

(Zwischenruf Abg. Barth, FDP: Das war keine Unterstellung, das war eine Feststellung.)

(Zwischenruf Abg. Weber, SPD: Na, was denn sonst.)

Ich muss Ihnen jetzt mal ganz ehrlich sagen, als ich hier gegen diese Leitung schon debattiert und gesprochen habe, war an die FDP noch überhaupt nicht zu denken.

(Beifall DIE LINKE)

Und an Sie, Herr Weber, kann ich mich in dieser Zeit auch nicht erinnern. Herr Weber noch eins, das möchte ich Ihnen auch noch mal konkret sagen: Egal, wie es kommt, sollte ich am 6. Mai tatsächlich Landrätin werden, dann kann ich Ihnen jetzt schon versprechen,

(Beifall DIE LINKE)

dann werde ich auch weiterhin gegen diese 380-kV-Leitung kämpfen, und zwar dann mit den Möglichkeiten, die mir als Landrätin zur Verfügung stehen. Sie können sich dann überlegen, ob Sie mich dabei unterstützen wollen oder nicht.

(Beifall DIE LINKE)

Ich möchte jetzt hier noch mal eines sagen: Die Bürgerinnen und Bürger - das sind keine Neinsager - haben seit 2007 Alternativen auf den Tisch gelegt, haben immer wieder davon gesprochen, wie man Netzoptimierung möglich machen kann. Die Alternativen sind da, sind gegeben. Amprion zeigt das jetzt, macht uns das an dieser Stelle vor. Ich sage Ihnen eins, diese 380-kV-Leitung, sollte sie

denn gebaut werden und wir werden alles versuchen, diese Leitung zu verhindern, das sage ich Ihnen hier auch noch mal mit aller Deutlichkeit

(Zwischenruf aus dem Hause)

- warten wir erst einmal ein Stück ab -, dann ist das ein Relikt der Vergangenheit. Niemand wird mehr in Deutschland noch solche Leitungen bauen, man wird sich auf Optimierung, Netzbau von Netzneubau konzentrieren.

(Beifall DIE LINKE)

Wenn wir über regenerative Energien sprechen, dann müssen wir auch darüber sprechen, dass das fluktuierende Energien sind, dass die eine ganz andere Übertragungsphilosophie haben als die jetzige, die konventionelle Energie,

(Zwischenruf Abg. Höhn, SPD: Wissen Sie auch, wo elektrischer Strom fließt? Wissen Sie das?)

und dann muss man auch über ganz andere Transportmittel, über ganz andere Netze reden. Daran kommen Sie in überhaupt keiner Weise hier auch noch mal vorbei. Ich sage das jetzt noch mal an dieser Stelle: Wir haben jetzt noch die Möglichkeit, diesen Bau aufzuhalten. Die Ministerpräsidentin hat die Zweifel geäußert, sie hat es gesagt. Sie kann also mit den juristischen Möglichkeiten, die ihr das Bundesverwaltungsgesetz hier auch gibt, sagen: Ich will noch mal von Amts wegen eine Überprüfung, ist diese Leitung tatsächlich notwendig. Diese Möglichkeit besteht und sie kann den Beschluss aufheben, auch in einem streitigen Gerichtsverfahren. Ich fordere hier noch einmal auf, dies zu tun. Das ist notwendig, das ist wichtig für die Erhaltung der Umwelt, wenn wir auch wollen, dass dezentrale Energiestrukturen - und hier sprechen wir ja auch immer im Land Thüringen mehrfach nun darüber, dass wir Dezentralität haben wollen in den Städten und Gemeinden, dann müssen wir diese 380-kV-Leitung verhindern und sollten uns mehr auf die Erzeugung regenerativer Energien vor Ort konzentrieren. Danke schön.

(Beifall DIE LINKE)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Herr Ramelow, war das eine Redeanmeldung? Dann für die Fraktion DIE LINKE der Abgeordnete Ramelow.

Abgeordneter Ramelow, DIE LINKE:

Werte Kolleginnen und Kollegen, ich bin schon ein bisschen irritiert, dass das Thema Leitung jetzt auf einmal als Wahlkampfthema von Frau Enders angesprochen wird, während Frau Enders darauf hinweist, dass es einen interessanten Vorgang gibt, dass die Ministerpräsidentin dieses Bundeslandes

(Abg. Ramelow)

vor wenigen Tagen interessante Ausführungen gemacht hat. Ich glaube nicht, dass Frau Enders - lieber Herr Weber, das können selbst Sie mir nicht einreden - nun Wahlkampfunterstützung von der Ministerpräsidentin bekommt.

(Beifall DIE LINKE)

Da habe ich irgendwas falsch verstanden von den Aufrufen der SPD im Ilm-Kreis. Aber jenseits der Frage, wer wen bei Stichwahlen unterstützt, gab es den Vorgang und den fand ich elektrisierend, als ich in der „Süddeutschen Zeitung“ lesen durfte, dass Frau Ministerpräsidentin Lieberknecht klar und deutlich die Frage aufwirft, wenn Bayern und Baden-Württemberg als energieautarke Bundesländer sich aufstellen wollen, dann ist die Frage nach dieser Monstertrasse aktueller, wie sie noch nie war, denn der Bau hat noch nicht begonnen.

(Beifall DIE LINKE)

Und wenn Uwe Höhn fragt: Wie oft noch, wie oft noch? Ich habe ihm einmal eine Alternativtrasse von hier vorn vorgeschlagen. Uwe Höhn, da kannst du jetzt eine Sekunde hinhören. Da habe ich gesagt, dass auf der bestehenden 220-kV-Leitung, die an deinem Haus vorbeigeht, der Umbau auch erfolgen könnte. Da hast du gesagt, ja, dann geht es bei mir am Haus vorbei.

(Zwischenruf Abg. Höhn, SPD: Das hätte ich auch akzeptieren müssen.)

Aber, ich meine, wenn wir auf dem Niveau so weitermachen, Frau Enders hat überhaupt nicht die Frage aufgeworfen, dass diese Leitung nicht bei ihr nicht vorbei soll, sondern sie hat die Frage aufgeworfen, die die Ministerpräsidentin in der letzten Woche öffentlich thematisiert hat. Wenn zwei Nachbarbundesländer ein Energiemanagement von Energieautarkie für ihr Bundesland als Zielvorstellung haben, dann müssen wir doch hier darüber nachdenken, ob wir dann noch unsere Umwelt so verschandeln, wie sie dann verschandelt wird.

(Beifall DIE LINKE)

Diese Frage ist berechtigt, Herr Worm, da gebe ich Ihnen ausdrücklich recht, diese Frage ist aufgeworfen, die müsste beantwortet werden, und zwar ganz nüchtern und rational und mit den ganzen Kennzahlen, die für die Leitung hätten bis heute veröffentlicht werden müssen. Vor einer Woche lese ich, dass die Energiebetreiber jetzt in Zukunft die Leitungsflusszahlen ins Internet stellen wollen jeweils einen Tag danach. Als es im öffentlichen Anhörungsverfahren darum ging, dass die Leitungsflusszahlen vorgelegt werden, sind sie nicht vorgelegt worden. Jetzt sollen sie später mal ins Netz gestellt werden. Die Frage aber ist: Ein Bundesland wie Thüringen - und deswegen finde ich es spannend, wenn Bayern und Baden-Württemberg ankündigen, energieautark sein zu wollen, ich hatte den Minister

Machnig auch immer so verstanden, dass Thüringen das Bundesland sein will, das sich auf eine Eigenenergiebasis stellen will, so dass die Wertschöpfungskette der Energieproduktion endlich in Thüringen bleibt. Also wenn wir das Gleiche tun, was Bayern und Baden-Württemberg ankündigen, dann könnten wir uns doch mal auf die Kernformel verständigen - dezentral, regional und regenerativ.

(Beifall DIE LINKE)

Wenn das die Kernformel wäre und wir dann eine bundesweite Planung hätten, wie jedes Bundesland seine Hausaufgaben macht, dann wäre Thüringen sogar das Land, das dabei der Gewinner wäre, ohne dass wir unsere Flächen durchverkabeln müssten und die Kupferbergwerke in die Luft gehängt werden mit immer teureren Anlagen. Die Leistungsgrenzen sind doch jetzt schon erreicht, die dieses System bisher zugelassen oder gebremst haben. Aber auch an der bestehenden Trassenführung und an den bestehenden Trassen, an den vorhandenen Trassen hätte es jetzt schon eine Leitungsoptimierung geben können, die zukunftssträchtig ist. Jetzt kommt noch die HGÜ-Technologie dazu, entwickelt an der Universität Ilmenau. Dort gibt es einen ganzen Forschungsverbund, der sich nur um Hochleistungsstromübertragung kümmert.

Ich hatte ein Gespräch, als Herr Neldner noch bei 50 Hertz war, da hat er mir erzählt, dass sie jetzt eine Modellanlage für das Baltikum auf HGÜ-Technik planen. Da habe ich ihn an die Uni Ilmenau verwiesen. Die Forscher haben wir hier. Das heißt, die gleichen Leute, die uns die traditionelle Leitung hier reinstellen, sind längst damit beschäftigt, HGÜ-Technologie in anderen Regionen Europas auf den Weg zu bringen. Da ist doch die Frage, wenn jetzt der erste Netzbetreiber, nämlich Amprion, sagt, wir können bei bestimmten Querungen mit der HGÜ-Technologie arbeiten, dann kostet das Umsetzen des Stroms beim Einspeisen und Entnehmen entsprechend mehr Geld. Aber es verschandelt viel, viel weniger die Natur und wenn wir dann auf großen Strombrücken HGÜ-Technologie mit einsetzen würden, hätten wir Alternativen zu dem, was da ist. Das ist noch nie so aktuell gewesen wie zurzeit. Amprion war letzte Woche, die Äußerung von Frau Ministerpräsidentin war letzte Woche und die Ankündigung von Flusszahlen war auch letzte Woche.

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Herr Abgeordneter Ramelow.

Abgeordneter Ramelow, DIE LINKE:

Noch aktueller geht es gar nicht. Frau Enders, ich brauche dich eigentlich hier, damit du hier weiter gegen solche Monsterleitungen kämpfst.

(Beifall DIE LINKE)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Herr Weber, das war eine Wortmeldung? Da müssen wir jetzt einmal sehen, wie lange die Landesregierung spricht, falls sie spricht. Herr Staatssekretär Staschewski, bitte für die Landesregierung.

Staschewski, Staatssekretär:

Meine sehr geehrten Damen und Herren, werte Abgeordnete, liebe Frau Enders und alle, die jetzt Presseberichte zitiert haben, ich kann jetzt einmal erzählen, was die Ministerpräsidentin im Kabinett gesagt hat. Sie hat gesagt, mitnichten ist die Interpretation so zu verstehen oder ist sie richtig wiedergegeben, dass sie sich da abwendet von dieser Leitung, sondern die Landesregierung steht zur 380-kV-Leitung.

(Zwischenruf Abg. Enders, DIE LINKE: In drei Zeitungen hat sie das gesagt.)

Insofern, Herr Ramelow, das ist eine klare Aussage der Landesregierung und wir brauchen die auch. Auch was Sie in den Presseberichten immer lesen, man kann natürlich einmal hypothetisch diese Frage durchdenken. Wenn wir eine absolute Autarkie haben in den einzelnen Ländern und wir bräuchten diese Vernetzung nicht mehr, ja das wäre ein Märchen. Das wäre schön. Das wird aber so schnell nicht kommen.

(Zwischenruf Abg. Ramelow, DIE LINKE: Frau Lieberknecht erzählt Märchen? Herr Staschewski, ich bitte Sie! Nie würde Sie das tun.)

Wir brauchen im Moment diese Leitung und nicht nur im Moment, sondern auch in absehbarer Zukunft, denn eines ist auch ganz klar, weder hat sich die Gesetzeslage bisher geändert noch ist die energiewirtschaftliche Notwendigkeit dieser Leitungen entfallen. Frau Enders, da können Sie jetzt noch fünfmal sagen, wir müssen das noch einmal anschauen - es gibt ein Gutachten von verschiedenen Leuten, wir haben ausführlich diskutiert, wir haben hier im Landtag am 18. Mai Expertenanhörungen gemacht und hier haben unterschiedliche Perspektiven Stellung zu dem Projekt genommen. Das alles ist geschehen.

Und die angehörten Fachleute haben sich dabei fast ausnahmslos für das Leitungsvorhaben ausgesprochen. Die Landesregierung bzw. der Freistaat Thüringen besitzt bei diesem Vorhaben, und das wissen Sie auch genau, keine wirkliche Handlungs- und Gesetzgebungskompetenz,

(Zwischenruf Abg. Enders, DIE LINKE: Aber die Entwicklung ist doch weitergegangen in der Zeit.)

sondern die 380-kV-Leitung durch den Thüringer Wald ist per Bundesgesetz angeordnet worden und es ist laut Energieleitungsausbaugesetz vorrangi-

ges Projekt von europäischem Interesse. Was Sie wollen und was wir alle wollen, das stimmt - Transparenz. Obwohl wir den Prozess vor Ort faktisch nicht beeinflussen können, wollen wir Ihnen doch darstellen, warum diese Leitung notwendig ist. Erstens ist es geschehen im Planfeststellungsverfahren. Das Thüringer Landesverwaltungsamt hat in der Genehmigung im Rahmen des Planfeststellungsverfahrens substantiiert begründet, warum die Leitung energiewirtschaftlich notwendig ist. Zweitens stellt der Übertragungsnetzbetreiber 50Hertz mittlerweile wirklich alle Lastflussdaten ein. Das verstehe ich jetzt nicht. Das haben Sie immer gefordert, jetzt sagen Sie, es ist nicht ausreichend.

(Zwischenruf Abg. Enders, DIE LINKE: Haben Sie die Lastflussdaten geprüft?)

Er stellt diese Lastflussdaten ins Internet ein. Damit ist es nunmehr für jedermann nachvollziehbar, auch für Sie, wenn man es lesen will, welche massiver Auslastung insbesondere auch die 380-kV-Leitung Remptendorf-Redwitz unterliegt, zu deren Entlastung die in Aussicht genommene Süd-West-Kuppelleitung wesentlich beitragen soll. Ich sage Ihnen eines: Hätten Sie die Verantwortung als Energiestaatssekretärin oder Energieminister, würden Sie sich sehr wohl überlegen, ob Sie sich dagegenstellen. Weil, wenn dann irgendwann mal die Lichter ausgehen nicht nur in Thüringen, dann sind Sie nämlich dafür verantwortlich, wenn Sie das dann boykottieren. Ich will diese Verantwortung nicht tragen. Ich nehme diese Verantwortung wahr.

(Beifall CDU, SPD, FDP)

Wir sind hier durch diese Remptendorf-Redwitz-Angelegenheit, nicht nur was Thüringen anbelangt, sondern es betrifft Bayern,

(Unruhe DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

das betrifft Brandenburg, Sachsen-Anhalt, Sachsen, Berlin, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen und Hamburg.

(Zwischenruf Abg. Enders, DIE LINKE: Das ist falsch.)

Ich möchte Ihnen gerne noch ein paar Zahlen aus dem letzten Jahr nachliefern. Im Dezember 2011 war die Bestandsleitung bis auf die Feiertage täglich überlastet, in Spitzenzeiten bis zu 120 Prozent. Würde eines der beiden parallelen Übertragungssysteme ausfallen, hätte das verbleibende System in der Spitze bis zu 3.200 Ampere transportieren müssen. Ähnlich dramatische Werte lassen sich für März 2012 nachweisen und können über die Internetplattform abgerufen werden. Wem das nicht genügt, der muss einfach mal reinschauen und die Zahlen in Ruhe anschauen.

Gegenwärtig liegt der Planfeststellungsbeschluss des Landesverwaltungsamts vom Februar dieses

(Staatssekretär Staschewski)

Jahres dem Bundesverwaltungsgericht zur gerichtlichen Prüfung vor. In einem Rechtsstaat ist es geübte Praxis und ein ganz gewöhnlicher Vorgang. Daraus kann man übrigens keine Rückschlüsse im Hinblick auf mögliche Mängel ziehen und ableiten. Das Bundesverwaltungsgericht hat auch keinen Baustopp angeordnet, wie das teilweise behauptet wird.

(Zwischenruf Abg. Enders, DIE LINKE: Ein vorläufiger Baustopp ist verhängt worden.)

Hierüber ist noch gar nicht entschieden worden. Stattdessen haben die Richter den Vorhabensträger lediglich gebeten, vor Abschluss des Eilverfahrens die Errichtung der Leitung vorerst nicht weiterzubetreiben. Das ist ein Unterschied.

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, für das Gelingen der Energiewende sind neue Netze zum Transport des regenerativ erzeugten Stroms von entscheidender Bedeutung. Dies gilt im Übrigen sowohl für das Übertragungsnetz als auch für die Verteilnetze. Und uns hier in Thüringen betrifft diese Problematik aufgrund seiner Lage eben zwischen den Erzeugungsschwerpunkten im Norden. Erst heute oder gestern gab es wieder die Meldung: Massiver Ausbau der Offshore-Anlagen wird von der Bundesregierung angestrebt. Das heißt, dieser Erzeugungsschwerpunkt im Norden soll noch ausgebaut werden und der Verbrauchsschwerpunkt im Süden in besonderer Weise. Gerade deshalb brauchen wir diese 380-kV-Leitung. An dieser Notwendigkeit - das ist auch ein Märchen, man muss mal ein bisschen die Fakten vor Augen halten - ändern doch auch nicht die Pläne Bayerns und Baden-Württembergs nichts, die sich mehr oder weniger ambitioniert den Ausbau von Erneuerbaren auf die Fahne schreiben - müssen die ja auch. Indem die Atomkraftwerke, Gott sei Dank, abgestellt werden, müssen die natürlich auch die Erneuerbaren ausbauen. Welche Erzeugungskapazitäten wann und wo errichtet werden, ist doch heute noch gar nicht in diesem Maße absehbar. Konkret belegt und bezifferbar ist aber der Übertragungsbedarf zwischen den einzelnen Regionen in Deutschland. Dieser Bedarf, diese Analyse spricht eindeutig für den Bau.

Im Übrigen, um das auch noch mal klarzumachen, das sieht Bayern auch so. Der Staatsminister für Wirtschaft, der zuständig ist in Bayern, Herr Zeil, hat sich erst jüngst in einem Brief an unseren Wirtschaftsminister Machnig gewandt und noch mal aus Sicht Bayerns auf die Bedeutung der 380-kV-Leitung für den Freistaat Bayern hingewiesen. Also auch die Bayern sehen das so, und wir haben einen Brief von Herrn Zeil, wo er noch mal deutlich macht, wie wichtig dieser Ausbau ist, dieser Rempendorf-Redwitz-Engpass, dass der aufgehoben wird. Es gibt also gar keinen Grund dafür, das klare Bekenntnis zum Bau der Hochspannungsleitung seitens der Landesregierung in Zweifel zu ziehen.

Ich bitte hier um etwas weniger Emotion, mehr sachliche Diskussion und Faktenschau, so wie wir das eigentlich auch geübt haben im Mai hier, als die Experten angehört wurden. Ich glaube, da war das Ergebnis eindeutig. Herzlichen Dank.

(Beifall CDU, SPD)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Für alle Abgeordneten, die noch Redewünsche haben, der Herr Staatssekretär hat seine Redezeit unterschritten. Demzufolge gibt es keine Redezeit mehr für die Abgeordneten und ich schließe diesen Teil der Aktuellen Stunde.

Ich rufe auf den letzten und **fünften Teil**

e) Aktuelle Stunde auf Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Thema: „Kostenwahrheit am Treibstoffmarkt schaffen - Dieselsteuer harmonisieren!“

Unterrichtung durch die Präsidentin des Landtags
- Drucksache 5/4383 -

Frau Abgeordnete Schubert erhält das Wort.

Abgeordnete Schubert, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, weniger Emotionen, mehr Sachlichkeit, das ist genau das, was wir auch für dieses Thema brauchen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die EU-Kommission hat den Vorschlag gemacht, Kraftstoffe europaweit in Zukunft nach ihrem Energiegehalt zu besteuern. In Deutschland umgesetzt, würde das endlich einen längst überfälligen Subventionstatbestand reformieren, der 60 Jahre alt ist. Zu diesem Thema übt sich der Verkehrsminister in Populismus, in gnadenlosem Populismus muss man sagen. Ich verweise auf die Pressemitteilung, wo er zum x-ten Male die Benzinpreisbremse in den Himmel jubelt, um in der gleichen Pressemitteilung mit zwei knappen Sätzen diesen Vorschlag, der in Gänze noch nicht mal auf dem Tisch liegt, abzulehnen. Das eine hat mit dem anderen gar nichts zu tun. Das sind zwei völlig unterschiedliche Dinge. Man würde eine Verbindung finden und die mache ich jetzt mal. Die Benzinpreisbremse ist keine, das wissen Sie auch. Wir haben diesen Ansatz immer begrüßt im Sinne des Verbraucherschutzes, aber dass dadurch Benzin billiger wird, ist ein Trugschluss. Das zeigen auch die Erfahrungen mit dem österreichischen Modell. Sie erreichen dadurch weniger Stress für Kundinnen und Kunden der Tankstellen, die sich in Zukunft dann eben nur noch einmal am Tag darauf einstellen müssen, dass die

(Abg. Schubert)

Benzinpreise angehoben werden. Allerdings ist die ablehnende Haltung zu dem Vorschlag der Dieselbesteuerung eine Bremse, und zwar eine Innovationsbremse für die Automobilindustrie.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der Automobilstandort Deutschland, wenn man ihn so bezeichnen will, nimmt dadurch Schaden. Im Grunde genommen ist es eine rein steuerrechtliche Frage, und insofern wäre ich interessierter daran - Herr Voß ist ja auch da -, was der Finanzminister dazu ausführt und nicht der Herr Carius, der sich offensichtlich in der Nähe von Tankstellen von seinen Emotionen immer sehr wegtragen lässt.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das Gleiche gilt allerdings auch für seinen Kollegen aus dem Wirtschaftsressort, wie ich vorhin erfahren musste. Herr Carius ist nicht da, aber ich sage es trotzdem, man möge es ihm zutragen: Solche Äußerungen sind mit verantwortlich dafür, dass die Leute sich von Europa abwenden, dass wir Euro-paskepsis haben, dass es heißt,

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

was von Europa kommt, kann man sowieso vergessen. Das finde ich hochgradig gefährlich. Diese Subventionierung von Diesel war ursprünglich dafür gedacht, das Transportgewerbe zu unterstützen, und zwar nur das Transportgewerbe. Heute sind knapp die Hälfte der Fahrzeuge, die im privaten Gebrauch sind, Dieselfahrzeuge. Um diesen Fehler zu korrigieren, hat man auch die Kfz-Steuer wiederum für Dieselfahrzeuge angehoben. Also man hat versucht, einen Fehler mit einem zweiten Fehler zu korrigieren. Das ist auch klar, wenn dieser Vorschlag umgesetzt würde, nämlich Diesel so zu besteuern, dass man die Steuer konsequent am Energiegehalt und den CO₂-Emissionen ausrichtet, dann heißt es auch, dass wir die Kfz-Steuer für Dieselfahrzeuge natürlich erniedrigen. So stellt man einen transparenten und möglichst fairen Wettbewerb dar. Den haben wir bis jetzt nicht in diesem Bereich. Dieser nicht vorhandene Wettbewerb führt auch dazu, dass das erste Hybrid-Fahrzeug bei Toyota vom Band gelaufen ist und nicht beispielsweise bei Opel.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Leider ist die Debatte dazu sehr undifferenziert und wird vor allem von Argumenten der Automobilindustrie und des ADAC dominiert. Lesen Sie sich das Interview mit Herrn Dudenhöffer durch, ich glaube, niemand wird hier bestreiten, dass diesem Automobilexperten das Wohl des Automobilstandorts am Herzen liegt. Und Herr Dudenhöffer sagt, dieser Vorschlag der EU-Kommission ist genau das, was wir brauchen für die Automobilindustrie. Der Vorschlag ist richtig.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Was wurde damals geschrien, als der Katalysator eingeführt wurde. Der Untergang des Automobilstandortes wurde beschworen, genauso wie bei der Einführung von bleifreiem Benzin. Und was ist passiert? Gar nichts ist passiert. Niemand würde bestreiten, dass das richtige Entscheidungen waren, die nur Vorteile haben. Insbesondere enttäuscht bin ich auch, dass gerade die Sozialdemokraten zu Felde ziehen gegen diesen Vorschlag. Gleichzeitig wird - und das passt überhaupt nicht zusammen - in Ilmenau - Herr Machnig preist es ja auch an - das Automobilzentrum gefördert, die an alternativen Antriebstechnologien forschen. Wie konsequent ist das denn, wenn man auf der anderen Seite den Wettbewerb dafür nicht herstellt, der genau diese Anreize auch liefern würde? Und was Investitionssicherheit angeht, dieser Vorschlag würde in 10 Jahren greifen. Fragen Sie mal die Solarindustrie, was sie von Innovationssicherheit in diesem Land hält. Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Für die CDU-Fraktion hat der Abgeordnete Kowalleck das Wort.

Abgeordneter Kowalleck, CDU:

Meine sehr geehrten Damen und Herren, gestern war ich auch zum 1. Mai unterwegs. In Saalfeld ist es mittlerweile seit drei Jahren Tradition, dort ein Seifenkistenrennen zu veranstalten. Wenn ich die Ausführungen von Frau Schubert höre, ist das wahrscheinlich auch so ein bisschen die Vorstellung der Zukunft der BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

(Zwischenruf Abg. Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ist das alt.)

Ich muss aber auch sagen, ich habe eine Veranstaltung im Saalfelder Schlosspark besucht, die traditionell dort von Parteien und Gewerkschaften durchgeführt wird. Viele von Ihnen haben das ja heute schon in der Debatte mitbekommen, immer wieder ist hier in den Redebeiträgen die Sorge um den Arbeitsstandort Thüringen angesprochen worden. Auch diese Aktuelle Stunde hat etwas damit zu tun, denn viele Arbeitnehmer sind eben auf das Auto angewiesen. Die gewaltigen finanziellen Belastungen für die Mobilität werden auch immer mehr zum Problem.

(Zwischenruf Abg. Bärwolff, DIE LINKE: Deshalb fahrscheinfreie ÖPNV.)

Es wurde eben angesprochen, die EU-Kommission schlägt vor, dass Kraftstoffe künftig einheitlich nach ihrer Energiedichte und ihrem CO₂-Ausstoß besteuert werden sollen. Das bedeutet, dass Diesel höher besteuert werden muss, da 1 l Dieseldieselkraftstoff energiereicher ist als 1 l Benzin. Verbraucher und Un-

(Abg. Kowalleck)

ternehmen sollen so motiviert werden, auf umweltfreundlichere Kraftstoffe umzusteigen.

Die Kommission hat aber auch in der aktuellen Diskussion schon ihre Vorstellungen abgemildert, indem die Übergangsfrist vom Jahr 2020 auf das Jahr 2023 geändert wurde. Ich muss aber auch sagen, Sie sprechen hier die Europaskepsis an. Es muss da aber festgehalten werden, dass die Pferde, die in Brüssel gesattelt werden, nicht immer von uns geritten werden müssen. Da verstehen wir an dieser Stelle nicht die Haltung der GRÜNEN. Kennen Sie überhaupt die Konsequenzen Ihrer Forderung? Die Kostenwahrheit für den Bürger sehen Sie doch jeden Tag an der Tankstelle und da kann man in diesem Zusammenhang ganz und gar nicht von Harmonie sprechen. Eine Anhebung des Dieselsteuersatzes um bis zu 22 Cent ist kontraproduktiv. Eine Änderung des Dieselsteuersatzes schadet nicht nur dem Standort Deutschland, nein, das schadet insbesondere auch dem Automobilstandort Thüringen. Die wirtschaftlichen Auswirkungen auf den Automarkt sind hierbei nicht absehbar.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Autofahrer dürfen nicht länger als Sündenböcke und Melkkuhe der Nation betrachtet werden.

(Beifall CDU, FDP)

Nichts anderes stellt die Unterstützung zur Erhöhung der Dieselsteuer durch die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dar. Die CDU-Fraktion im Thüringer Landtag lehnt diesen Vorstoß strikt ab. Den EU-Plänen dürfen wir einfach nicht zustimmen. Selbst die Mehrheit der EU-Abgeordneten lehnt eine höhere Besteuerung von Diesel ab. Das zeigt die Plenarsitzung im vorigen Monat. Wir sind verpflichtet, uns für den Standort Deutschland einzusetzen. Eine Lenkungsfunktion für den Umstieg umweltfreundlicherer Fahrzeuge erreichen wir nur durch gezielte Förderung und nicht durch Strafsteuern. Die Gestaltung der Steuer sollte auch zukünftig den Mitgliedsländern überlassen werden.

Erinnert werden muss hier an dieser Stelle auch an die Auswirkungen für die Logistikbranche. Die Lkw fahren bekanntlich mit Diesel und damit hat eine Verteuerung extreme Auswirkungen nicht nur für die Wirtschaft, sondern auch für den Bürger. Die Folgen für die Beschäftigung habe ich bereits eingangs angesprochen. Wichtiger als die Forderung der GRÜNEN ist die Umsetzung der Vorschläge von Minister Carius zur Stabilisierung der Benzinpreisentwicklung. Hier kann für die Endverbraucher Transparenz und Stabilität am Benzinmarkt vorangetrieben werden. Dies muss aktuell klar im Vordergrund stehen. Hierbei unterstützen wir den Weg von Minister Carius zu fairen und transparenten Spritpreisen.

Meine Damen und Herren, wie titelt heute auch Stern online „Kabinett bekämpft Benzinabzocke“.

Die Bundesregierung geht gegen höhere Benzinpreise vor. Das Bundeskabinett hat einem Gesetzentwurf zur Einrichtung einer neuen Meldestelle zur Preisentwicklung zugestimmt. Damit soll eine strengere Aufsicht über die Entwicklung der Benzinpreise gewährleistet werden. Hier sehen wir den richtigen Weg, den sollten wir weiter beschreiten und nicht mit Phantasieforderungen weiter gegen unseren Standort Thüringen vorgehen.

(Beifall CDU)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Für die Fraktion DIE LINKE hat Frau Abgeordnete Dr. Lukin das Wort.

Abgeordnete Dr. Lukin, DIE LINKE:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren, ich möchte jetzt nach dem gegebenen Redebeitrag noch mal zwei Vorbemerkungen machen.

1. Man kann nicht Klimaschutz fordern und dann jeden Lösungsansatz im Verkehr verunglimpfen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

2. Ich habe irgendwie so ein bisschen das Gefühl, dass diese lediglich 13-seitige EU-Richtlinie, die heißt auch noch „Intelligenter Energiebesteuerung in der EU - Vorschlag für eine Änderung der Energiesteuerrichtlinie“, nicht gelesen wurde.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie kann man denn sagen, dass eine Dieselsteuererhöhung um 22 Prozent geplant ist? Wenn wir jetzt nur mal anschauen, was beispielsweise die gegenwärtige EU-Richtlinie von 2003 vorsieht: 33 Cent Dieselsteuer. Meine Damen und Herren, wir sind bereits bei 47 angelangt.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Von der EU gefordert bis 2018 sind lediglich 41 Cent. Ich weiß nicht, warum irgendwo jetzt ein bisschen Panik gemacht wird in den Redebeiträgen. Ganz so schlimm sind die Forderungen, die erhoben werden, nicht.

(Zwischenruf Abg. Schubert, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Weil es opportun ist.)

Mich wundert auf der anderen Seite - dazu kommen wir noch - die EU verlangt gar keine Mehreinnahme seitens Deutschlands oder der anderen Länder, sondern lediglich eine Umverteilung.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir könnten doch, um das Abstandsgebot einzuhalten, mal die Steuer für Benzin senken. Ich meine, das ist sicher nicht im Sinne des Finanzministers, aber das wäre doch zumindest mal ein Lösungs-

(Abg. Dr. Lukin)

weg, um auch die EU-Richtlinie mit umzusetzen. Wenn die Ministerpräsidentin mitteilt, dass man gegen eine einheitliche Mindestbesteuerung von Diesel in Europa sei, der Diesel könnte dadurch teurer werden, also teurer als in Deutschland - das ist schwierig,

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

und mit der Besteuerung eigentlich fast gar nicht möglich, zumindest nicht bis 2018.

Jetzt wollte ich aber noch mal kurz Luft holen und anfangen beim Weißbuch für einen wettbewerbsfähigen und nachhaltigen Verkehrssektor. Denn während auf dem Gebiet der Industrie, der Energie und der Haushalte eine Senkung der klimaschädlichen Emissionen zu verzeichnen ist, hat der Verkehr seit 1990 um 30 Prozent bei dem Emissionsausstoß für die Klimaschädigung zugelegt. Dass etwas gemacht werden muss in Europa, ich glaube, da sind wir alle d'accord, aber da müsste man auch irgendwo anfangen. Wenn wir jetzt sehen, dass weder das Reduktionsziel erreicht wurde noch die Benachteiligung umweltfreundlicher Verkehrsträger beendet wurde - nehmen wir als Beispiel die Bahn, die im Vergleich zum Flugzeug belastet ist mit Energie- und bei Grenzüberschreitung mit einer Mehrwertsteuer -, dann sollten wir uns auch mal überlegen, wie wir hier an diesen Vorschlag der EU einigermaßen sachlich und zumindest auch nachhaltig herangehen. Dass er abgelehnt wurde, war schon gesagt worden. Es ist eigentlich relativ schwierig. Natürlich ist die Transportbranche weitestgehend auf Dieselmotor, aber wir könnten doch auch einmal darüber reden, wie man eventuell Verkehrsentlastung herbeiführen würde, oder wie man beispielsweise auch die Autoindustrie soweit fördern würde, dass sowohl der Diesel- als auch der Benzinverbrauch gesenkt wird. Über diese Debatte wird hier in Thüringen relativ mit Stillschweigen hinweggegangen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn wir uns noch mal die EU-Richtlinie ansehen, dort sind auch gezielte Subventionen für einkommensschwache Haushalte oder bzw. dann auch für Verkehrsträger durchaus mit vorgesehen, weil es das Steuerthema sozusagen aufkommensneutral behandelt. Es wird lediglich darüber geredet, dass es nicht so, wie in Deutschland sein kann, dass die Benzinsteuer wesentlich höher ist als die auf Diesel. Gut, über Lösungswege hatten wir nicht weiter gesprochen, aber wir könnten ja auch mal in die Diskussion einsteigen. Dann gehört auch zur Kostenwahrheit mit dazu, dass wir über Regionalisierung der Produktion nachdenken, über Verkehrsvermeidung, über Verlagerung der Mobilität auf andere Verkehrsträger, nicht nur auf den Individualverkehr, über Vernetzung von Schiene, Lkw und Individualverkehr oder auch die Nutzungseffizienz

von Verkehrsträgern diskutieren. Ich denke, da sollte zumindest auch diese abgelehnte EU-Richtlinie uns einen Anreiz dafür bieten, dass wir auch zu etwas globaleren Fragen bei Verkehr, Verkehrsvermeidung, Verkehrsverlagerung kommen. Es trifft ja bei Diesel nicht nur die CO₂-Emissionen oder die Energiebilanz. Auch bei Diesel haben wir das Problem Feinstaub, haben wir das Problem Lärm, haben wir das Problem, wenn wir über Autos reden, notwendige Straßensanierung durchzuführen und, und, und. Ich denke, wenn wir die Diskussion aufmachen und da hatte ich eigentlich gehofft, dass wir noch etwas breiter in die Debatte kommen, als nur über Dieselsteuerharmonisierung zu reden, Kostenwahrheit beim Verkehr beinhaltet auch Maßnahmen über Verkehrsvermeidung, Mobilitätsvernetzung ...

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Frau Abgeordnete!

Abgeordnete Dr. Lukin, DIE LINKE:

... und ich wünsche mir, dass wir das in Zukunft mehr betreiben und dass wir eigentlich unaufgeregt über 13-seitige EU-Vorschläge, die nicht einer großen Logik entbehren, reden.

(Beifall DIE LINKE)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Für die FDP-Fraktion hat sich der Abgeordnete Untermann zu Wort gemeldet.

Abgeordneter Untermann, FDP:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, beim ersten Lesen Ihrer Aktuellen Stunde, meine sehr geehrten Damen und Herren von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, „Kostenwahrheit am Treibstoffmarkt schaffen - Dieselsteuer harmonisieren!“ habe ich mich gefragt, in welche Richtung das wohl geht. Erst habe ich gedacht, bei Kostenwahrheit kann man sich ja mit etwas Fantasie noch etwas ausmalen, aber ich dachte dann so, hat das was mit Blümchen zu tun, mit Flower Power oder ich habe auch noch bei Google eine Definition gefunden, wenn die Hormone stimmen, dann stimmt auch die Harmonie.

(Heiterkeit im Hause)

Weit gefehlt! Ich glaube, die Wahrheit liegt doch nur darin, dass Sie die Steuern erhöhen wollen und das ist doch geschickt versteckt in diesem Thema.

(Beifall FDP)

Das haben Sie ja auch schon in Ihrer Pressemitteilung heute so ein bisschen, aber noch nicht alles gesagt.

(Abg. Untermann)

Bei dem Thema Kostenwahrheit am Treibstoffmarkt trennen uns inhaltlich Welten, um das mal ganz einfach zu sagen. Wir fordern generelle Transparenz und ein Ende der Preisspirale an den Tankstellen. Das ist nicht leicht, das wissen wir. Da hilft auch nicht ein australisches Modell oder ein österreichisches Modell, es gibt auch noch ein luxemburgisches Modell, sicherlich auch die Pendlerpauschale, aber wir müssen alles versuchen, um da was zu tun, um da was zu regeln. Das Grundübel liegt aber hier nicht allein bei diesen Dingen, die wir hier aufzählen. Das Grundübel ist, dass wir heute wieder einen „VEB Minol“ haben in Deutschland. Das sind die fünf großen Konzerne, die einen einzigen Preis festlegen und da kann kein Wettbewerb entstehen.

(Beifall FDP)

Wenn da nichts passiert, können wir mit den Tankstellen schimpfen und da haben die Tankstellen auch wieder mal die Möglichkeit, in den Wettbewerb einzutreten und die Preise selbst zu bestimmen und nicht nur vom Bier und von der Butter, die sie verkaufen, oder die Brause, ihr Einkommen zu bekommen.

Einer Pressemitteilung nach hat sich jedoch der Individualverkehr trotz teurer Kraftstoffpreise nicht verringert, denn die Bürger brauchen das Auto, um an ihre Arbeit zu kommen.

(Beifall FDP)

Das ist natürlich wieder ein Grund, wo man über die Pendlerpauschale nachdenken müsste, nur mal als Gedankenanstoß.

Aber nun zurück zum Thema Ihrer Aktuellen Stunde. Im April 2012 hat das EU-Parlament in Straßburg den Vorschlag der Kommission abgelehnt, berechtigterweise und das finde ich auch gut so.

(Beifall FDP)

Verfolgt man die Entwicklung der Endverbraucherpreise für den Kraftstoff in den letzten fünf Jahren, so stiegen die Benzinpreise um ca. 21 Cent und die Dieselpreise um ca. 35 Cent kontinuierlich, manchmal mehr oder weniger an, manchmal waren ja die Dieselpreise bis auf 3, 4 Cent an den Benzinpreis rangekommen. Das habe ich auch nicht verstanden, wieso das funktioniert. Weil 1 Liter Dieseldieselkraftstoff energiereicher ist als 1 Liter Benzin und mehr CO₂ ausstößt, müsste die Mindeststeuer für Diesel etwa um 9 Prozent über dem Benzin liegen. Diese Regelung hätte zur Folge, dass der Dieselpreis um weitere 22 Cent brutto steigen würde. Wer hätte das Nachsehen bei einer Erhöhung der Dieselsteuer? Transportunternehmen, Busunternehmen und alle anderen, die Dieselfahrzeuge fahren. Das sind ja nicht nur Transportunternehmen, das sind auch Menschen wie wir alle.

(Beifall FDP)

(Zwischenruf Abg. Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Carsharing-Nutzer.)

Wohin wird das führen, dass das für diese Unternehmen in die Höhe geht und auf alle Endverbraucher herunterbricht. Alles wird wieder teurer. Außerdem - ein kleines Beispiel - haben Spediteure beim Kauf von Lkw mit E5- und E6-Norm einen Mehrkostenaufwand. Diese Lkw verbrauchen nachweislich mehr Diesel, also entstehen weitere Mehrkosten für das Unternehmen. Das kommt daher, weil so viel Mechanik in den Lkw steckt, die diese 4/5 Liter pro 100 km ausmachen und im Endeffekt steigt dann wieder der CO₂-Ausstoß, weil es ja 5/6 Liter pro 100 km mehr sind, etwas an. Wir drehen uns da auch ein bisschen im Kreis, was man nicht versteht.

Nun frage ich Sie, was bringt das den Spediteuren? Was bringt das der Umwelt? Man kann sich wirklich überzeugen, dass gerade auf dem Gebiet, wir haben das am Samstag bei der Thüringer Jahresendversammlung gesehen, diese Lkws sind schon so sauber, die gibt es auf der ganzen Welt nicht noch mal. Wir setzen immer wieder noch eins drauf auf die Autofahrer, das ist nicht zu verstehen.

(Beifall FDP)

Bestraft sind nicht nur die Logistikunternehmen, sondern auch die Automobilindustrie, denn Deutschland ist ein führender Hersteller von effizienten Dieselmotoren. Das nur mal zu Ihrer Kenntnis, Frau Schubert, was Sie von Opel und anderen Unternehmen ... Mir wäre ein Auto mit 3 Liter lieber, was 3 Liter Diesel verbraucht, als wenn ich jetzt noch was anderes mache.

Somit ist hier eine negative Entwicklung vorauszu sehen und wir wollen eine solche wirtschaftliche Entwicklung nicht, da sage ich Nein. Mobilität muss für jedermann in Deutschland bezahlbar bleiben und dafür steht die FDP.

(Beifall FDP)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Für die SPD-Fraktion hat der Abgeordnete Dr. Pidde das Wort.

Abgeordneter Dr. Pidde, SPD:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, die Europäische Kommission hat unter Federführung des Kommissars für Steuern und Zollunion die Diskussion angestoßen, Kraftstoffe ab etwa 2023 nach ihrem Energiegehalt und nach ihrem CO₂-Austausch zu besteuern.

(Zwischenruf Abg. Siegesmund, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Herr Pidde hat es gesehen.)

Aus Sicht der SPD-Fraktion, meiner Fraktion, ist es wichtig, eine Vergleichbarkeit der Energieträger

(Abg. Dr. Pidde)

herzustellen. Es geht dabei darum, in Zukunft die ökologisch richtigen Anreize zur Energienutzung zu setzen. Die Diskussion hier genauso wie die Diskussion in den zurückliegenden Wochen hat aber gezeigt, dass notwendige und vernünftige Diskussionen einfach einen richtigen oder einen falschen Zeitpunkt finden. In Zeiten ständig steigender Spritpreise reagieren die Menschen allerdings zu Recht gereizt auf alles, was den Anschein erwecken könnte, sie würden zusätzlich zur Kasse gebeten. Und wenn dann noch Populismus und Parteitaktik in so eine Diskussion hineinspielen, dann ist ein durchaus diskussionswürdiger Ansatz sehr schnell zerredet.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, der Hintergrund ist hier im Wesentlichen dargestellt worden. Es geht darum, dass 1 Liter Diesel einen höheren Energiegehalt hat als 1 Liter Benzin und dass er die Umwelt und das Klima stärker belastet. Dem will die Europäische Kommission Rechnung tragen mit ihrem Richtlinienentwurf zur Energiebesteuerung. Aufgrund dieser Basis soll die empfohlene Dieselbesteuerung von heute 33 Cent pro Liter auf etwa 41 Cent pro Liter im Jahr 2023 steigen. Wir haben aber schon heute - das ist ja schon gesagt worden - in Deutschland pro Liter Diesel 47 Cent Steuern zu zahlen, so dass sich, wenn der EU-Richtlinienentwurf greifen würde, in den nächsten 10 Jahren bei uns sich überhaupt nichts am Preis von Diesel verändern würde. Hier sieht man eben, wie der Populismus in die Diskussion eingreift, das gilt für die CDU genauso wie für die FDP, die auf Bundesebene die Desinformationskampagne starten, jetzt würde Diesel wesentlich verteuert durch diesen Entwurf. Das ist mitnichten der Fall.

Meine Damen und Herren, am Donnerstag vor einer Woche hat das Europäische Parlament eine Stellungnahme zu dem besagten Richtlinienentwurf verabschiedet. Die Sozialdemokraten haben im Ausschuss für Wirtschaft und Währung - wie er dort heißt - und im Plenum dafür gesorgt, dass das Parlament in seiner Stellungnahme eine Abänderung des Richtlinienentwurfs fordert. Angenommen wurde der Vorschlag der EU-Kommission für eine EU-weite einheitliche Grundlage für die Besteuerung von Energie. Abgelehnt wurde allerdings der Vorschlag, Regularien zu beschließen, die in ferner Zukunft zu einer obligatorischen EU-weiten Erhöhung der Dieselbesteuerung geführt hätte.

Meine Damen und Herren, die Dieselbesteuerung wird weiter Thema der Diskussion bleiben. Herr Dudenhöffer - anerkannter Autoexperte - ist heute hier schon zitiert worden. Er spricht sich für eine höhere Dieselbesteuerung aus, um zu erreichen - wie er sagt -, dass langfristig die effizientesten Kraftstoffarten auch die größten Chancen am Markt haben.

Der Klimawandel und die zunehmende Ressourcenknappheit werden dieses Thema, das Thema Dieselbesteuerung, auch weiter auf der politischen Tagesordnung halten. Vielen Dank.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Der Finanzminister hat sich für die Landesregierung zu Wort gemeldet. Es gibt - einen kleinen Moment bitte, Herr Dr. Voß - noch eine Rede aus der Mitte des Hauses. Würden Sie die noch vorlassen? Wenn die Landesregierung sich meldet, ist sie jederzeit berechtigt, an das Pult zu gehen. Dann Herr Abgeordneter Bärwolff für die Fraktion DIE LINKE.

Abgeordneter Bärwolff, DIE LINKE:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, es geht heute um die Frage der Energiepreise. Vorhin ging die Diskussion um die 380-kV-Leitung. Wer zu Ostern tanken war, hat festgestellt, dass Benzin sehr, sehr teuer ist. Herr Untermann, ich glaube, da hätte uns selbst der Minolpirol nicht mehr geholfen. Das Erdöl wird einfach alle, das wissen wir. Seit 40 Jahren wissen wir, dass immer weniger Erdöl entdeckt wird, wie durch Zufall, es gibt keine Erdölbäume. Die gigantischen Elefantenfelder, die in Sibirien entdeckt werden - in den letzten zehn Jahren wurden gerade mal vier Elefantenfelder noch in Sibirien entdeckt. Also, es ist absehbar, das Öl wird knapp. Sie als profunder Kenner der Marktwirtschaft müssten wissen, dass bei einem knappen Gut - das Erdöl ist ja quasi ein knappes Gut - bei einer stetig wachsenden Nachfrage die Konsequenz, Herr Untermann, natürlich der steigende Preis ist. Da bringt es auch nichts, wenn man hier die EU in die Stellung bringt. Das heißt, wir müssen uns darauf einstellen, dass das Erdöl zu Ende geht - eines Tages wird es mal nicht mehr da sein, davon gehe ich mal aus. Das habe ich in meinen zwei Semestern Geostudium gelernt. Es braucht nämlich ungefähr 80 Mio. Jahre, bis so ein Erdöl dann tatsächlich fertig ist.

(Zwischenruf Abg. Korschewsky, DIE LINKE:
Das schaffen wir nicht mehr.)

(Zwischenruf Abg. Schubert, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Bedingt erneuerbar.)

Und wir brauchen dafür natürlich Urwälder, damit Erdöl produziert werden kann. Aber alles das machen wir gerade fertig.

Die Frage ist, wie gehen wir eigentlich mit Mobilität um. Mobilität ist teuer. Sie sagen, Sie wollen dafür sorgen, dass sich alle Menschen Mobilität leisten können. Das wollen wir auch als LINKE, aber wir haben dafür andere Ansätze. Unser Ansatz ist, im Bewusstsein dessen, dass wir den Klimawandel haben, der ist nämlich sehr real, der ist schon da

(Abg. Bärwolff)

draußen, im Bewusstsein dessen, dass das Erdöl zu Ende geht, und im Bewusstsein dessen, dass die Menschen weniger Geld haben, müssen wir uns Gedanken darum machen, wie wir Mobilität anders organisieren. Denn der Preis für Mobilität ist doch nicht nur einer, den die Leute bezahlen müssen, sondern der Preis für Mobilität ist auch ein Kriterium der Ausgrenzung. Viele Leute fahren heute nicht mehr mit dem Auto, viele Leute können sich Mobilität nicht leisten, weil sie einfach das Geld nicht haben, weder um vollzutanken noch um sich ein Bahnticket zu kaufen, weil auch die Bahnpreise immer teurer werden.

Hinzu kommt - und da geht mein Appell ein bisschen an die GRÜNEN -, da war ich neulich bei einer sehr spannenden Veranstaltung, die Fachhochschule Erfurt und die Universität Erfurt machen eine Ringvorlesung zum Thema „Nachhaltigkeit und Wachstum“. Wie können wir die Wachstumsgesellschaft überwinden? Am letzten Dienstag war ein Kollege von der Heinrich-Böll-Stiftung da, der Kollege Thumfart, der leitet das an. Es war sehr spannend, denn da ging es noch einmal um die Frage, die GRÜNEN haben ja immer dieses Effizienzmantra. Also wir müssen alles effizienter machen und dann wird das schon was. Aber der nette Herr von der Heinrich-Böll-Stiftung, die nachweislich den GRÜNEN auch nahesteht, hat noch mal darauf hingewiesen, dass es so eine Art ökologischen Effizienz-Rebound-Effekt gibt.

(Zwischenruf Abg. Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Vor allen Dingen sparen.)

Das heißt, alles, was wir an Effizienzmaßnahmen hier versuchen umzusetzen, führt nicht dazu, dass wir weniger Energie ausgeben, sondern einfach nur dazu, dass die Dinge, die weniger effizient sind, irgendwo nach Afrika verschifft werden - sprich zum Beispiel alte Autos, alte Schiffe usw. -,

(Beifall DIE LINKE)

dann kein weniger an Energie stattfindet, kein weniger an Emissionsausstoß stattfindet, sondern eigentlich unterm Strich ein Mehr, was Ihre Effizienzmantra ein Stück weit infrage stellt, denn die Frage ist eigentlich: Brauchen wir nicht alternative Konzepte? Da möchte ich auch noch mal an die GRÜNEN appellieren. Sie hatten damals, 1998, als Sie in der rot-grünen Bundesregierung waren, die Ökosteuer eingeführt. Die Ökosteuer ist vom Prinzip her eine ganz duftige Nummer, hat gar keiner etwas dagegen, aber das Ärgerliche ist eigentlich, dass die Ökosteuer für alles Mögliche eingesetzt wurde, nur nicht für alternative Verkehrskonzepte und nur nicht für Ökologie.

(Beifall DIE LINKE)

Das muss man schon mal sagen, das ist doch ein bisschen fahrlässig.

An die Landesregierung geht ebenfalls ein Vorwurf. Ich meine, Sie haben in den letzten Jahren seit der Wende 500 km Gleise stillgelegt allein in Thüringen, 500 km Bahnstrecken, die für alternative Verkehrskonzepte zur Verfügung stehen könnten, die aber nicht zur Verfügung stehen.

(Beifall DIE LINKE)

Allein wenn Sie sich den Tourismus anschauen, neu, eine ganz große Nummer. Wir haben eine modernisierte Eisenbahnstrecke über den Rennsteig, Schleusingen da unten die Ecke, mit einem tollen Bahnhof „Rennsteig“, aber da fährt kein Zug hin. Es ist doch schwierig.

(Zwischenruf Abg. Korschewsky, DIE LINKE: Schade eigentlich.)

Es ist doch blöd, wenn im Winter die Leute nicht mehr parken können, weil die Autos überall stehen. Wenn die Leute mit dem Zug hinfahren könnten, könnten sie in Leipzig ein- und am Rennsteig aussteigen. Das wäre eine duftige Nummer. Vielleicht hier noch einen Tipp an den Oberhofbeauftragten.

Ich will weitermachen. Wir haben doch wirklich in Erfurt mit dem fahrscheinfreien ÖPNV einen Ansatz geliefert, wie man Verkehrspolitik alternativ denken kann,

(Beifall DIE LINKE)

wie man Mobilität versuchen kann zu garantieren, unabhängig vom demographischen Wandel, unabhängig von Barrieren, unabhängig auch vom finanziellen Hintergrund und auch unabhängig vom Wohnort. Das ist das Tolle. Deshalb kämpft DIE LINKE weiter für die Energierevolution und gegen den grünen Kapitalismus. Wir wollen in Erfurt den Straßenbahn-Kommunismus haben.

(Beifall DIE LINKE)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Für die Landesregierung hat der Finanzminister das Wort.

Dr. Voß, Finanzminister:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, die GRÜNEN haben sich ein aktuelles Thema ausgesucht für die Aktuelle Stunde. Wie sich die Spritpreise entwickeln, sieht jeder an der Zapfsäule jeden Tag. Es geht hoch und runter. Aus diesem Grund hat die Thüringer Landesregierung schon Ende vergangenen Jahres eine Initiative ergriffen und einen Entschließungsantrag eingebracht, der Kostenwahrheit, Transparenz in den Treibstoffmarkt bringen soll. Verkehrsminister Carius hat überzeugend darlegen können, dass eine gesetzliche Benzinpreisbremse sinnvoll sein könnte und auch eine Preisobergrenze, die mindestens 24 Stunden dann auch hält. Interessant ist, der

(Minister Dr. Voß)

Bundesrat hat sich diesem Thüringer Entschließungsantrag angeschlossen und ihn am 30. März dieses Jahres mit breiter Mehrheit beschlossen. Ich denke, das ist ein Erfolg für unser Land auf Bundesebene. Wir werden sehen, wie das Thema weitergeht. Auf jeden Fall verweise ich auch auf die Beschlussfassung der Bundesregierung, von der heute schon mehrmals die Rede war.

Sie sehen, meine Damen und Herren, es ist für die Landesregierung keinesfalls gleichgültig, wie sich der Benzinpreis an der Zapfsäule entwickeln wird. Ein bedeutender Bestandteil dieses Preises ist allerdings die Energiebesteuerung. Insoweit möchte ich Sie informieren, dass der Liter Diesel derzeit mit 47 Cent besteuert wird, Benzin mit 65 Cent. Allerdings kommen noch jeweils auf den Warenpreis und die Energiesteuer 19 Prozent Umsatzsteuer drauf, insofern ist die Steuerbelastung an der Zapfsäule doch ganz schön gerüttelt. Mit diesem Preisbestandteil, mit dieser Besteuerung beschäftigt sich dann auch die Initiative der EU-Kommission, nämlich die Harmonisierung der Energiebesteuerung auf europäischer Ebene voranzutreiben.

Na gut, was beinhaltet denn nun diese Initiative? Sie beinhaltet, dass einmal eine vereinheitlichte Bemessungsgrundlage der Energiebesteuerung in Europa stattfinden soll. Dem ist eigentlich nichts entgegenzuhalten. Die Energiebesteuerung soll in Abhängigkeit der CO₂-Emission und in Abhängigkeit - also doppelt - vom Energiegehalt des Energieträgers abhängig sein. Als Mindeststeuersätze für Brennstoff, Kraftstoff, elektrischen Strom wird die verbrauchte Menge und der CO₂-Gehalt herangezogen. Damit sollen erneuerbare Energien dann mit den Mehreinnahmen gefördert werden.

Aber die Bemessungsgrundlage, der einheitliche Steuersatz auf diese Bemessungsgrundlage soll angehoben werden für Diesel von derzeit 33 Cent auf 41 Cent. Also, meine Damen und Herren, über was reden wir? Sie hatten das auch aus der Richtlinie zitiert und erwähnt, wir besteuern schon jetzt hier in Deutschland 6 Cent mehr pro Liter Diesel, wie es hier überhaupt gefordert wird und der steuerliche Vorteil des Dieselmotors soll bis 2023 gegenüber Benzin abgeschafft werden.

Na gut, das Europäische Parlament, die EU-Abgeordneten konnten sich dieser Empfehlung der Kommission am 19.04. nicht anschließen. Also, sie haben diese Dinge abgelehnt, eine Besteuerung dürfe nicht dazu führen, dass Dieselmotors seinen Steuervorteil gegenüber Benzin einbüßt. Gleichwohl war man für eine einheitliche Bemessungsgrundlage. Ich denke, das ist auch sinnvoll und wird von der Thüringer Landesregierung auf jeden Fall unterstützt.

Aber zu welchen Widersprüchen führt denn jetzt nun eigentlich diese Richtlinie? Warum wurde Sie denn wirklich dann auch abgelehnt? Der Energie-

gehalt von Diesel ist nun mal höher als von Benzin, obwohl die Dieselfahrzeuge einen geringeren CO₂-Ausstoß verursachen. Insofern würde ein Abbau des Steuervorteils Diesel gegenüber Benzin dazu führen, dass natürlich Dieselmotorsfahrzeuge wohl an Bedeutung im Straßenverkehr verlieren würden und damit der Benziner eigentlich bevorteilt würde. Das wäre allerdings wirklich ein tolles Ding, nämlich der CO₂-Ausstoß von Benzin ist nun mal höher und wir würden dem Klimaziel mit dieser Lenkungswirkung der Besteuerung wirklich einen Bärendienst erweisen. Dieser grundsätzliche Widerspruch war eben auch Ursache, warum man gesagt hat, diese Richtlinie der Europäischen Kommission ist unwichtig im Sinn des umweltpolitischen Ziels. Ich denke, das ist ernst zu nehmen und die Ablehnung erfolgte wohl zu Recht.

Außerdem darf man nicht vergessen, dass die Kfz-Steuer die Dieselfahrzeuge stärker besteuert als Benziner, insofern würde diese Steuererhöhung auf Dieselmotorsstoff dazu führen, dass die Dieselfahrzeuge doppelt besteuert würden oder doppelt benachteiligt würden. Insofern erwähne ich noch mal das Klimaschutzziel, aber ich erwähne auch sehr gern, wie das hier schon mehrmals der Fall war, den Autostandort Deutschland und auch Thüringen. Wir dürfen nicht mit diesen Steuern unseren Autostandort benachteiligen. Das muss auf jeden Fall vermieden werden. Wir reden hier auch über Arbeitsplätze, wir reden hier auch über Einkommen von Personen und von Existenzen von Familien. Das Bundesfinanzministerium hat aufgrund dieser Widersprüche, was die Zielverfolgung angeht, begrüßt, dass das Europäische Parlament diesen Vorschlag abgelehnt hat. Jetzt ist der Europäische Rat dran. Aber der Europäische Rat kann eben nur einstimmig diese Dinge beschließen. Da auch Luxemburg und Großbritannien neben Deutschland das Veto eingelegt haben, denke ich, wird dieser Vorschlag der Harmonisierung nicht durchkommen. Er muss ausgependelt und wirklich noch einmal auf den Prüfstand gestellt werden. So wird das auf jeden Fall nichts. Es bleibt abzuwarten, wann die Bundesregierung, wann die Gesetzgebungsorgane der Bundesrepublik Deutschland sich damit befassen werden. Dieser Vorschlag ist auf jeden Fall unwichtig. Die Thüringer Landesregierung wird die Entwicklung weiterhin im Auge behalten. Recht vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall CDU)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Ich sehe keine weiteren Redemeldungen mehr, wir haben auch keine Zeit für die Abgeordneten mehr, der Finanzminister hat seine Redezeit unterschritten. Demzufolge schließe ich diesen letzten Teil der Aktuellen Stunde und die Aktuelle Stunde als Ganzes.

(Vizepräsidentin Dr. Klaubert)

Wie unsere Vereinbarung besagt, erfolgt nach 18.00 Uhr am Mittwoch kein neuer Aufruf von Tagesordnungspunkten. Demzufolge schließe ich jetzt den Plenarsitzungstag und wir sehen uns sicher dann beim parlamentarischen Abend oder am morgigen Tag mit dem Tagesordnungspunkt 1.

Ende: 18.03 Uhr